

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Deutsche Wirtschaft im Herbst 2020

Abgeschlossen am 16. September 2020

© Daniel Wolcke / ifw Kiel

Nr. 71 (2020|Q3)

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler,
Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths und Saskia Möhle*

INHALTSVERZEICHNIS

Rückprall nach dem Absturz – aber Pandemie lastet auf weiterer Erholung

Kreditvergabe bislang kein Hemmnis.....	9
Finanzpolitik im Krisenmodus	12
Außenhandel: Dienstleistungen ungewöhnlich stark von Krise betroffen	15
Produktion: Nach dem Re-Start verliert die Erholung an Kraft	18
Heimische Absorption holt einen Großteil des Einbruchs rasch wieder auf	20
Die Verbraucherpreisinflation wird derzeit von Sondereffekten geprägt	29
Pro-Kopf-Verdienste sinken erstmalig.....	30
Tiefpunkt am Arbeitsmarkt erreicht	31
Öffentliche Haushalte in den kommenden Jahren im Defizit	35
Risiken und Wirtschaftspolitik	39
Literatur	44
Tabellenanhang.....	45
<i>Kasten 1:</i>	
<i>Prognose und Prognoseanpassung für das Jahr 2020</i>	<i>7</i>
<i>Kasten 2:</i>	
<i>Die Abhängigkeit der Dienstleistungsbranchen von der Weltkonjunktur.....</i>	<i>21</i>
<i>Kasten 3:</i>	
<i>Zur Einhaltung der Schuldenbremse im Jahr 2021</i>	<i>43</i>

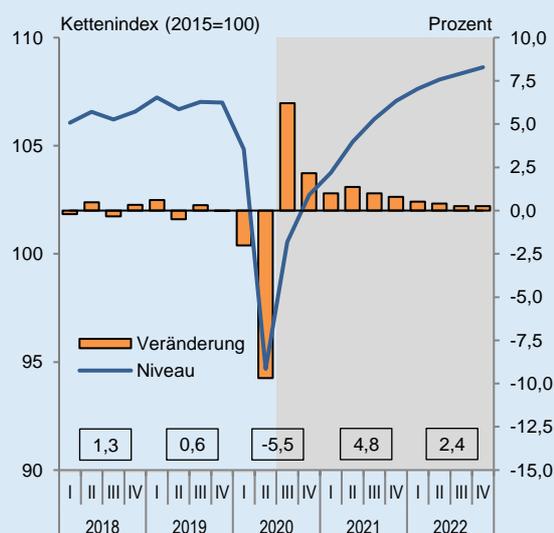
RÜCKPRALL NACH DEM ABSTURZ – ABER PANDEMIE LASTET AUF WEITERER ERHOLUNG

Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths und Saskia Möhle

Die deutsche Wirtschaft ist auf Erholungskurs. Die Wirtschaftsleistung hat sich mit der erfolgreichen Eindämmung der Corona-Pandemie von ihrem Tiefpunkt im April rasch wieder gelöst und einen Gutteil der Verluste innerhalb weniger Monate wettgemacht. Diese hohe Dynamik spiegelt im Wesentlichen die Normalisierung des Wirtschaftsgeschehens nach dem Lockdown wider. Die weitere Erholung dürfte mühsamer werden und an Tempo einbüßen. So sind nach wie vor einige Branchen spürbar durch die Corona-Pandemie belastet, ohne dass rasche Besserung in Sicht ist. Auch das Auslandsgeschäft dürfte noch einige Zeit leiden, zumal die Pandemie zuletzt vielerorts wieder aufzuflammen droht und wichtige Absatzregionen recht stark betroffen sind. Vor diesem Hintergrund werden sich die Unternehmen mit Investitionen vorerst zurückhalten, auch weil nach wie vor Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie herrscht. Die privaten Konsumausgaben dürften sich dagegen schneller wieder erholen, da die privaten Haushalte ihre während des Lockdowns auf Rekordhöhe angeschwollene Sparquote normalisieren werden und die Arbeitseinkommen wieder kräftig steigen. Für das laufende Jahr rechnen wir mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 5,5 Prozent. Die Aufwärtsrevision um 1,3 Prozentpunkte gegenüber unserer Sommerprognose geht vor allem darauf zurück, dass der Rückprall etwas früher einsetzte als erwartet. Dementsprechend haben wir unsere Prognose für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für das kommende Jahr auf 4,8 Prozent reduziert (Sommerprognose: 6,3 Prozent). Nach einem weiteren Anstieg in Höhe von 2,4 Prozent werden die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten im Jahr 2022 im Großen und Ganzen wohl wieder normal ausgelastet sein.

Die deutsche Wirtschaft hat einen Gutteil des Einbruchs aus der Lockdown-Phase bereits aufgeholt. Mit 9,7 Prozent ist die Wirtschaftsleistung im Frühjahr so kräftig eingebrochen wie nie zuvor in einem Dreimonatszeitraum seit Bestehen der Bundesrepublik (Abbildung 1). Die Quartalsbetrachtung unterzeichnet dabei noch die Schärfe des Einbruchs, der in den sechs Wochen ab Mitte März seinen Tiefpunkt erreichte. Wichtige monatlich verfügbare Aktivitätsmaße brachen im April gegenüber den Vorkrisenwerten aus dem Februar drastisch ein. So lag die Industrieproduktion im April 30 Prozent unter dem Vorkrisenniveau (Abbildung 2).

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt 2018–2022



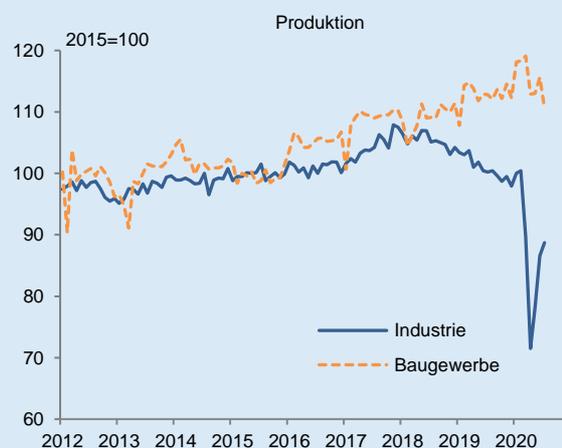
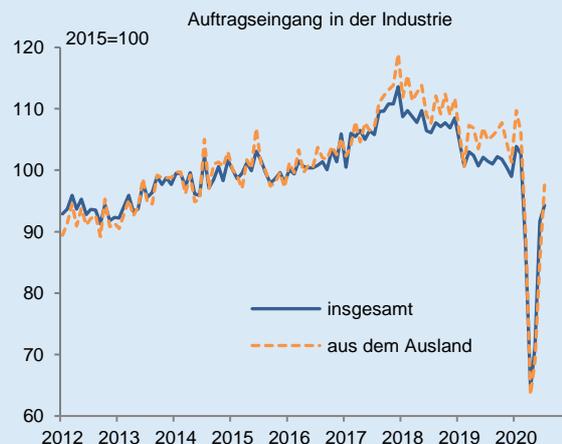
Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

Mit Ausnahme der Branchen, deren Geschäftsmodelle weiterhin durch Maßnahmen zum Infektionsschutz stark beeinträchtigt sind, setzte im Mai der Erholungsprozess in Form einer kräftigen Gegenbewegung ein, die sich bis zum aktuellen Rand fortsetzte. In der Industrie wurden bis einschließlich Juli knapp zwei Drittel des Einbruchs aufgeholt. Bedeutsam ist hierfür insbesondere das Wiederanziehen des Exportgeschäfts, für das sich ein ganz ähnliches Muster zeigt. Die Einzelhandelsumsätze haben bereits im Mai ihr Vorkrisenniveau überschritten, gaben seitdem aber wieder etwas nach, was darauf hinweist, dass einige Käufe, die während der Lockdown-Phase ausgefallen waren, nachgeholt wurden. Solche Nachholeffekte dürften auch für die zwischenzeitlich sehr kräftigen Zuwachsraten der industriellen Aktivität eine Rolle gespielt haben, wodurch das Tempo des Aufholprozesses überzeichnet wird. Auch die Stimmungsindikatoren weisen auf ein kräftiges Wiederanziehen der wirtschaftlichen Aktivität ab Mai hin. Allerdings führt die Schärfe der Krise dazu, dass die Zuverlässigkeit der von diesen Indikatoren ausgehenden Expansionssignale derzeit eingeschränkt ist. So zog zwar die Erwartungskomponente im ifo Konjunkturtest nach dem historischen Tiefstand im April kräftig an und überstieg im Juni bereits das Vorkrisenniveau deutlich; bei der Interpretation ist jedoch zu berücksichtigen, dass das Aktivitätsniveau weiterhin spürbar unter den Vorkrisenwerten liegt, so dass die Erwartung auf eine Besserung der Geschäftsaussichten seitens der Befragten entsprechend zu qualifizieren ist. Insgesamt zeigt sich in der Gesamtschau aller Indikatoren mit Blick auf die Gesamtwirtschaft ein bislang ausgeprägter V-förmiger Erholungsprozess. Für das dritte Quartal zeichnet sich damit eine kräftige Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts um 6,2 Prozent ab (Tabelle 1).

Die Erholung verlangsamt sich spürbar; nach einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5,5 Prozent im laufenden Jahr steigt die Wirtschaftsleistung um 4,8 Prozent (2021) und 2,4 Prozent (2022). Die bislang recht kräftig verlaufende Erholung wird vor allem aus zwei Gründen deutlich an Fahrt verlieren. Zum einen bestehen für diejenigen Branchen, die auf soziale Kontakte in besonderem

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren 2012–2020



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des Ifw Kiel.

Tabelle 1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2020–2022

	2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-9,7	6,2	2,2	1,0	1,4	1,0	0,8	0,5	0,4	0,3	0,3
Private Konsumausgaben	-2,5	-10,9	5,5	2,9	0,5	2,4	2,0	0,9	0,5	0,4	0,3	0,3
Konsumausgaben des Staates	0,6	1,5	1,8	0,0	0,0	-0,3	-0,3	0,4	0,4	0,3	0,2	0,1
Ausrüstungsinvestitionen	-7,3	-19,6	13,0	5,0	2,5	2,5	2,0	1,5	1,0	1,0	1,0	1,0
Bauinvestitionen	5,1	-4,2	-2,5	1,9	1,9	1,4	1,0	1,0	0,6	0,6	0,6	0,6
Sonstige Anlagen	-4,1	0,6	0,0	0,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5
Vorratsveränderungen	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,4	-7,2	4,5	2,2	0,7	1,6	1,3	0,8	0,6	0,5	0,3	0,3
Ausfuhr	-3,3	-20,3	13,3	3,0	2,2	2,0	1,8	1,4	1,2	1,0	1,0	1,0
Einfuhr	-1,9	-16,0	9,5	3,2	1,5	2,5	2,5	1,5	1,3	1,2	1,2	1,2
Außenbeitrag	-0,7	-2,9	2,0	0,1	0,4	-0,1	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	45.318	44.709	44.709	44.859	44.994	45.129	45.229	45.309	45.369	45.409	45.429	45.429
Arbeitslose	2.267	2.817	2.917	2.827	2.746	2.679	2.629	2.589	2.565	2.549	2.541	2.541

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

Maße angewiesen sind, weiterhin erhebliche Beschränkungen (z. B. Gaststätten und Tourismus, Luftverkehr, Veranstaltungsgewerbe). Deren Anteil an der Gesamtwirtschaft veranschlagen wir auf etwa 6 Prozent. Dieser Teil der Produktionskapazität dürfte noch längere Zeit deutlich unterausgelastet bleiben und erst dann Teil des Erholungsprozesses werden, wenn Maßnahmen zum Infektionsschutz weitgehend entfallen, was nach der für diese Prognose vorgenommenen Setzung ab dem Frühjahr des kommenden Jahres nach und nach erfolgen wird. Zum anderen lasten die wirtschaftlichen Schäden, die die Corona-Pandemie verursacht hat, noch geraume Zeit auf der Weltwirtschaft (Gern et al. 2020). Insbesondere hat die Krise die Eigenkapitalposition vieler Unternehmen verschlechtert, worunter die weltweite Investitionstätigkeit noch längere Zeit leiden dürfte. Dies dämpft im gesamten Prognosezeitraum das Exportgeschäft der für die deutsche Wirtschaft besonders wichtigen Hersteller von Ausrüstungsgütern. Auch wird das Einwerben von Neugeschäften weiterhin dadurch beeinträchtigt, dass der grenzüberschreitende Personenverkehr vielerorts nur eingeschränkt möglich ist. Insgesamt flacht damit der Erholungsprozess im weiteren Prognosezeitraum merklich ab, und einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 5,5 Prozent in diesem Jahr steht ein Zu-

wachs um 4,8 Prozent im kommenden Jahr gegenüber (Tabelle 2). Das Vorkrisenniveau der Wirtschaftsleistung wird voraussichtlich erst gegen Ende des kommenden Jahres erreicht. Damit sind die Folgen der Corona-Krise freilich noch nicht ausgestanden. Gemessen an unserer Prognose aus dem vergangenen Winter (Boysen-Hogrefe et al. 2019), in der noch kein Corona-Effekt zu Buche schlug, liegt die Wirtschaftsleistung im Schlussquartal des kommenden Jahres immer noch drei Prozent unter dem Niveau, das ohne die Pandemie zu erwarten gewesen wäre. Die Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten dürfte erst im Verlauf des Jahres 2022 in etwa erreicht werden. Diese Einschätzung ist allerdings mit besonderer Unsicherheit behaftet, weil sich derzeit kaum absehen lässt, welche Schäden die Corona-Krise und Teile der wirtschaftspolitischen Reaktion im Produktionspotenzial hinterlassen.

Tabelle 2:
Statistische Zerlegung der Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes 2019–2022

	2019	2020	2021	2022
Ursprungswerte	0,6	-5,5	4,8	2,4
Kalendereffekt (Prozentpunkte)	0,0	0,4	0,0	-0,1
kalenderbereinigt	0,6	-5,9	4,8	2,5
Statistischer Überhang	0,2	0,0	2,0	1,4
Verlaufsrate	0,4	-4,0	4,2	1,5

Preisbereinigt, in Prozent; Statistischer Überhang: Jahreszuwachsrate, die sich ergäbe, wenn das Bruttoinlandsprodukt in allen vier Quartalen unverändert bliebe; Verlaufsrate: Vorjahresrate im vierten Quartal auf der Basis saison- und kalenderbereinigter Quartalswerte; Abweichungen bei der Zerlegung rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und Reihe 1.3; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die Corona-Krise unterscheidet sich wesentlich von der Großen Rezession 2008/2009. In der Weltfinanzkrise als Auslöser der Großen Rezession haben sich Fehlentwicklungen entladen, die sich zuvor über einen längeren Zeitraum innerhalb der Weltwirtschaft aufgebaut hatten. Damit einher gingen Strukturverzerrungen und Überschuldungspositionen, deren Korrektur typischerweise längere Zeit erfordert. Demgegenüber traf die Corona-Pandemie die Weltwirtschaft als exogener Schock, der die wirtschaftliche Aktivität zwar zwischenzeitlich massiv unterbrach, die Produktionsstrukturen als solche aber in deutlich geringerem Umfang in Frage stellen dürfte als die Finanzkrise. Dies erklärt, weshalb die Wirtschaftsleistung nach dem Lockdown-Zeitraum dort, wo es das Pandemiegeschehen zulässt, rascher wieder aus dem tiefen Tal herausfindet als im Nachgang der Weltfinanzkrise, die die realwirtschaftliche Aktivität auch nicht abrupt einbrechen ließ, sondern sie erst nach und nach und mit zunehmenden Raten lähmte. Zeigte sich in der Großen Rezession ein U-förmiger Verlauf bei der deutschen Wirtschaftsleistung, die erst nach zwölf Quartalen das Vorkrisenniveau wieder überstieg, zeichnet sich für die Corona-Krise ein stärker V-förmiger Verlauf ab, bei dem ein Jahr früher wieder zum Vorkrisenniveau aufgeschlossen werden kann. Für die Einordnung

des Rückgangs der Wirtschaftsleistung ist zudem bedeutsam, dass die Große Rezession eine Boomphase in Deutschland stoppte, während der Corona-Schock in eine Zeit fiel, in der die Industrie noch unterausgelastet war. Darüber hinaus war die Große Rezession für die deutsche Konjunktur vor allem eine Export- und Investitionskrise, während die Corona-Pandemie zusätzlich und in massiver Weise auch den privaten Konsum trifft. Maßgeblich hierfür sind fehlende Konsummöglichkeiten infolge von amtlichen und privaten Vorsichtsmaßnahmen zum Infektionsschutz. Diese haben die Sparquote der privaten Haushalte im zweiten Quartal auf ein historisches Niveau von 20 Prozent hochschnellen lassen. Insgesamt dürfte im laufenden Jahr Kaufkraft in Höhe von über 110 Mrd. Euro zusätzlich gespart werden. In dem Maße, wie der Infektionsschutz weniger Einschränkungen erfordert, wird sich die Sparquote nach und nach normalisieren, wobei die Konsumenten zwischenzeitlich auch durch Umschichtungen in ihren Budgets Anschaffungen tätigen dürften, die sonst unterblieben wären.

Die Wucht der Corona-Krise hinterlässt deutliche Spuren am Arbeitsmarkt. Konnte die Zahl der Erwerbstätigen während der Großen Rezession nahezu stabil gehalten werden, indem der Arbeitsausfall hauptsächlich betriebsintern aufgefangen wurde, so sind durch die Corona-Krise trotz des massiven Rückgriffs auf die Kurzarbeiterregelung schätzungsweise bis zuletzt 810 000 Arbeitsplätze weggefallen; zugleich nahm die Arbeitslosenzahl um 640 000 zu. Der Tiefpunkt der Krise scheint zur Jahresmitte aber auch am Arbeitsmarkt durchschritten zu sein. Seitdem deuten die Arbeitsmarktdaten auf einen allmählichen Beschäftigungsanstieg hin. Allerdings wird es voraussichtlich bis zu Beginn des Jahres 2022 dauern, bis der krisenbedingte Beschäftigungseinbruch wieder vollständig aufgeholt ist.

Kasten 1:**Prognose und Prognoseanpassung für das Jahr 2020**

Aufgrund der massiven wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie haben wir unsere Prognose für 2020 im Verlauf des Jahres erheblich revidiert. Das Ausmaß der Revision für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2020 von unserer Winter-Prognose aus dem Jahr 2019, bei der die Corona-Pandemie noch nicht absehbar war, und der aktuellen Herbstprognose in Höhe von 6,6 Prozentpunkten ist ungewöhnlich hoch und verdeutlicht das Ausmaß der wirtschaftlichen Krise (Tabelle K1-1). Seit dem Jahr 1991 lagen unsere absoluten Revisionen zwischen Winter- und Herbstprognose im Mittel bei 0,8 Prozentpunkten. Die größten Revisionen ergaben sich mit je 2,2 Prozentpunkten bislang in den Jahren 2009 und 2010.¹

Während der Anfertigung unserer Frühjahrsprognose wurden die ersten wirtschaftlichen Auswirkungen, insbesondere in China, zwar bereits deutlich sichtbar. Allerdings fasste das Virus in diesem Zeitraum gerade erst in anderen Ländern Fuß und die wirtschaftlichen Folgen waren im Detail noch schwer abschätzbar. Vor diesem Hintergrund fiel unsere Frühjahrsprognose deutlich zu optimistisch aus. Kurze Zeit nach unserer Frühjahrsprognose veröffentlichten wir in einem kurzen aktualisierten Ausblick zwei Szenarien für die voraussichtliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (Prognosezentrum 2020). Da zu diesem Zeitpunkt immer noch keine Frühindikatoren vorlagen, anhand derer die wirtschaftlichen Einbußen hätten quantifiziert werden können, basierten die Szenarien auf einer entstehungsseitigen Abschätzung der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf einzelne Branchen. Die beiden Szenarien spannten eine Bandbreite für den Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 4,5 Prozent (V-Szenario) und 9 Prozent (U-Szenario) in diesem Jahr auf.

Angesichts der sich rasch ändernden Pandemie-Lage und der politischen Reaktionen darauf veröffentlichten wir im Mai außerhalb des üblichen Publikationskalenders eine vollständig durchgerechnete Prognose (Boysen-Hogrefe et al. 2020a). Für diese Prognose lagen erstmals Frühindikatoren – darunter auch neue Indikatoren, wie das Passantenaufkommen in Innenstädten – vor, die das Ausmaß des konjunkturellen Einbruchs andeuteten. Diese Prognose entsprach in den Grundzügen unserer im Juni veröffentlichten Sommerprognose. Insgesamt gingen wir davon aus, dass der Tiefpunkt bei der Wertschöpfung bereits im April durchschritten worden war und auf den wirtschaftlichen Einbruch eine recht kräftige Erholung folgte, ohne dass das Bruttoinlandsprodukt allerdings seinen Vorkrisenpfad bis Ende 2021 wieder erreichen würde. Für das Bruttoinlandsprodukts rechneten wir demzufolge mit einem sehr starken Rückgang im zweiten Quartal (-12 Prozent) gefolgt von kräftigen Anstiegen im dritten und vierten Quartal. Für das Jahresergebnis ergab sich ein Rückgang von 6,8 Prozent für das Jahr 2020 und ein Anstieg von 6,3 Prozent für das Jahr 2021. Verwendungsseitig spiegelte sich die schwache Konjunktur vor allem in den deutlichen Rückgängen bei den privaten Konsumausgaben, bei den Ausrüstungsinvestitionen sowie bei den Ex- und Importen wider. Demgegenüber rechneten wir bei den Bauinvestitionen und den sonstigen Anlageinvestitionen mit einer vergleichsweise moderaten Abschwächung. Unsere Prognose für den öffentlichen Konsum hatten wir leicht angehoben.

Dieses Konjunkturbild hat grundsätzlich auch in unserer Herbst-Prognose noch Bestand. Allerdings fiel der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal mit 9,7 Prozent letztlich geringer aus als von uns im Juni erwartet. Dazu beigetragen hat wohl auch, dass die Erholung bereits im Mai und Juni mehr Kraft entfaltete als von uns erwartet. Eine zunächst rasche Erholung war zwar absehbar, schon alleine deshalb, weil Geschäfte und Produktionsstätten wieder geöffnet werden konnten und die Pandemie erfolgreich eingedämmt wurde. Unklar war jedoch, inwieweit es weiterhin zu wirtschaftlichen Beeinträchtigungen beispielsweise durch Verhaltensanpassungen von privaten Haushalten oder Unternehmen kommen würde. Zu der kräftigen Erholung beigetragen hat wohl auch, dass zum Teil im März und April entfallene Wertschöpfung nachgeholt wurde. Mit dem Auslaufen dieser Nachholeffekte wird die Erholung an Tempo einbüßen, zumal einige Branchen, insbesondere dort, wo soziale Kontakte eine große Rolle spielen, nach wie vor spürbar durch die Pandemie beeinträchtigt werden, ohne dass rasche Besserung in Sicht wäre. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass die weitere Erholung etwas langsamer sein wird als von uns noch im Sommer erwartet. Vor diesem Hintergrund haben wir unsere Prognose für die Zuwachsrate des laufenden Jahres um 1,3 Prozentpunkte nach oben revidiert und rechnen nun für das Jahr 2021 mit einer um etwa 1,5 Prozentpunkte niedrigeren Zuwachsrate. Das Niveau des Bruttoinlandsprodukts liegt demzufolge im Jahr 2021 in unserer aktuellen Prognose auf etwa demselben Stand wie in unserer Sommer-Prognose.

Die Revisionen bei den Verwendungskomponenten gegenüber unserer Sommer-Prognose fallen in An-

¹ Eine wichtige Rolle für die deutlich geringere Revision der Winterprognose während der Globalen Finanzkrise im Jahr 2009 spielt freilich, dass die Krise im vierten Quartal 2008 schon deutlich absehbar war.

betracht der ausgesprochen großen Schwankungen, die sich durch die Corona-Krise ergeben, größtenteils überschaubar aus. Bei den Ausrüstungsinvestitionen gehen wir für das laufende Jahr nun jedoch von einem deutlich geringeren Rückgang aus. Sie sind im zweiten Quartal nicht so stark gefallen wie von uns erwartet; dazu hat freilich auch ein sprunghafter Anstieg der öffentlichen Ausrüstungen beigetragen, der nur schwer zu antizipieren war. Zudem waren wir im Sommer davon ausgegangen, dass angesichts der damals großen Unsicherheit die Erholung erst etwas verzögert im Winterhalbjahr ihre volle Kraft entfaltet. Die vorliegenden Frühindikatoren deuten nun darauf hin, dass es bereits im dritten Quartal zu einer kräftigen Gegenbewegung kommen wird. Unsere Prognose für die privaten Konsumausgaben haben wir mit einem nun erwarteten Rückgang von 7,1 Prozent im laufenden Jahr im Vergleich zum Sommer (-7,8 Prozent) etwas heraufgesetzt. Für die privaten Konsumausgaben liegen vergleichsweise wenige Frühindikatoren vor, die es erlauben, die Kurzfristprognose quantitativ eng einzugrenzen. Unsere Prognose im Sommer basierte deshalb auch auf den Erfahrungen aus dem ersten Quartal und in anderen Ländern, für die detailliertere Informationen vorlagen sowie auf dem von uns abgeschätzten Einfluss der Corona-Pandemie auf verschiedene Konsumverwendungen. Im zweiten Quartal gingen die privaten Konsumausgaben mit knapp 11 Prozent weniger stark zurück als von uns prognostiziert (13 Prozent). Wie von uns erwartet, kam es zu einem sprunghaften Anstieg der Sparquote; dieser fiel jedoch nicht ganz so stark aus wie von uns prognostiziert. Der leichte Rückgang der verfügbaren Einkommen entsprach dagegen etwa unserer Sommer-Prognose. Die Revisionen bei den Ex- und Importen liegen unterhalb der in der Vergangenheit durchschnittlich verzeichneten absoluten Prognoseanpassungen.

Tabelle K1-1:
Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2020

	Winterprognose		Frühjahrsprognose		Sommerprognose		Herbstprognose (aktuell)	
	Prognose	Revision	Prognose	Revision (3)-(1)	Prognose	Revision (5)-(3)	Prognose	Revision (7)-(5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Inländische Verwendung	1,0	-0,2	1,0	0,0	-4,1	-5,1	-3,8	0,3
Privater Konsum	1,5	0,3	0,4	-1,1	-7,8	-8,2	-7,1	0,7
Staatlicher Konsum	2,4	0,1	2,3	-0,1	2,8	0,5	3,7	0,9
Ausrüstungen	-2,9	-1,8	-3,6	-0,7	-22,1	-18,5	-15,9	6,2
Bauten	2,2	0,5	3,4	1,2	0,8	-2,6	2,1	1,3
Sonst. Anlageinvestitionen	1,0	0,2	1,9	0,9	-1,7	-3,6	-2,2	-0,5
Vorratsveränderungen	-0,4	-0,4	0,1	0,5	1,1	1,0	0,3	-0,8
Außenbeitrag	0,1	0,3	-1,0	-1,1	-2,9	-1,9	-1,9	1,0
Ausfuhr	2,8	1,0	-1,0	-3,8	-12,5	-11,5	-11,5	1,0
Einfuhr	2,9	0,4	1,2	-1,7	-7,2	-8,4	-8,4	-1,2
Bruttoinlandsprodukt	1,1	0,1	-0,1	-1,2	-6,8	-6,7	-5,5	1,3
Weltwirtschaft:								
Bruttoinlandsprodukt								
USA	1,5	0,0	1,5	0,0	-5,8	-7,3	-4,3	1,5
Euroraum ohne Deutschland	1,4	0,0	-1,2	-2,6	-9,3	-8,1	-9,0	0,3
Weltwirtschaft	2,5	0,0	1,5	-1,0	-4,7	-6,2	-4,5	0,2
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	-0,8	-0,3	-0,8	0,0	0,5	1,3	1,7	1,2
Exportmärkte	1,9	0,0	0,9	-1,0	-6,0	-6,9	-5,4	0,6
Nachrichtlich:								
Rohölpreis (US-Dollar je Barrel)	63,9	-	52,5	-	29,0	-		

Vorjahresveränderung in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Bruttoinlandsprodukt Weltwirtschaft: Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt nach Marktwechselkursen; Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: Auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Ländern, Anstieg bedeutet Verschlechterung; Exportmärkte: Auf Basis des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt) in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Rohölpreis: Werte sind Setzungen; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; US Department of Commerce, *National Economic Accounts*; Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; eigene Berechnungen; Prognose des ifw Kiel.

Die öffentlichen Haushalte verzeichnen über den gesamten Prognosezeitraum deutliche Defizite. Das laufende Jahr dürften die öffentlichen Haushalte mit einem Rekorddefizit von 168 Mrd. Euro (5,1 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung) abschließen. Strukturelle und konjunkturelle Faktoren halten sich hierbei in etwa die Waage, die diskretionär ergriffenen

Maßnahmen im Zuge der Anti-Krisenprogramme haben fiskalisch somit ein ähnliches Gewicht wie die automatischen Stabilisatoren. Während sich die konjunkturell bedingten Defizite im Zuge der Erholung im kommenden Jahr deutlich verringern, bleibt das strukturelle Defizit in etwa unverändert. Insgesamt rechnen wir mit staatlichen Defiziten im

Umfang von 3,1 Prozent (2021) und 2,1 Prozent (2022) der jährlichen Wirtschaftsleistung. Die Bruttoverschuldung dürfte in Relation zur Wirtschaftsleistung unter dem Niveau bleiben, das im Zuge der Großen Rezession verzeichnet wurde. Zum einen war vor der Corona-Krise die Ausgangssituation günstiger, zum anderen reicht der derzeitige Erwerb von Vermögenswerten (Hilfskredite und Unternehmensbeteiligungen) nicht an die übernommenen Wertpapierbestände zur Bewältigung der Finanzmarktkrise (Bankenrettung) heran.

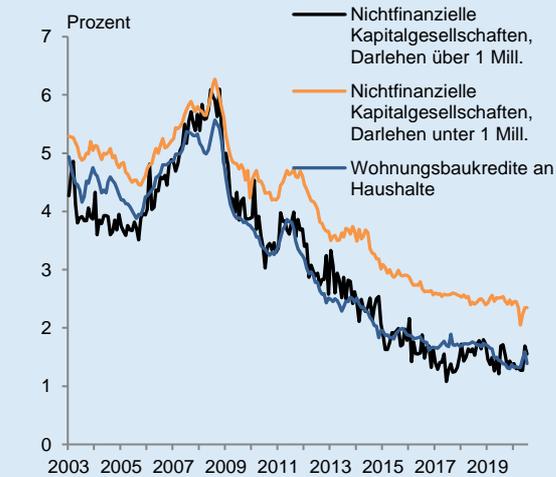
Kreditvergabe bislang kein Hemmnis

Die außergewöhnlichen geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) werden für den gesamten Prognosezeitraum Bestand haben. Die Leitzinsen, welche zurzeit 0,25 Prozent (Spitzenrefinanzierungssatz), 0 Prozent (Hauptrefinanzierungssatz) und -0,5 Prozent (Einlagesatz) betragen, sollen solange auf ihrem gegenwärtigen oder einem niedrigeren Niveau verharren, bis eine „robuste Konvergenz“ der Verbraucherpreisinflation zum Zentralbankziel sichtbar wird (unter aber nahe zwei Prozent im Projektionszeitraum der EZB). Zudem kommunizierte die EZB seit Ausbruch der Corona-Krise, dass sie sich bezüglich ihres Inflationsziels der Symmetrie verpflichtet fühle, was darauf hindeutet, dass sie zeitweilig auch Inflationsraten oberhalb ihrer Zielmarke in Kauf nehmen wird. Wir rechnen daher nicht mit einer Zinsanhebung vor Ablauf des Jahres 2022. Die bereits laufenden Wertpapierkaufprogramme werden unverändert fortgeführt werden. Im Rahmen des Pandemie-Notfallprogramms (PEPP) sollen bis Mitte kommenden Jahres Käufe erfolgen, deren Allokation sich zwar am Kapitalschlüssel orientieren soll, in deren Umsetzung aber Flexibilität bezüglich der Verteilung zwischen Ländern und Anlagelassen über die Zeit zulässt. Der im Juni auf 1,35 Bill. Euro aufgestockte maximale Gesamtrahmen für dieses Programm wird wohl voll ausgeschöpft werden und auch nach Ende der Nettokäufe sollen Rückzahlungen aus fällig werdenden Anleihen bis mindestens Ende 2022 reinvestiert werden. Parallel finden weiterhin Nettokäufe unter dem Programm zum Ankauf

von Vermögenswerten (APP) statt, derzeit in Höhe von 20 Mrd. Euro im Monat zuzüglich eines Zusatzrahmens von 120 Mrd. Euro verteilt über das Jahr 2020. Die monatlichen Nettokäufe sollen erst kurz vor einer etwaigen Leitzinsanhebung eingestellt werden und auch danach sollen Rückflüsse noch für einen langen Zeitraum reinvestiert werden. Schließlich gibt die EZB den Banken über ihre gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO) weiterhin Kredit zu äußerst günstigen Konditionen.

Die robuste Kreditvergabe und die günstigen Finanzierungsbedingungen haben Bestand. Die Darlehenszinsen wiesen auch zuletzt ein im historischen Vergleich sehr niedriges Niveau auf und waren sogar etwas niedriger als noch vor einem Jahr. Bei Restlaufzeiten zwischen einem und fünf Jahren fielen für kleinere und größere Unternehmenskredite 2,4 bzw. 1,6 Prozent an, während Wohnungsbaukredite mit 1,4 Prozent verzinst wurden (Abbildung 3). Nachdem die Zinsen auf Unternehmensanleihen im März und April ein deutlich erhöhtes Niveau aufwiesen, bildeten sich diese seitdem wieder zurück. Im August lag die Verzinsung für mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren mit 1,2 Prozent auf einem historischen Tiefstwert und auch der Zinsabstand zu vergleichbaren Bundesanleihen schmolz merklich zusammen (Abbildung 4). Die Renditen auf Bundesanleihen sind zwar nicht mehr ganz so niedrig wie auf dem Höhepunkt der Corona-Krise vor etwa einem halben Jahr, allerdings sind sie weiter über das gesamte Laufzeitspektrum (bis zu 30 Jahren) negativ. Die Verzinsung zehnjähriger Anleihen beträgt derzeit -0,5 Prozent und wir rechnen damit, dass sie bis zum Ende des Prognosezeitraums nur geringfügig steigen wird (Tabelle 3). Die Wohnungsbaukredite steigerten ihr Wachstumstempo gar ungebrochen weiter; ihr Volumen überstieg im Juli den Vorjahreswert um 6,2 Prozent. Bei der Vergabe von Unternehmenskrediten kam es zwar zu stärkeren monatlichen Schwankungen, aber auch hier waren weiterhin kräftige Zuwachsraten zu verzeichnen – zuletzt lagen sie um 5,6 Prozent über dem Vorjahreswert (Abbildung 5).

Abbildung 3:
Darlehenszinsen 2003 - 2020

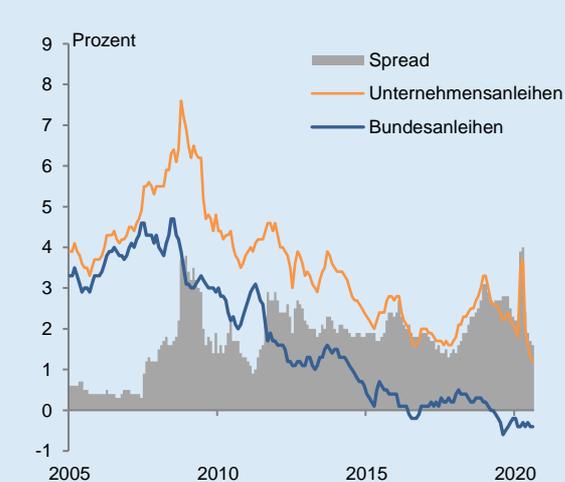


Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, MFI-Zinsstatistik.

Die Vergabe kurzfristiger Kredite, die sich bereits in den Jahren 2018 und 2019 besonders dynamisch entwickelt hatte, stieg im Zeitraum von März bis Mai noch einmal stark an. Hierbei dürfte es sich teilweise um Überbrückungskredite handeln, die zuerst im Zuge der Industrierezession der vergangenen Jahre und nun aufgrund der Corona-Krise aufgenommen wurden. Im Juni und Juli ließ die Vergabe in diesem Segment aber wieder nach. Insgesamt stand dem starken Einbruch des Bruttoinlandsproduktes im zweiten Quartal ein deutlich positiver Kreditimpuls gegenüber. Für das dritte Quartal zeichnet sich nun ein in etwa neutraler Impuls ab (Abbildung 6). Die Finanzierung der nichtfinanziellen Unternehmen über die Anleihemärkte, die im März einen merklichen Einbruch verzeichnete, stieg ebenfalls wieder an, so dass das Volumen der umlaufenden Schuldverschreibungen im Juni 11,5 Prozent über dem Vorjahreswert lag.

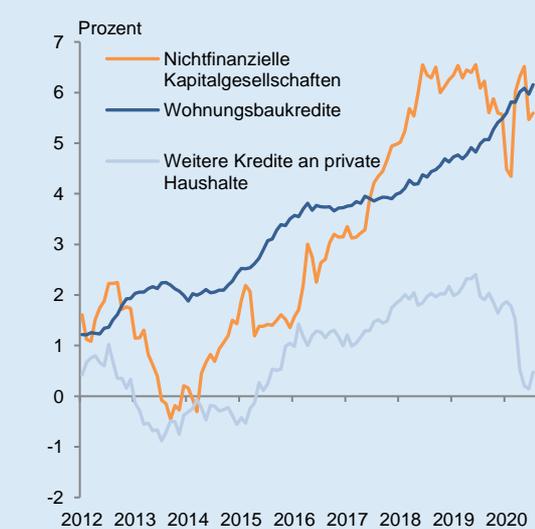
Abbildung 4:
Kapitalmarktzinsen 2005 - 2020



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 5:
Kreditexpansion 2012 - 2020



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank: Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Berechnungen des IfW Kiel.

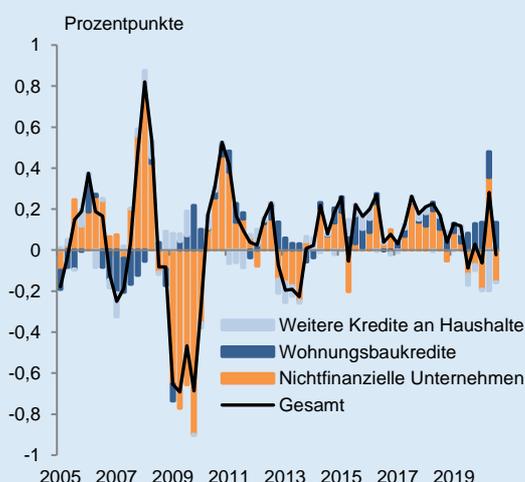
Tabelle 3
Rahmendaten für die Konjunktur 2019–2022

	2019				2020				2021				2022			
	I	II	III	IV												
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Langfristige Zinsen	0,1	-0,1	-0,5	-0,4	-0,4	-0,4	-0,5	-0,5	-0,5	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	-0,3	-0,3
US-Dollar/Euro	1,14	1,12	1,11	1,11	1,10	1,10	1,18	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	89,7	89,7	89,5	88,9	88,9	90,5	91,7	92,5	92,4	92,2	92,0	91,8	91,7	91,5	91,4	91,3
Exportmärkte	0,8	0,5	0,5	0,4	-2,8	-9,2	6,8	2,5	1,3	1,1	0,9	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6
Rohölpreis	63,2	68,9	61,9	63,4	50,5	29,4	44,9	47,9	50,1	52,4	54,5	55,0	55,3	55,6	55,9	56,1

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 60 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; IMF, International Financial Statistics; EIA; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 6:
Kreditimpuls 2005 - 2020



Quartalsdaten, aktuelles Quartal auf Basis des ersten Monats; Berechnung folgt Biggs et al. (2009). Der Kreditimpuls ist die Veränderung der Kreditexpansion relativ zur Expansion des Bruttoinlandsproduktes.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel.

Die vorübergehende Aussetzung der Insolvenzantragspflicht hat die Zahl der angemeldeten Unternehmenskonkurse zuletzt deutlich gesenkt, es dürfte aber schon bald zu Nachholeffekten kommen. Im März wurde in Deutschland die Insolvenzantragspflicht zeitweilig ausgesetzt. Diese Regelung soll eigentlich nur für solche Unternehmen gelten, die aufgrund der Corona-Pandemie in die Insolvenz geraten und für die die Aussicht besteht, dass sie (unter Inanspruchnahme staatlicher Hilfsprogramme oder auf anderem Wege) die Krise überstehen können. Die Aussetzung gilt zu-

nächst noch bis zum 30. September. Inzwischen wurde eine Verlängerung über dieses Datum hinaus bis zum Ende des laufenden Jahres beschlossen – allerdings nur für solche Fälle, in denen die Insolvenz aufgrund von Überschuldung angemeldet werden müsste. Der Löwenanteil der Konkurse wird für gewöhnlich aber durch Zahlungsunfähigkeit ausgelöst. Laut Daten des Statistischen Bundesamtes ging die Zahl der gemeldeten Unternehmensinsolvenzen im Verlauf der Corona-Krise zeitweilig deutlich zurück. Im ersten Halbjahr waren es insgesamt 6,2 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Der Trend zur Meldungs zurückhaltung hielt auch in den Sommermonaten an: ausweislich erster Informationen wurden im August 38,9 Prozent weniger Regelinsolvenzverfahren eröffnet, als vor einem Jahr. Das voraussichtliche Forderungsvolumen in den beantragten Insolvenzfällen ist hingegen merklich gestiegen (auf 16,7 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2020 gegenüber 10,2 Mrd. im Vorjahreszeitraum – hierbei ist allerdings zu beachten, dass dieses Volumen im Zeitablauf generell recht volatil ist und es seit 2008 bereits sieben weitere Halbjahre gab, in denen es über 16 Mrd. Euro lag). Während bei mittleren und großen Unternehmen bereits eine zunehmende Zahl an Verfahren zu beobachten ist, reichten zuletzt vor allem kleine Unternehmen seltener einen Insolvenzantrag ein (Creditreform 2020, FalkenSteg 2020). Alles in allem liegt es nahe, dass auch einige, und hierbei nicht zuletzt kleinere, Unternehmen, die selbst ohne die Corona-Krise dieses Jahr zur Aufgabe gezwungen worden wären, von dem Aufschub der An-

tragspflicht Gebrauch gemacht haben. Des Weiteren wird es wohl auch nicht möglich sein, sämtliche Unternehmen, deren Geschäftsmodell nun aufgrund der Pandemie beeinträchtigt wurde, zu retten. Insgesamt dürfte daher in Bälde die Zahl der Insolvenzanträge merklich steigen.

Finanzpolitik im Krisenmodus

Bereits vor der Corona-Krise war die Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet. So sorgten die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung und das Familienentlastungsgesetz, in dessen Zuge auch das Kindergeld erhöht wurde bzw. im kommenden Jahr erhöht wird, für eine niedrigere Abgabenlast. Diverse Investitions- und Subventionsprogramme wurden fortgeführt oder gestartet und für das Jahr 2021 die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags auf den Weg gebracht (Tabelle 4).

Als die Pandemie Deutschland erreichte, hat die Finanzpolitik zügig zusätzliche Ausgaben beschlossen, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Umfangreiche Kredit- und Garantiprogramme wurden auf den Weg gebracht, die allerdings im Sinne der VGR keine Budgetwirkung haben bzw. diese erst dann entfalten, wenn Kredite ausfallen oder Garantien fällig werden. Bisher wurde nur ein kleinerer Teil des Kreditrahmens abgerufen. Die zusätzlich als Zuschüsse ausgereichten Soforthilfen für Kleinunternehmen und Solo-Selbständige belasten hingegen das Budget direkt. Von den mit den Soforthilfen bereitgestellten 50 Mrd. Euro wurden rund 18 Mrd. Euro in Anspruch genommen. Zudem haben mehrere Länder ergänzende Hilfe geleistet. Die Regelungen zur Kurzarbeit wurden ausgeweitet und die Gesundheitspolitik mit umfangreichen finanziellen Mitteln ausgestattet, vor allem um die Krankenhausversorgung auszubauen bzw. aufrechtzuerhalten. Die Pflegekassen reichen an Beschäftigte in der Altenpflege den sogenannten Pflegebonus aus, den die meisten Länder aufstocken. Da später im Zuge der Sozialgarantie den Pflegekassen Bundesmittel zugesprochen wurden, stellt nur die Aufstockung durch die Länder einen Impuls

dar.² Außerdem gilt bis in das kommende Jahr hinein in der Gastronomie der ermäßigte Mehrwertsteuersatz.

Im Juni wurde das vierteilige „Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket“ zusammen mit dem „Zukunftspaket“ beschlossen. Die Maßnahmen des Konjunkturpakets, die vor allem im laufenden und kommenden Jahr Wirkung entfalten werden, sind breit gestreut und enthalten unter anderem die temporäre Absenkung der Mehrwertsteuersätze, Zuschüsse zur Reduktion der EEG-Umlage, verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen und einen Kinderbonus von einmalig 300 Euro pro Kind. Die Intention des „Zukunftspakets“ besteht vordringlich nicht darin, den konjunkturellen Absturz zu überwinden, sondern den folgenden Strukturwandel zu beeinflussen. Überwiegend handelt es sich hier um Investitions- und Subventionsprogramme, die eher mittel- bis langfristig angelegt sind. Ein Beispiel ist die sogenannte Wasserstoffstrategie. Es ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der Ausgaben des „Zukunftspakets“ erst jenseits des Prognosehorizonts erfolgen wird.³

Parallel zur Reaktion auf die Corona-Krise werden weitere expansive Maßnahmen umgesetzt. Die Koalition hat die Grundrente für das kommende Jahr beschlossen. Die Ausweitung der Rentenleistungen sollen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Die eigentlich für die Finanzierung vorgesehene Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist derzeit nicht absehbar, so dass mit einem expansiven Impuls zu rechnen ist. Schließlich wurde jüngst das zweite Familienentlastungsgesetz im Kabinett beschlossen. Es sorgt für die turnusmäßige Anhebung der Freibeträge in der Einkommensteuer. Zudem wird wohl abermals der Einkommensteuertarif verschoben und das Kindergeld erhöht.

² Ohne die Sozialgarantie hätten die Pflegekassen die Beiträge wohl erhöhen müssen. Die vom Bund für das Jahr 2020 zugesagten 1,8 Mrd. Euro verhindern dies.

³ Eine Schätzung des zeitlichen Verlaufs der im Konjunktur- bzw. Zukunftspaket angestrebten Haushaltsbelastungen findet sich in Boysen-Hogrefe (2020), wo allerdings noch mit einer kompletten Inanspruchnahme der Überbrückungshilfen gerechnet wurde.

Tabelle 4:
Budgetwirkungen finanzpolitischer Maßnahmen 2020-2022^a

	2020	2021	2022
Einnahmen der Gebietskörperschaften^b			
Alterseinkünftegesetz	-1,3	-1,3	-1,3
Mehreinnahmen durch Rentenbesteuerung	0,4	0,4	0,4
Familientlastungsgesetz	-3,9	-0,5	-0,1
2. Familientlastungsgesetz	0,0	-7,0	-4
Reduktion des Solidaritätszuschlags	0	-9,2	-1,4
Umsetzung des Klimapakets im Steuerrecht	-0,4	-0,2	-0,2
Steuerliche Förderung der E-Mobilität	-0,9	-0,3	-0,5
Anhebung der Luftverkehrssteuersätze	0,1	0,3	0,1
Einführung CO2 Steuer	0,0	8,7	1,8
Steuerliche Forschungsförderung (inkl. "Zukunftspaket")	0,0	-1,7	-0,4
Temporäre Absenkung der MWSt.-Sätze Gastronomie	-1,2	-0,3	1,5
Temporäre Absenkung der MWSt.-Sätze allgemein	-14,0	11,5	2,5
Verschiebung des Zahltermins der EUST	0,0	-4,8	4,6
Anhebung des Entlastungsbetrags für Alleinerz.	-0,4	-0,1	0,4
Erhöhung Ermäßigungsfaktor GewSt/EST	-0,2	-0,3	0,1
Zetweise Einführung der Degressiven AfA	-0,2	-2,4	-3,5
Sonstige steuerliche Maßnahmen ^c	-0,6	1,1	-0,5
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Absenkung Krankenkassenbeitrag auf Betriebsrenten	-1,2	0,0	0,0
Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung	-1,0	0,0	0,0
Erweiterung der Midi-Jobs (Ausweitung der Gleitzone)	-0,2	0,0	0,0
Anhebung Zusatzbeitrag in der GKV	0,0	0,0	2,0
Anhebung Beitragsatz ALV	0,0	0,0	2,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Soforthilfen von Bund und Ländern	-21,0	21,0	0,0
Überbrückungshilfen und Förderung Kunst und Kultur	-6,0	6,0	0,0
Kindergeldanhebung zum 1. Juli 2019 und 1. Januar 2021	-1,0	-2,8	0,0
Kinderbonus	-5,5	5,5	0,0
Pflegebonus	-0,5	0,5	0,0
Einsparungen bei ALG II durch Kindergeldanhebung	0,1	0,2	0,0
"Gute-KiTa-Gesetz" und Kita-Ausbau laut "Zukunftspaket"	-0,5	-1,2	0,0
Förderung Ganztagsbetreuung Bund (inkl. "Zukunftspaket")	-0,4	-0,6	0,0
Zuschuss des Bundes zur Gemeindeverkehrsfinanzierung	0,0	1,0	0,0
Ausbau des Schienennetzes inkl. "Zukunftspaket"	-1,0	-0,5	0,0
Kaufbonus E-Mobilität	-0,6	-0,6	1,3
"Bauernmilliarde"	-0,3	-0,2	0,2
Förderung der Fortwirtschaft	0,0	-0,2	0,0
Zusätzliche Ausgaben im Bereich Verteidigung	-1,0	0,0	0,0
Entwicklungspolitik / Humanitäre Hilfe	-1,6	0,7	1,5
Zusätzliche Ausgaben ÖPNV	0,0	-0,6	-1,0
Baukindergeld	-0,5	-0,1	0,0
Kinderzuschlag ("Starke-Familien-Gesetz")	-0,6	0,0	0,0
Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose	-0,3	0,0	0,0
Digitalpakt Schule	-0,5	-0,1	0,0
Breitbandausbau und 5G/6G ("Zukunftspaket")	-0,9	0,0	0,0
BAFöG-Anhebung und Förderung von Azubis	-0,9	0,3	0,0
Ausstiegshilfen Braunkohle	-0,5	0,0	0,0
Angehörigenentlastungsgesetz	-0,3	0,0	0,0
Qualifizierungschancengesetz	-0,1	0,0	0,0
Zuschuss EEG-Umlage	0,0	-5,4	-1,4
Sofortprogramm "Saubere Luft"	0,0	0,4	0,0
Zusätzliche Ausgaben des EKF laut Klimapaket	-1,8	-2,9	-1,1
Ladesäulen	-0,1	-0,5	0,0
CO2-Reduktion bei Bus/Lkw und Schiffe/Flugzeuge	-0,1	-0,4	0,0

Wasserstoffstrategie	-0,2	-1,3	0,0
Forschungsförderung (inkl. E-Mobilität)	-0,2	-1,3	0,0
Sozialgarantie 2021	-5,3	0,0	5,3
Herabsenkung der EEG Umlage	0,0	-7,0	4,0
Subvention des Gesundheitssektors während Corona	-11,5	11,5	0,0
Kauf von Schutzausrüstung etc.	-5,0	5,0	0,0
Sonstige Maßnahmen des Konjunktur- und Zukunftspaktes	-0,5	-0,5	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Ausweitung der Kurzarbeit	-5,0	-5,0	10,0
Reform der Krankenhausversorgung	-0,2	0,0	0,0
Terminservice- und Versorgungsgesetz	0,0	-0,6	0,0
Pflegepersonalstärkungsgesetz	-0,6	-0,3	0,0
Konzertierte Aktion Pflege	-0,2	-0,4	0,0
Qualifizierungschancengesetz	-0,3	0,0	0,0
Anpassung der Renten Ost	-0,4	-0,4	-0,4
Erwerbsminderungsrenten	-0,1	-0,1	-0,1
Grundrente	0,0	-1,3	0,0
Zwischensumme	-100,4	11,7	21,8
Automatische Reaktionen			
Progressionseffekte (Einkommensteuer)	-3,0	6,5	1,7
Endogener Rückgang von Steuerquoten (Mengensteuern)	-1,0	-2,6	-1,3
Summe	-104,4	15,6	22,2
In Relation zum BIP	-2,8	0,4	0,6
<i>Nachrichtlich</i>			
Pflegebonus	-1,0	1,0	0,0

^a Gemessen an den Verhältnissen des jeweiligen Vorjahrs. Ohne makroökonomische Rückwirkungen. - ^b Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. - ^c Umfasst u.a. Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet und Änderung weiterer steuerl. Vorschriften, Betriebsrentenstärkungsgesetz, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassung, Reform der Investmentbesteuerung.

Quellen: Bundesfinanzministerium, Bundesgesundheitsministerium, Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Berechnungen und Schätzungen des IfW Kiel.

Restriktive Maßnahmen sind für das Jahr 2022 auf verschiedenen Ebenen zu erwarten.

Einzelne Zweige der Sozialversicherungen – insbesondere die Arbeitslosenversicherungen und wohl auch einige Krankenkassen – dürften im Nachgang der Krise und mit dem Auslaufen der sogenannten Sozialgarantie des Bundes ihre Beiträge anheben. Wir gehen davon aus, dass dies in der Arbeitslosenversicherung ein Jahr früher passiert als bisher geplant, um Darlehen des Bundes zurückzuzahlen. Zudem rechnen wir damit, dass mehrere Krankenkassen ihre Zusatzbeiträge erhöhen werden. Schließlich ist damit zu rechnen, dass viele Kommunen spätestens im Jahr 2022 Ausgaben – insbesondere Investitionen – reduzieren und kommunale Abgaben anheben werden, um den Budgetausgleich zu erreichen. Dies lässt sich aber nicht einzelnen Maßnahmen zuordnen und bleibt hier ohne Quantifizierung.

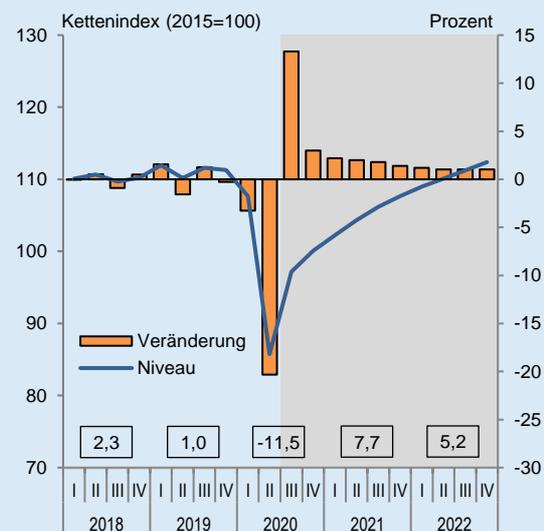
Insgesamt wird der finanzpolitische Impuls im Jahr 2020 immens ausfallen. Wir rechnen

mit einer Budgetwirkung von 100 Mrd. Euro (2,8 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Unter Berücksichtigung automatischer Reaktionen ist der Impuls untypischerweise sogar marginal höher, da angesichts sinkender Pro-Kopf-Löhne die Progression in der Lohnsteuer zu zusätzlichen Mindereinnahmen führt. Es ist bei der Darstellung der Zahlen zu betonen, dass makroökonomische Rückwirkungen nicht erfasst werden. Die direkte Budgetwirkung ist somit nicht die effektive Veränderung des Budgetsaldos. Im Jahr 2021 rechnen wir dann mit einem leicht restriktiven Impuls, der darin begründet liegt, dass Einmalmaßnahmen aus dem Vorjahr wegfallen. Dies gilt auch für das Jahr 2022, das aber zudem von ersten Konsolidierungsmaßnahmen gekennzeichnet sein dürfte.

Außenhandel: Dienstleistungen ungewöhnlich stark von Krise betroffen

Sowohl der Waren- als auch der Dienstleistungshandel werden massiv durch die Corona-Krise belastet. Bereits im ersten Quartal war der Außenhandel so stark zurückgegangen wie seit der Weltfinanzkrise nicht mehr. Aufgrund der anhaltenden Produktions- und Nachfrageausfälle infolge der Lockdown-Maßnahmen sowie Störungen bei grenzüberschreitenden Lieferketten (Görg und Mösle 2020) brachen die Exporte und Importe im zweiten Quartal regelrecht ein, letztere jedoch in etwas geringerem Maße. Im Warenhandel war der stärkste Rückgang bei den Investitionsgütern zu beobachten, und hier insbesondere bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen; der Handel mit Konsumgütern zeigte sich verhältnismäßig robust. Einzig der Warenhandel mit China war wegen der dort bereits früher einsetzenden Erholung der wirtschaftlichen Aktivität aufwärtsgerichtet; die Einfuhren übertrafen sogar bereits das Vorjahresniveau wieder deutlich, vor allem aufgrund der hohen Nachfrage nach medizinischen Gütern sowie Datenverarbeitungsgeräten. Im Dienstleistungshandel waren die Einbrüche aufgrund der Einschränkungen von Tourismus und Geschäftsreisen besonders drastisch. Während sich im Warenhandel die Einfuhren als robuster erwiesen als die Ausfuhren, waren im Dienstleistungshandel die Einfuhren aufgrund der höheren Bedeutung des Reiseverkehrs stärker betroffen (Mösle 2020). Im zweiten Halbjahr werden sich die Ausfuhren zwar erholen. Wir gehen aber davon aus, dass sie ihr Vorkrisenniveau nicht zuletzt aufgrund der verhaltenen Investitionstätigkeit in wichtigen Abnehmerländern erst im Laufe des Jahres 2022 wieder erreichen werden (Abbildung 7). Die Einfuhren holen ihren Rückgang etwas schneller wieder auf, dürften allerdings noch geraume Zeit von den Einschränkungen und Verhaltensänderungen im Reiseverkehr belastet werden (Abbildung 8).

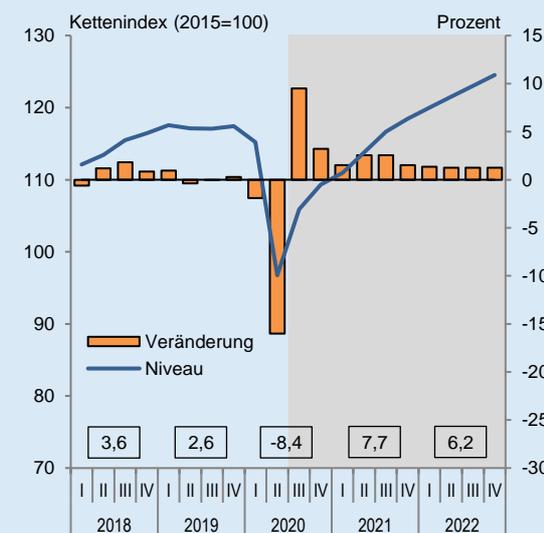
Abbildung 7:
Exporte 2018–2022



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 8:
Importe 2018–2022



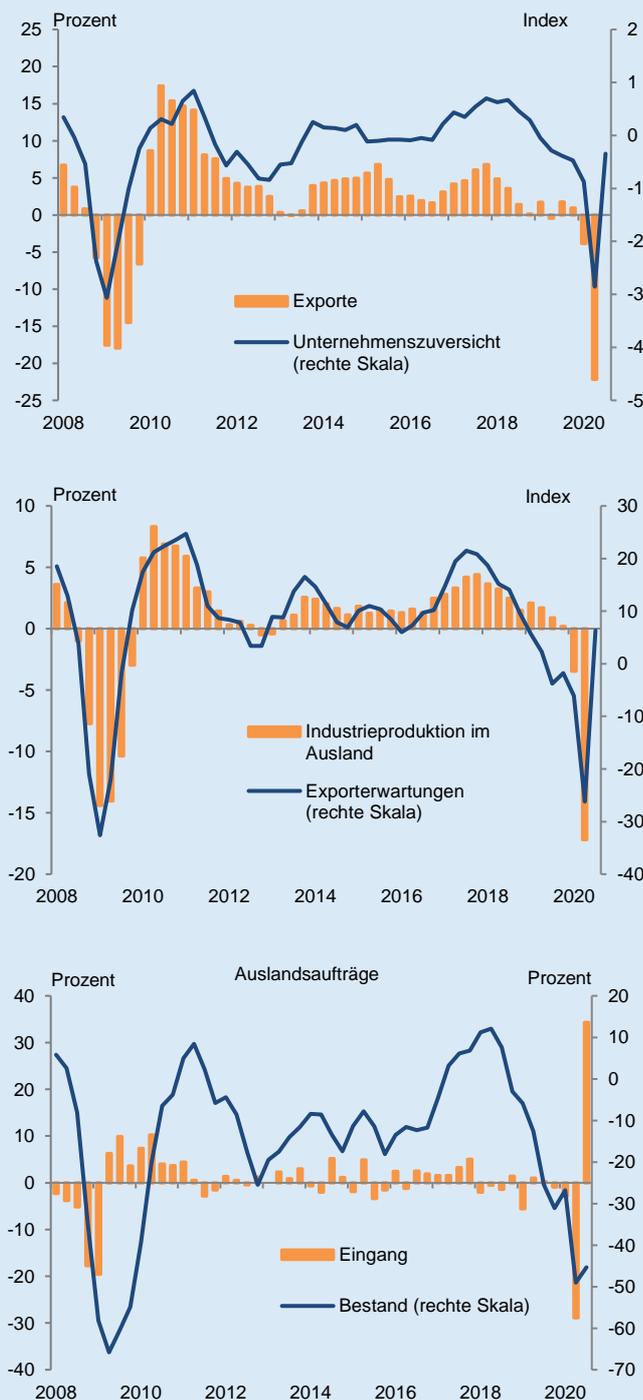
Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Im zweiten Quartal waren nur die Ausfuhren nach China aufwärtsgerichtet. Diese hatten ihren Tiefpunkt bereits im März erreicht, da China den Höhepunkt der Corona-Pandemie früher als die übrige Welt durchschritt. Im Zuge der dortigen wirtschaftlichen Belebung stiegen die Lieferungen der deutschen Exporteure im Vergleich zum ersten Quartal zwar, blieben jedoch noch deutlich unter ihrem Vorjahresniveau. Die nominalen Warenausfuhren in alle anderen Weltregionen standen im Zeichen der pandemiebedingten Einschränkungen der ökonomischen Aktivität, die außerhalb Chinas im zweiten Quartal am stärksten waren. Besonders heftig sanken die Exporte an das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten (rund -30 Prozent); ein ähnlich hoher Rückgang war bei den Lieferungen in die ölexportierenden Länder zu beobachten. Die Ausfuhren in den Euroraum brachen etwas weniger – jedoch immer noch um mehr als ein Fünftel im Vergleich zum ersten Quartal – ein.

In der zweiten Jahreshälfte erholen sich die Ausfuhren zwar spürbar, machen aber nur einen Teil des Einbruchs wett. Die Warenausfuhren ausweislich der Monatsdaten im Spezialhandel sind nach ihrem starken Rückgang bereits seit Mai wieder aufwärtsgerichtet. Der Juliwert der preisbereinigten Monatswerte war fast 18 Prozent höher als der Durchschnitt des zweiten Quartals; sie lagen jedoch noch rund 10 Prozent unter ihrem Vorkrisenniveau. Auch andere Frühindikatoren erholten sich merklich (Abbildung 9). Die Auftragseingänge aus dem Ausland, die im April ebenfalls stark gefallen waren, stiegen bis Juli wieder auf rund 90 Prozent ihres Standes zu Jahresbeginn an. Die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe laut ifo Konjunkturtest und die Unternehmenszuversicht in den Abnehmerländern haben ihr Vorkrisenniveau bereits wieder erreicht, setzten allerdings ihren Aufwärtstrend im August nicht fort. Die Verbesserung der Erwartungen muss dabei vor dem Hintergrund interpretiert werden, dass die wirtschaftliche Aktivität derzeit noch spürbar niedriger ist als vor der Corona-Krise. So liegt der Anteil der Unternehmen, die ihren Bestand an nicht abgearbeiteten Aufträgen als günstig einschätzen, bislang nur wenig höher als im zweiten Quartal.

Abbildung 9: Exportindikatoren 2008–2020



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, die über günstige Auftragsbestände berichten; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exportorerwartungen, Auftragsbestand (Auftragseingang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Thomson Reuters Datastream; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des IfW Kiel.

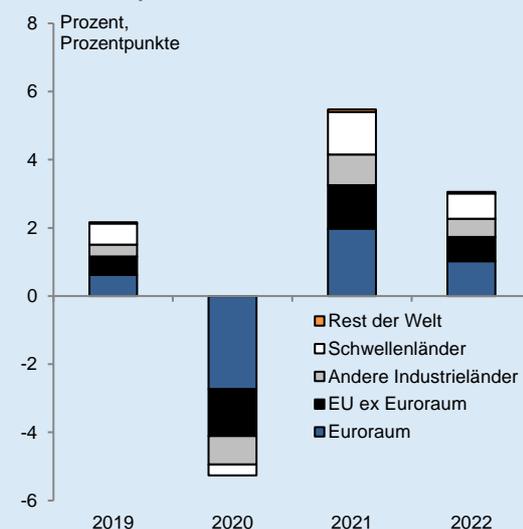
Die Ausfuhren erreichen ihr Vorkrisenniveau erst im Laufe des Jahres 2022 wieder. Zwar wird das exportgewichtete Bruttoinlandsprodukt in den Abnehmerländern im kommenden Jahr deutlich steigen (Abbildung 10). Allerdings dürfte die globale Investitionstätigkeit infolge der Krise noch für geraume Zeit gedämpft sein und die Ausfuhren belasten. Zudem verschlechtert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Aufwertung des effektiven Wechselkurses im laufenden Jahr spürbar (Abbildung 11).⁴ Für den weiteren Verlauf sind nurmehr geringfügige Änderungen angelegt; für den Durchschnitt des kommenden Jahres ergibt sich bedingt durch das hohe Ausgangsniveau allerdings ebenfalls eine Verschlechterung. Aus diesem Grund werden die gravierenden Einbrüche der Exporte wohl erst allmählich aufgeholt werden. Alles in allem rechnen wir nach einem Rückgang der Ausfuhren von 11,5 Prozent im laufenden Jahr mit einem Anstieg von 7,7 bzw. 5,2 Prozent in den Jahren 2021 und 2022.

Der eingeschränkte Reiseverkehr lastet besonders auf den Importen. Die preisbereinigten Monatsdaten im Spezialhandel deuten darauf hin, dass auch die Warenimporte im laufenden Quartal nur einen Teil ihres Rückgangs aufholen. Im weiteren Verlauf werden sie im Einklang mit der Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen, des privaten Konsums und der Nachfrage nach Vorleistungsgütern zunehmen. Da wichtige Handelspartner stärker von der Corona-Pandemie betroffen sind als Deutschland, gehen wir davon aus, dass sich die Einfuhren insgesamt etwas rascher erholen als die Ausfuhren. Die Dienstleistungsimporte, an denen der Reiseverkehr einen Anteil von rund einem Viertel hat, dürften im laufenden Quartal zwar wieder etwas steigen (Abbildung 12). Allerdings wird sich ihre Erholung angesichts der erneuten Verschärfung von Reisewarnungen für beliebte europäische Urlaubsländer sowie Quarantänebestimmungen im In- und Ausland wohl zunächst nicht fortsetzen können. Insgesamt rechnen wir mit einem Rückgang der Einfuhren

⁴ Für die Berechnung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit wird für Deutschland die Preisentwicklung ohne Mehrwertsteuersenkung zu Grunde gelegt, da diese keinen direkten Einfluss auf die (für die Exporteure relevanten) Nettopreise hat (Boysen-Hogrefe et al. 2020b).

von 8,4 Prozent im laufenden Jahr, gefolgt von einem Anstieg von 7,7 und 6,2 Prozent in den beiden kommenden Jahren.

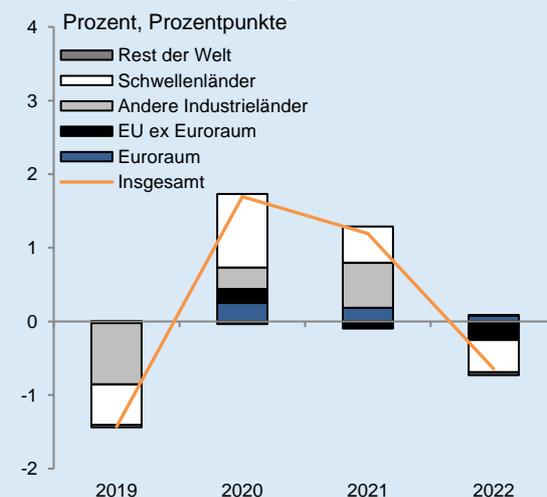
Abbildung 10:
Deutsche Exportmärkte 2019-2022



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 7, Reihe 1*; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

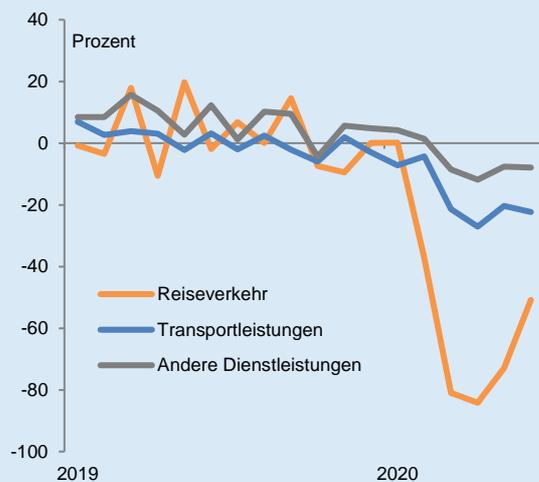
Abbildung 11:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2019-2022



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 55 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 61 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht 8.2020*; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 12:
Dienstleistungsimporte 2019-2020



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Anteil des Reiseverkehrs an den gesamten Dienstleistungsimporten 2019: 25 Prozent; Anteil der Transportleistungen: 19 Prozent. Letzter Monat: Juli 2020.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik; Berechnungen des IfW Kiel.

Die Terms of Trade verschlechtern sich im Zuge der Erholung des Ölpreises. Im Frühjahr verbesserten sich die Terms of Trade deutlich, da die Importpreise aufgrund des Preissturzes bei den Rohstoffen stark abnahmen, während die Exportpreise nur leicht zurückgingen. Im dritten Quartal dürften sich die Terms of Trade hingegen aufgrund der Erholung der Rohstoffpreise trotz der Aufwertung des effektiven Wechselkurses verschlechtern. So deuten die Monatswerte darauf hin, dass die Importpreise merklich stärker steigen werden als die Exportpreise. Im Zuge der Belebung der wirtschaftlichen Aktivität und der damit verbundenen Ölpreisentwicklung werden sich die Terms of Trade auch im weiteren Verlauf verschlechtern, wenngleich mit abnehmender Dynamik gemäß unserer Ölpreis- und Wechselkursannahmen. Insgesamt rechnen wir damit, dass sich die Terms of Trade im laufenden Jahr um 2,4 Prozent verbessern und im kommenden Jahr um 1,2 Prozent verschlechtern. Im Jahr 2022 dürften sie in etwa unverändert bleiben; im Jahresdurchschnitt ergibt sich ein Rückgang um 0,5 Prozent.

Der Leistungsbilanzsaldo im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt wird im Prognosezeitraum deutlich zurückgehen. Im Jahr 2019 hatte er sich im Vergleich zum Vorjahr leicht auf

knapp über 7 Prozent zurückgebildet. Dies ist der vierte Rückgang in Folge, nachdem im Jahr 2015 mit rund 8,6 Prozent ein Hochpunkt erreicht worden war. Grund für den neuerlichen Rückgang war, dass das Volumen der Importe stärker zulegte als das der Exporte. Gleichzeitig wirkte die Verbesserung der Terms of Trade einem stärkeren Rückgang entgegen. Von der Entwicklung der Vermögenseinkommen kamen keine nennenswerten Impulse; der Saldo war nur leicht gestiegen. Im laufenden Jahr geht das Ausfuhrvolumen stärker zurück als das Einfuhrvolumen. Zudem verschlechtern sich die Terms of Trade deutlich. Daher wird der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 6,1 Prozent spürbar zurückgehen. Im weiteren Verlauf wird er weiter sinken und im Jahr 2022 bei 5,3 Prozent liegen.

Produktion: Nach dem Re-Start verliert die Erholung an Kraft

Die leichte Belebung in der Industrie wurde durch die Corona-Krise jäh beendet. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe war bereits seit Mitte des Jahres 2018 kontinuierlich gefallen. Nach Erholungstendenzen zu Beginn des laufenden Jahres verzeichnete sie nun bedingt durch die Corona-Pandemie einen historischen Einbruch. Der Rückgang um 16,1 Prozent im zweiten Quartal 2020 war sogar noch etwas kräftiger als der im ersten Quartal 2009 im Zuge der Finanzkrise (Tabelle 5). Der Einbruch in der Industrie ging einher mit erheblichen Ausfällen bei den unternehmensnahen Dienstleistern, die ebenfalls einen historischen Rückgang der Bruttowertschöpfung verzeichneten. Besonders ausgeprägt waren zudem die Verluste in den konsumnahen Wirtschaftsbereichen Handel, Gastgewerbe, Verkehr (-12,4 Prozent) und den Sonstigen Dienstleistern (-17,6 Prozent). Lediglich die Finanz- und Versicherungsdienstleister stagnierten zumindest und die Wertschöpfung im Grundstück- und Wohnungswesen sank nur geringfügig.

Tabelle 5:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2020–2021

	2020				2021	
	I	II	III	IV	I	II
<i>Saison- und kalenderbereinigte Werte: Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent</i>						
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-9,7	6,2	2,2	1,0	1,4
Bruttowertschöpfung	-1,7	-10,0	6,2	2,2	1,0	1,4
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-4,1	-14,8	11,7	3,4	1,8	1,9
Verarbeitendes Gewerbe	-4,0	-16,1	11,9	3,5	1,8	1,9
Baugewerbe	4,6	-3,8	-0,6	2,2	0,9	0,8
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-1,4	-12,4	7,6	3,3	0,8	1,5
Information und Kommunikation	-2,2	-2,7	2,0	0,7	0,6	0,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,4	0,0	0,2	0,1	0,1	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	-0,2	-1,0	0,9	0,7	0,4	0,5
Unternehmensdienstleister	-2,2	-14,3	6,9	2,8	1,7	2,1
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	-1,2	-8,8	5,2	1,1	0,3	1,2
Sonstige Dienstleister	-2,9	-17,6	5,8	3,0	1,9	2,4

Quartalsdaten, preisbereinigt.

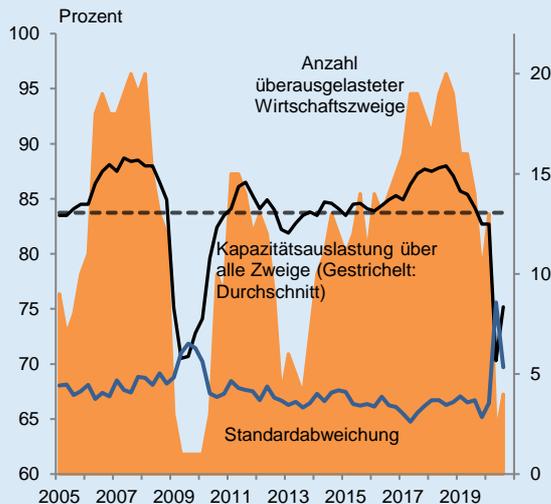
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

Die Wirtschaftszweige in der Industrie sind durch die Corona-Krise sehr unterschiedlich betroffen. Nachdem die Normalauslastung (gemessen anhand des langjährigen Durchschnitts) im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt Umfragen zufolge bereits im Laufe des vergangenen Jahres unterschritten wurde, brach die Auslastung im zweiten Quartal 2020 deutlich ein. So waren im zweiten Quartal nur noch zwei Wirtschaftszweige im Verarbeitenden Gewerbe überdurchschnittlich ausgelastet (pharmazeutische Erzeugnisse und Nahrungsmittel). In den Boom-Jahren 2017 und 2018 hatten sich hingegen nahezu alle Wirtschaftszweige im Verarbeitenden Gewerbe in der Überauslastung befunden (Abbildung 13). Die Stärke des Rückgangs der Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt sowie die nur noch geringe Anzahl der noch überdurchschnittlich ausgelasteten Zweige ähneln der Dynamik zu Beginn der Finanzkrise. Allerdings entwickelte sich die Auslastung in den einzelnen Zweigen im Verarbeitenden Gewerbe nun deutlich heterogener. Während manche Zweige nur leicht in die Unterauslastung rutschten, wiesen einige wenige einen sehr starken Rückgang der Kapazitätsauslastung aus. Den stärksten Rückgang erfuhren die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, bei denen der Auslastungsgrad im zweiten Quartal, auch aufgrund temporärer Schließungen von Produktionsstandorten, auf

rund 55 Prozent ihrer Normalauslastung fiel; in der Finanzkrise 2009 lag der Tiefpunkt bei gut 70 Prozent der Normalauslastung. Ein ähnliches Bild dürfte sich für die Dienstleistungsbranchen ergeben, auch wenn die Kapazitätsauslastungen hier typischerweise schwerer zu erfassen sind als für die Industriebranchen oder die Bauwirtschaft.

Dem kräftigen Rückprall im dritten Quartal folgt eine mühsame Erholung. Nachdem die Produktion im April ihren Tiefpunkt durchschritten hatte, hat ab Mai eine kräftige Erholung eingesetzt. Ablesbar ist dies an der Industrieproduktion (+10 Prozent im Mai gegenüber dem Vormonat sowie +11 Prozent im Juni) oder den monatlichen Umsätzen im Einzelhandel und Kfz-Handel. Auch in den übrigen Dienstleistungsbranchen dürfte eine rasche Erholung eingesetzt haben. Für diese liegen keine monatliche Umsatzzahlen vor, allerdings zeichnet die monatliche Umsatzentwicklung der privaten Dienstleister in Frankreich, wo die Erholung angesichts des Pandemie-Geschehens eher etwas später als in Deutschland eingesetzt haben dürfte, ein ähnliches Bild. Diese zunächst kräftige Erholung wird sich in hohen Expansionsraten im dritten Quartal widerspiegeln, wobei für die Branchen, die zuvor besonders hohe Einbußen zu verzeichnen hatten, auch besonders große Zuwächse zu erwarten sind. Dieser

Abbildung 13:
Kapazitätsauslastung von Wirtschaftszweigen im Verarbeitenden Gewerbe 2005-2020



Saisonbereinigte Quartalsdaten von 21 Wirtschaftszweigen im Verarbeitenden Gewerbe. Standardabweichung über alle Zweige in einem Quartal; Überauslastung entspricht einer Auslastung, die über die durchschnittliche Auslastung eines Wirtschaftszweigs hinausgeht.

Quelle: DG ECFIN.

kräftige Rückprall ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass die Corona-Pandemie erfolgreich eingedämmt werden konnte und Lockerungen der gesundheitspolitischen Maßnahmen erfolgten, so dass viele Unternehmen ihre Produktion wieder hochfahren konnten und die Nachfrage nach ihren Produkten sich rasch wieder von ihrem Tiefpunkt löste. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe dürfte zur kräftigen Erholung auch beigetragen haben, dass (z.B. aufgrund von Werkschließungen) entfallene Produktion aus dem März und April nachgeholt worden ist. Diese Effekte dürften aber nun an Kraft verlieren und die weitere Erholung damit deutlich mühsamer werden. So werden einige Branchen, in denen soziale Kontakte eine große Rolle spielen, nach wie vor direkt durch die Corona-Pandemie belastet, ohne dass rasche Besserung in Sicht ist. Auch das Exportgeschäft dürfte das hohe Erholungstempo nicht beibehalten, zumal einige wichtige Absatzregionen

durch die Pandemie deutlich stärker belastet sind und das Pandemie-Geschehen vielerorts wiederaufzuflammen droht. Dadurch wird nicht nur die weitere Erholung im Verarbeitenden Gewerbe belastet, sondern auch in vielen Dienstleistungsbranchen, insbesondere bei den Unternehmensdienstleistern, die neben Dienstleistungsexporten auch über Vorleistungen an das Verarbeitende Gewerbe am Auslandsgeschäft partizipieren (Kasten 2)

Heimische Absorption holt einen Großteil des Einbruchs rasch wieder auf

Der beispiellose Rückgang der heimischen Absorption im zweiten Quartal war geprägt von schwachen Ausrüstungsinvestitionen und privaten Konsumausgaben. Der Rückgang der letzten inländischen Verwendung fiel mit 7,2 Prozent dabei etwas geringer aus als wir in unserer Sommer-Prognose im Juni erwartet hatten (-8,2 Prozent). Besonders kräftig gingen die Ausrüstungsinvestitionen (19,6 Prozent) und die privaten Konsumausgaben (10,9 Prozent) zurück. Bei den Bauinvestitionen fielen die Auswirkungen der Corona-Pandemie weniger stark ins Gewicht. Der Rückgang um 4,2 Prozent war wohl auch Reaktion auf den starken Anstieg im ersten Quartal, zu dem die ungewöhnlich milden Witterungsbedingungen beigetragen hatten. Die sonstigen Anlageinvestitionen, die unter anderem Forschungs- und Entwicklungsausgaben umfassen, blieben nach einem deutlichen Rücksetzer zum Jahresauftakt im zweiten Quartal nahezu unverändert. Die öffentlichen Konsumausgaben, die reichlich 20 Prozent der heimischen Absorption ausmachen, wurden recht kräftig um 1,5 Prozent ausgeweitet.

**Kasten 2:
Die Abhängigkeit der Dienstleistungsbranchen von der Weltkonjunktur^a**

Neben dem Verarbeitenden Gewerbe sind auch viele Dienstleistungsbranchen vom Corona-bedingten Einbruch der Weltkonjunktur in Mitleidenschaft gezogen worden. So haben die Dienstleistungsexporte, unter anderem aufgrund von Reiseverboten, die weltweite Rezession ungewöhnlich stark mitvollzogen; sie gingen preisbereinigt im zweiten Quartal mit rund 20 Prozent im Vergleich zum Vorquartal annähernd so stark zurück wie die Warenexporte. Während der Großen Rezession hatten sie sich als deutlich robuster erwiesen. Ihr Anteil an den gesamten Ausfuhren war seitdem im Trend angestiegen und hatte mit 18 Prozent im Jahr 2019 einen neuen Höchststand erreicht. Vor zehn Jahren hatte er bei rund 15 Prozent gelegen.

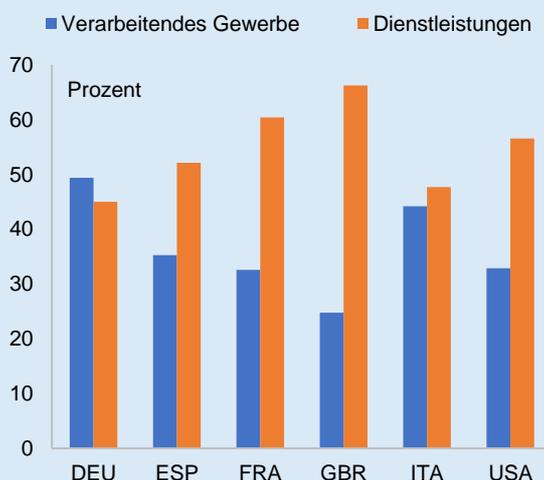
Aus dem Dienstleistungsanteil an den gesamten Ausfuhren kann allerdings nicht vollständig auf die Bedeutung des Auslandsgeschäfts für die Dienstleistungsbranchen geschlossen werden. Zum einen handelt es sich bei den Dienstleistungsexporten um einen Bruttowert, der auch Wertschöpfung einschließt, die nicht in den Dienstleistungsbranchen selbst, sondern in Form von Vorleistungen in anderen Wirtschaftsbereichen oder im Ausland erbracht wird. Zum anderen können Dienstleistungen ihrerseits Vorleistungen für Warenausfuhren, die vornehmlich im Verarbeitenden Gewerbe produziert werden, sein. Auch Dienstleistungsbranchen, die nicht unmittelbar am internationalen Handel teilnehmen, können somit über ihren Beitrag zu den Warenausfuhren am Auslandsgeschäft partizipieren. Kurzfristig ergeben sich daraus freilich auch Risiken.

Die insgesamt für das Auslandsgeschäft geleistete Wertschöpfung im Inland (Wertschöpfungsexporte) kann mit Hilfe von Input-Output-Tabellen bestimmt werden, die Lieferbeziehungen zwischen den Branchen abbilden (Johnsons und Noguera 2012; Koopman et al. 2014). Die World Input-Output Database beinhaltet auch die grenzüberschreitenden Lieferverflechtungen. Sie liegen allerdings nur bis zum Jahr 2014 vor.

Es zeigt sich, dass der Anteil der von den Dienstleistungsbranchen erbrachten Wertschöpfung an den gesamten Wertschöpfungsexporten deutlich höher ist, als der Anteil der Dienstleistungsexporte an den gesamten Exporten. Im Jahr 2014 lag ihr Beitrag in Deutschland mit 45 Prozent nahezu ebenso hoch wie der des Verarbeitenden Gewerbes (49 Prozent). In vielen anderen Ländern, z.B. den Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien, ist der Anteil der Dienstleistungen an den Wertschöpfungsexporten sogar höher als der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes (Abbildung K2-1).

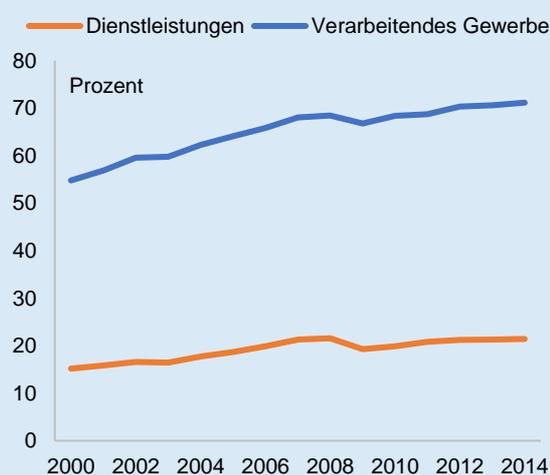
Die Bedeutung des Auslandsgeschäfts ist für das Verarbeitende Gewerbe gleichwohl deutlich höher. So wurden im Jahr 2014 etwa 70 Prozent der im Verarbeitenden Gewerbe erbrachten Wertschöpfung exportiert. Bei den Dienstleistungen waren es etwas mehr als 20 Prozent (Abbildung K2-2). Dieser Anteil ist zwischen den Jahren 2000 und 2014 sukzessive gestiegen; lediglich im Zuge der globalen Finanzkrise im Jahr 2009 ging er etwas zurück.

Abbildung K2-1:
Anteile an den gesamten Wertschöpfungsexporten im internationalen Vergleich



Jahresdaten. Berechnungen in Anlehnung an Koopman et al. (2014).
Quelle: WIOD; Berechnungen des IfW Kiel.

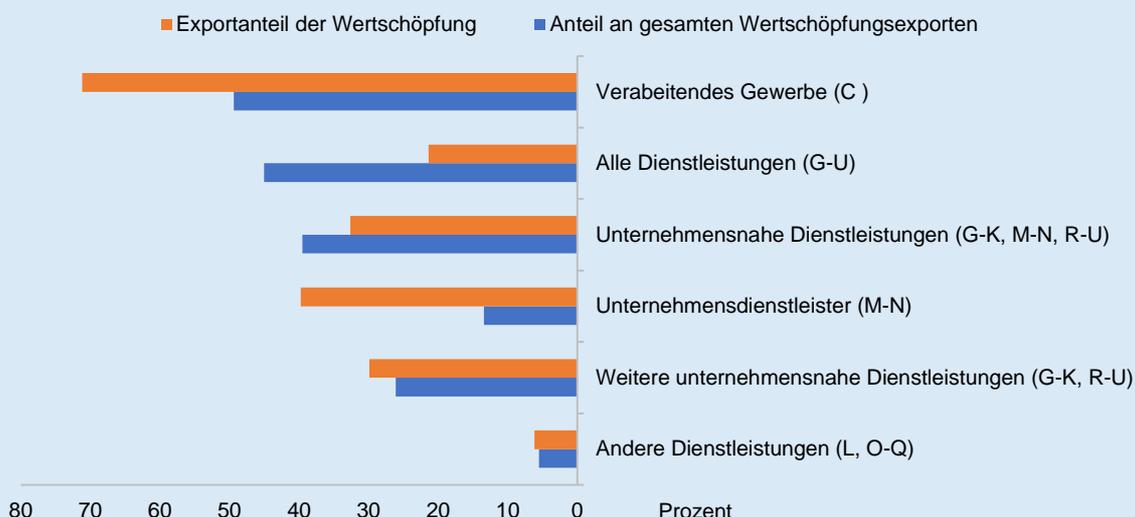
Abbildung K2-2:
Anteil der Wertschöpfungsexporte an der gesamten Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe und den Dienstleistungen



Jahresdaten. Berechnungen in Anlehnung an Koopman et al. (2014).
Quelle: WIOD; Berechnungen des IfW Kiel.

Hinter dem Anteil der Wertschöpfungsexporte bei den Dienstleistungen insgesamt stehen freilich deutlich unterschiedliche Abhängigkeiten der einzelnen Branchen. So lag der Exportanteil an der Wertschöpfung bei den Unternehmensdienstleistern im Jahr 2014 bei 40 Prozent (Abbildung K2-3). Hierzu zählen beispielsweise die Rechts-, Wirtschafts- und Unternehmensberater, die für inländische exportierende Industrien Vorleistungen erbringen. Bezieht man weitere unternehmensnahe Dienstleister mit ein, so beträgt der Anteil rund 30 Prozent. Die übrigen Dienstleistungsbranchen sind mit einem Anteil von rund 5 Prozent dagegen kaum abhängig vom Auslandsgeschäft, weil sie überwiegend für die inländische Verwendung produzieren.

Abbildung K2-3:
Anteil der Wertschöpfungsexporte an der gesamten Wertschöpfung in ausgewählten Branchen

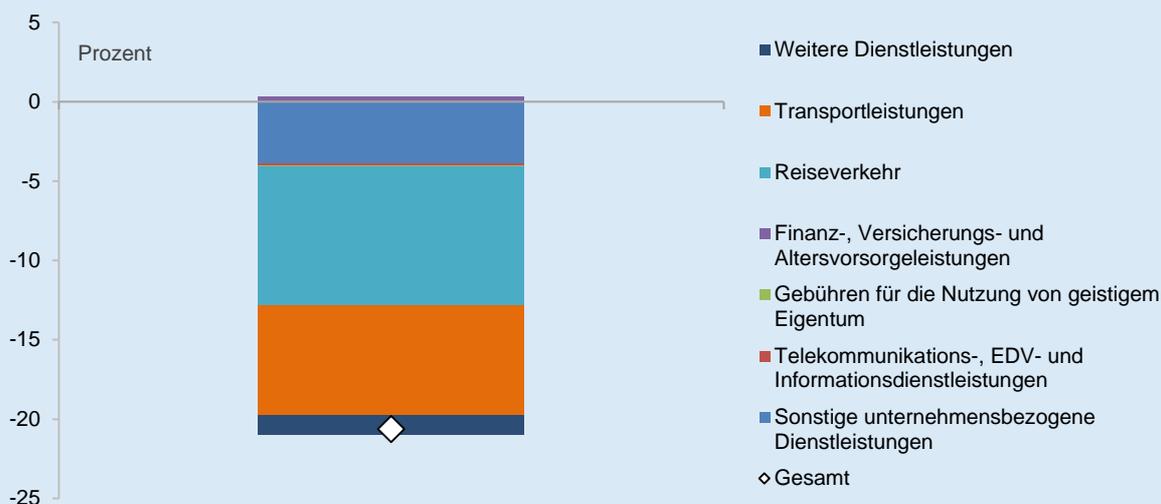


Jahresdaten. Berechnungen in Anlehnung an Koopman et al. (2014).
 Quelle: WIOD; Berechnungen des IfW Kiel.

Insgesamt hat das Auslandsgeschäft eine hohe Bedeutung für die Dienstleistungsbranchen, sowohl direkt über die Dienstleistungsexporte als auch indirekt über Vorleistungen für die Warenexporte. Zum Rückgang der Dienstleistungsexporte im zweiten Quartal trug am stärksten der Einbruch des Reiseverkehrs bei, der im Jahr 2019 einen Anteil von 12 Prozent hatte (Abbildung K2-4). Aufgrund der Einschränkungen für Tourismus und Geschäftsreisen war er um rund 70 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum. Auch Transportleistungen, die sowohl Fracht- als auch Personenbeförderung enthalten und etwa 20 Prozent der Dienstleistungsexporte ausmachen, sanken deutlich und waren für knapp ein Drittel des Rückgangs verantwortlich. Darüber hinaus waren die sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen (wie z.B. Forschung und Entwicklung, technische Dienstleistungen oder Beratungsleistungen) stark betroffen und lagen 15 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor, als sie für mehr als ein Viertel der Dienstleistungsausfuhren verantwortlich waren. Bei Telekommunikations-, EDV- und Informationsleistungen, Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum sowie Finanz-, Versicherungs- und Altersvorsorgeleistungen, die je einen Anteil von etwa 10 Prozent an den gesamten Dienstleistungsexporten haben, waren dagegen keine auffälligen Entwicklungen wegen der Corona-Krise zu beobachten.

In welchem Ausmaß die Aktivität der Dienstleistungen indirekt durch den Rückgang der Warenausfuhren gedämpft wurde, ist derzeit schwer abschätzbar, da viele Branchen auch direkt von der Corona-Krise betroffen waren. Zudem kann sich ein schwaches Auslandsgeschäft im Verarbeitenden Gewerbe auch erst mit Verzögerung bei den Dienstleistungen bemerkbar machen, beispielsweise wenn Etats für Marketing oder rechtlichen Beistand gekürzt werden. Insgesamt dürfte die voraussichtlich verhaltene Entwicklung der Weltkonjunktur somit auch die Wertschöpfung in einzelnen Dienstleistungsbranchen belasten.

Abbildung K2-4:
Beiträge der einzelnen Bereiche zum Rückgang der Dienstleistungsexporte im zweiten Quartal



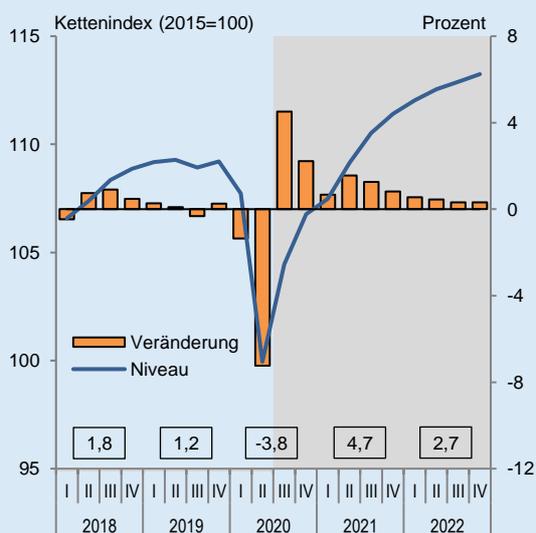
Jahresdaten.
Quelle: Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik; Berechnungen des IfW Kiel.

^a An diesem Kasten hat Simon Landt (IfW Kiel) mitgearbeitet.

Das heterogene Bild bei den inländischen Verwendungskomponenten setzt sich auch während der Erholung fort. Die monatlichen Aktivitätsindikatoren zeigen, dass mit der Eindämmung der Pandemie und der Lockerung der gesundheitspolitischen Maßnahmen bereits im Mai eine kräftige Erholung eingesetzt hat, die sich in einem starken Anstieg der heimischen Absorption um voraussichtlich knapp 5 Prozent im dritten Quartal widerspiegeln wird (Abbildung 14). Sofern es zu keinen neuen massiven Beeinträchtigungen mehr durch die Corona-Pandemie kommt, dürfte sich die Erholung auch in den kommenden Quartalen fortsetzen, so dass das Vorkrisenniveau rasch wieder erreicht wird und die heimische Absorption im Jahr 2021 insgesamt wohl höher ausfallen wird als im Jahr 2019. Zwar werden die Komponenten, bei denen es in der ersten Jahreshälfte zu besonders deutlichen Rückschlägen gekommen war, wohl zunächst auch besonders hohe Zuwachsraten verzeichnen. Insgesamt dürfte es aber im Vergleich zum Ausgangspunkt vor der Krise zu deutlich voneinander abweichenden Entwicklungen kommen. So werden die konsumtiven und investiven öffentlichen Ausgaben vor allem im laufenden Jahr deutlich ausgeweitet werden. Auch die Wohnungsbauinvestitionen dürften angesichts der grundsätzlich günstigen Rah-

menbedingungen trotz der Corona-Pandemie aufwärts gerichtet bleiben. Die privaten Konsumausgaben werden sich von ihrem historischen Einbruch im laufenden Jahr recht schnell wieder erholen, da der Rückgang im Wesentlichen auf den Infektionsschutz und weniger auf

Abbildung 14:
Letzte Inländische Verwendung 2018 - 2022



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

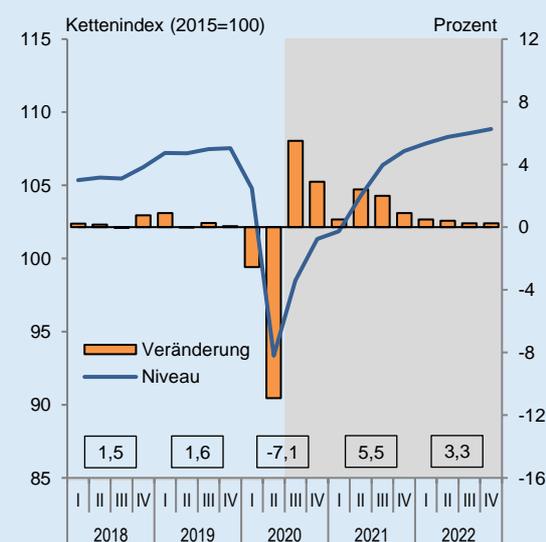
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Einkommenseinbußen zurückzuführen war; der private Konsum wird voraussichtlich gegen Ende des kommenden Jahres wieder sein Vorkrisenniveau erreichen. Auch die Unternehmensinvestitionen werden sich zunächst rasch wieder von ihrem Tiefpunkt lösen. Jedoch werden sie voraussichtlich noch geraume Zeit gedämpft bleiben, da vorerst weiterhin Unsicherheit über den Fortgang der Corona-Pandemie herrschen wird, die Eigenkapitalbasis zahlreicher Unternehmen angegriffen ist und Investitionen für Unternehmen weniger attraktiv werden, sofern sie nun einen solch harschen wirtschaftlichen Einbruch mit einer höheren Wahrscheinlichkeit in ihr zukünftiges Investitionskalkül miteinbeziehen. Alles in allem rechnen wir mit einem Rückgang der letzten inländischen Verwendung von 3,8 Prozent für das laufende Jahr und einem Anstieg von 4,7 Prozent für das kommende Jahr.

Die privaten Konsumausgaben befinden sich seit Mai wieder auf Erholungskurs. Gleichwohl ergab sich angesichts des Einbruchs im März und April noch ein deutlicher Rückgang für das zweite Quartal (Abbildung 15). Maßgeblich war, dass die privaten Haushalte angesichts der gesundheitspolitischen Restriktionen ihr Einkommen nicht im gewohnten Umfang ausgeben konnten bzw. für bestimmte Verwendungen aus Sorge vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus nicht ausgegeben haben. Die verfügbaren Einkommen sind dabei im zweiten Quartal kaum zurückgegangen, so dass die (saisonbereinigte) Sparquote im zweiten Quartal auf 21,1 Prozent sprunghaft gestiegen ist; ein halbes Jahr zuvor lag sie noch um 10 Prozentpunkte niedriger. Im Zuge der Lockerung der Restriktionen und der Eindämmung der Pandemie haben die Haushalte ihre Konsumausgaben offenbar rasch wieder ausgeweitet. Darauf deuten neben neueren Aktivitätsindikatoren, wie dem Passantenaufkommen in den Innenstädten, auch die monatlich vorliegenden Umsatzzahlen des Einzelhandels hin.⁵ So lagen die Umsätze von besonders betroffenen Branchen wie „Textilien, Bekleidung Schuhe, Lederwaren“ oder „Informations- und Kommunikationstechnik“, die sich im April rund 74

Prozent bzw. 42 Prozent unterhalb ihres Januar-Wertes befanden, im Juni bereits wieder nahe oder sogar über ihrem Vorkrisenniveau. Auch der Kfz-Handel hat nach seinem Einbruch um knapp 50 Prozent wieder deutlich angezogen; die Umsätze lagen im Juni allerdings immer noch etwa 17 Prozent unter ihrem Vorkrisenniveau. Die Verwendungskategorien der Konsumausgaben wurden erwartungsgemäß sehr unterschiedlich durch die Corona-Krise beeinflusst. Die Ausgaben für Lebensmittel und im Internet- und Versandhandel legten spürbar zu, so dass die Einzelhandelsumsätze insgesamt, die etwa ein Drittel der privaten Konsumausgaben ausmachen, im zweiten Quartal nahezu unverändert blieben. Die Konsumausgaben für „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ sowie für „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ sind im zweiten Quartal dagegen um 21,1 bzw. 49,2 Prozent zurückgegangen. Freilich dürfte es auch in diesen Bereichen im Mai und Juni zu einer kräftigen Belebung gekommen sein, da die Rückgänge zur Hochphase des Lockdowns wohl deutlich gravierender ausgefallen waren.

Abbildung 15:
Private Konsumausgaben 2018–2022



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

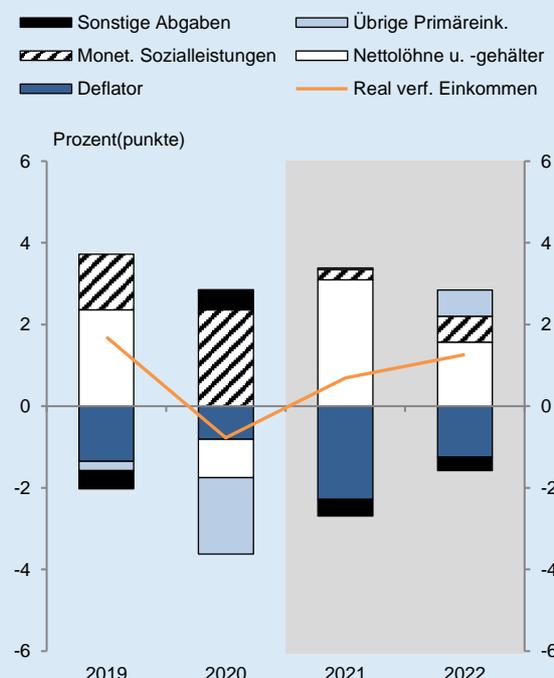
⁵ Vgl. den IfW-Datenmonitor zur Corona-Krise: <https://www.ifw-kiel.de/de/themendossiers/corona-krise/datenmonitor-corona-krise/>.

Die verfügbaren Einkommen werden durch die Corona-Pandemie belastet, bleiben auf Jahressicht aber nahezu konstant.

Im zweiten Quartal sanken die verfügbaren Einkommen gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Prozent; im ersten Quartal lag die Zuwachsrate noch bei 2,6 Prozent. Bei den einzelnen Einkommenskategorien kam es dabei zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen. So gingen die Bruttolöhne und -gehälter um 4,8 Prozent zurück. Aufgefangen wurde dieser Rückgang durch die geringeren Abzüge der Arbeitnehmer (Sozialbeiträge und Lohnsteuer) sowie dem vor allem arbeitsmarktbedingt deutlichen Anstieg der monetären Sozialleistungen um 7,6 Prozent, so dass die Mas-seneinkommen im zweiten Quartal nahezu auf ihrem Vorjahresniveau lagen. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte (übrige Primäreinkommen) sanken um rund 8 Prozent; hier wirkten die Zuschüsse für Soloselbstständige und Kleinunternehmen einem deutlich stärkeren Rückgang entgegen. Die geleisteten Zahlungen im Rahmen der „Weiteren empfangenen abzüglich geleisteten Transfers“, die unter anderem die veranlagte Einkommensteuer und die Kapitalertragsteuer umfassen, sanken ebenfalls merklich. Diese Entwicklungen werden auch das Jahresergebnis prägen, für das wir mit einem unveränderten verfügbaren Einkommen rechnen. Gestützt wird die Kaufkraft der privaten Haushalte durch die temporäre Mehrwertsteuersenkung in der zweiten Jahreshälfte, die dazu beiträgt, dass die Preise für private Konsumausgaben im laufenden Jahr nur moderat steigen. Per Saldo rechnen wir mit einem Rückgang der real verfügbaren Einkommen für das laufende Jahr um 0,8 Prozent (Abbildung 16). In den kommenden beiden Jahren werden die real verfügbaren Einkommen wieder steigen, jedoch voraussichtlich nicht an die hohe Vorkrisendynamik anknüpfen. Zwar werden die Nettolöhne und -gehälter aufgrund der Erholung am Arbeitsmarkt sowie der teilweisen Abschaffung des Solidaritätszuschlags im kommenden Jahr wohl mit 6,2 Prozent so stark zunehmen wie seit dem Jahr 1992 nicht mehr. Allerdings dürften die monetären Sozialleistungen kaum noch ausgeweitet werden, da die Kurzarbeit größtenteils ausgelaufen sein wird und sich die Rentenzahlungen wohl nur leicht erhöhen. Auch die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der pri-

vaten Haushalte dürften kaum mehr als stagnieren, nicht zuletzt weil die Hilfszuschüsse, die im laufenden Jahr voraussichtlich einen Anteil von etwa 5 Prozent ausmachen werden, größtenteils entfallen. Schließlich werden die Preise im kommenden Jahr mit dem Auslaufen der Mehrwertsteuersenkung und den Auswirkungen des Klimapakets voraussichtlich kräftig anziehen und so die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen mindern. Insgesamt dürften die real verfügbaren Einkommen im kommenden Jahr um 0,7 Prozent und im Jahr 2022 um 1,2 Prozent steigen.

Abbildung 16:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens 2019-2022



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, rechte Skala); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

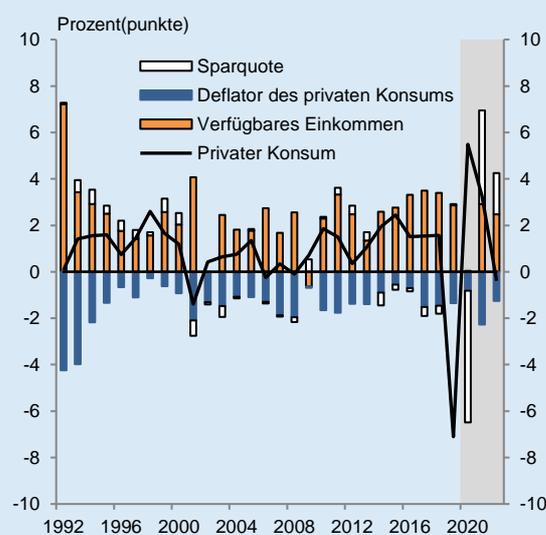
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die privaten Haushalte fahren die Sparquote wieder zurück und weiten ihre Konsumausgaben kräftig aus. Da die privaten Konsumausgaben seit Mai offenbar wieder deutlich aufwärtsgerichtet sind, zeichnet sich für das dritte Quartal ein kräftiger Anstieg um 5,5 Prozent ab. Im weiteren Verlauf wird die Erholung

wohl spürbar an Tempo verlieren, war die hohe Dynamik in den ersten Monaten doch im Wesentlichen den Lockerungen der seuchenpolitischen Maßnahmen und der Eindämmung der Pandemie geschuldet. Für eine Verlangsamung spricht auch der Rückgang der Einzelhandelsumsätze im Juli, der sich trotz der Senkung der Mehrwertsteuer ergab. Geprägt wird die Erholung bei den privaten Konsumausgaben durch den Rückgang der Sparquote, die sich mit den abnehmenden Sorgen vor einer Ansteckung oder um das Einkommen sukzessive wieder verringern wird (Abbildung 17). In diesem Zuge dürften auch geplante Ausgaben für Konsumgüter, die durch die Corona-Pandemie nach wie vor nicht oder nur eingeschränkt verfügbar sind, nach und nach in andere Konsumverwendungen umgeschichtet werden.

einige Zeit unterhalb der vor der Corona-Pandemie verzeichneten Werte liegen. Vor diesem Hintergrund rechnen wir damit, dass die privaten Konsumausgaben im kommenden Jahr um 5,3 und im Jahr 2022 um 3,1 Prozent ausgeweitet werden, nach einem Rückgang um 7,1 Prozent im laufenden Jahr. In den kommenden Quartalen dürfte der Verlauf der privaten Konsumausgaben durch die temporäre Mehrwertsteuersenkung sichtbar beeinflusst werden. Um die Auswirkungen einer temporären Senkung auf den privaten Konsum quantitativ abzuschätzen, liegen kaum belastbare Studien vor (Boysen-Hogrefe et al. 2020b: 8). Neben dem Einkommenseffekt, der sich durch die zeitweise weniger zu zahlenden Steuern ergibt, wird es wohl auch zu sichtbaren Vorzieheffekten kommen, die wir bei etwa 0,5 Prozent der jährlichen Konsumausgaben veranschlagen und für die wir annehmen, dass sie vornehmlich aus dem ersten Quartal des kommenden Jahres in das vierte Quartal des laufenden Jahres vorgezogen werden. Ein analoges Quartalsprofil konnte bei der Mehrwertsteuererhöhung im Jahr 2007 beobachtet werden. Das grundsätzliche Konjunkturprofil ändert sich durch diese kurzfristigen Schwankungen freilich nicht.

Abbildung 17:
Beiträge zur Veränderung des privaten Konsums 1992-2022



Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Für unsere Prognose rechnen wir damit, dass die Sparquote in der zweiten Jahreshälfte des kommenden Jahres wieder ihr Vorkrisenniveau erreichen wird. Da die Haushalte wohl einen Teil ihrer in der Zwischenzeit zusätzlich gebildeten Ersparnis wieder reduzieren werden, wird die Sparquote danach in der Tendenz wohl für

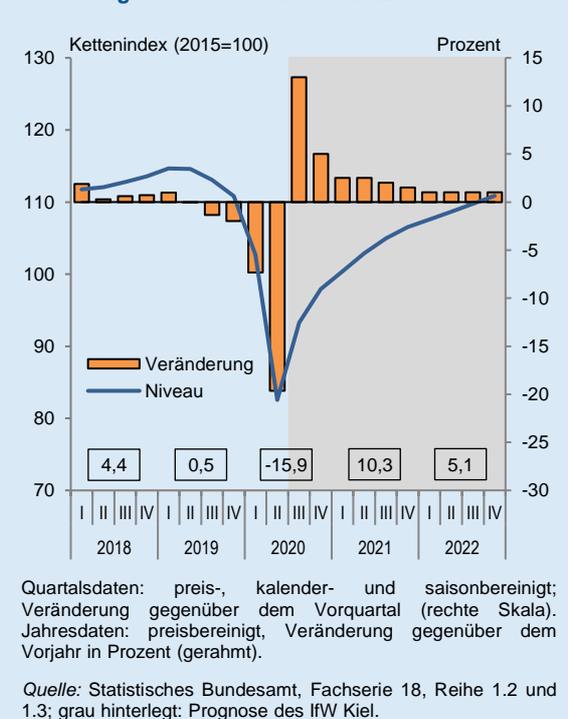
Der staatliche Konsum ist im laufenden Jahr von Corona-bedingten Sondereffekten gekennzeichnet und kommt dann zunehmend unter Konsolidierungsdruck. Im zweiten Quartal expandierte der staatliche Konsum merklich. Maßgeblich waren Vorleistungskäufe (kollektiver Konsum) des Bundes und der Sozialversicherungen. Während der Bund medizinische Ausrüstung erworben hat, beziehen sich die Vorleistungskäufe der Sozialversicherungen auf Zahlungen an Krankenhäuser für den Ausgleich entfallener Umsätze und zur Aufrechterhaltung ihrer Kapazitäten. Der individuell zurechenbare staatliche Konsum ist hingegen sogar gesunken, da viele medizinische Leistungen in Krankenhäusern, die nicht im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie standen, unterblieben. Allerdings fehlen in den Zahlen der VGR zum zweiten Quartal noch die Abrechnungszahlen der Kassenärztlichen Vereinigungen, die Aufschluss über ärztliche bzw. zahnärztliche Leistungen geben. Derzeit sind hier Schätzwerte angesetzt, so dass zudem deutliche Revisionsen des zweiten Quartals möglich sind. Unter-

richtsausfälle wurden für Deutschland, anders als in Großbritannien, nicht als Minderung des staatlichen Konsums erfasst. Für das dritte Quartal ist wegen der Normalisierung der medizinischen Versorgung abermals mit einem deutlichen Anstieg des staatlichen Konsums zu rechnen. Da solche Aufholeffekte wegfallen und die Vorleistungskäufe wieder zurückgefahren werden dürften, stagniert der öffentliche Konsum im vierten Quartal 2020 und ersten Quartal 2021. Die nachfolgende Belebung fällt eher schwach aus, da die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte die Ausgaben in diesem Bereich dämpfen dürften.

Die Erholung bei den Unternehmensinvestitionen braucht Zeit. Als Reaktion auf die massiven wirtschaftlichen Auswirkungen und die Unsicherheit über den Fortgang der Corona-Pandemie haben die Unternehmen ihre Investitionen im März und April massiv zurückgefahren. Insbesondere zu Beginn der Krise haben zudem wohl auch Lieferengpässe die Investitionstätigkeit behindert. Im Ergebnis sanken die Unternehmensinvestitionen im zweiten Quartal um 10 Prozent – ein Rückgang in ähnlicher Größenordnung konnte bislang nur während der globalen Finanzkrise im zweiten Quartal des Jahres 2009 beobachtet werden. Besonders stark hielten sich die Unternehmen mit Ausrüstungsinvestitionen zurück. Sie fielen im zweiten Quartal um 23,1 Prozent, nachdem sie bereits im Jahresauftaktquartal um knapp 8 Prozent gesunken waren (Abbildung 18).⁶ Die Unternehmensinvestitionen in den Bau und für sonstige Anlagen zeigten sich – wie in früheren Rezessionen und Krisen – deutlich robuster. Die sonstigen Anlageinvestitionen wurden nach einem Rückgang im ersten Quartal im zweiten Quartal sogar leicht erhöht. Mit der erfolgreichen Eindämmung der Corona-Pandemie in Deutschland und in wichtigen Absatzmärkten wurden die Unternehmensinvestitionen ab dem Mai rasch wieder ausgeweitet. Dies zeigen die

monatlichen Inlandsumsätze der Investitionsgüterhersteller sowie die Importzahlen für Investitionsgüter. So lagen die Inlandsumsätze im Juli nur noch rund 5 Prozent unter ihrem Wert vom vierten Quartal im Jahr 2019, nachdem sie im Februar noch 40 Prozent unter diesem Niveau notierten. Zu diesen kräftigen Anstiegen dürfte zunächst auch beigetragen haben, dass Investitionsprojekte, die während des Lockdowns nicht durchgeführt werden konnten, nachgeholt wurden. Somit zeichnet sich für das dritte Quartal ein kräftiger Anstieg bei den Ausrüstungsinvestitionen ab.

Abbildung 18: Ausrüstungsinvestitionen 2018 - 2022



⁶ Da die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen, die im Jahr 2019 rund 7 Prozent an den gesamten Ausrüstungsinvestitionen ausmachten, im zweiten Quartal um 26,9 Prozent sprunghaft gestiegen waren, betrug der Rückgang bei den gesamten Ausrüstungsinvestitionen unter 20 Prozent. Für die beiden kommenden Quartale rechnen wir mit einer deutlichen Gegenbewegung bei den öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen.

Der vorherige Einbruch wird jedoch bei Weitem noch nicht wieder wettgemacht werden, und die weitere Erholung dürfte sich deutlich mühsamer gestalten. So schätzen viele Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage nach wie vor als schlecht ein und klagen über mangelnde Nachfrage. In diesem Zusammenhang werden Unternehmen angesichts der Unsicherheit über den weiteren Fortgang der Corona-Pandemie, nicht zuletzt in einigen wichtigen Absatzmärkten, voraussichtlich Investitionspläne zurückstellen. Auch die Eigenkapitalbasis vieler Unternehmen dürfte durch den harschen Absatzrück-

gang angegriffen sein und so die Finanzierung von Investitionsvorhaben erschweren. Schließlich könnten manche Investitionen aus Sicht von Unternehmen wirtschaftlich weniger attraktiv erscheinen, sofern sie nun das Risiko eines erneuten wirtschaftlichen Einbruchs im Investitionshorizont höher einschätzen (Kozłowski et al. 2020). Vor diesem Hintergrund wird die Erholung bei den Unternehmensinvestitionen wohl noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Sie wird zwar bei Weitem nicht so schwach ausfallen, wie nach früheren schweren Wirtschaftskrisen (IWF 2015), auch weil vergangenen Krisen in der Regel fundamentale gesamtwirtschaftliche Probleme zugrunde lagen, während es sich bei der Corona-Pandemie um einen exogenen Schock handelt. Allerdings benötigen die Unternehmensinvestitionen auch nach normalen, zyklischen Rezessionen für gewöhnlich etwas Zeit, um sich ihrem alten Pfad wieder anzunähern (Janssen 2015). Insbesondere in den Branchen, die immer noch direkt von der Pandemie betroffen sind, beispielsweise weil für sie soziale Kontakte eine große Rolle spielen, dürfte die Erholung bei den Investitionen besonders langsam voranschreiten. Alles in allem werden die Unternehmensinvestitionen im laufenden Jahr wohl um 8,6 Prozent zurückgehen (Tabelle 6) und damit auch dank des kräftigen Rückpralls im dritten Quartal deutlich weniger als während der globalen Finanzkrise im Jahr 2009. Für die kommenden beiden Jahre rechnen wir mit Zuwachsraten von 6,0 Prozent (2021) und knapp 3,7 Prozent (2022).

Die Bauinvestitionen setzen nach einer Delle im Sommerhalbjahr ihren Aufwärtstrend fort.

Die Bauinvestitionen sind im zweiten Quartal um 4,2 Prozent zurückgegangen (Abbildung 19). Der Rückgang dürfte zum Teil auch Reaktion auf den sehr kräftigen Anstieg von rund 5 Prozent im ersten Quartal gewesen sein, in dem nicht zuletzt die günstigen Witterungsbedingungen die Bauproduktion anregten. Die direkten Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bauinvestitionen sind offenbar vergleichsweise gering. Zwar ist der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe im März deutlich zurückgegangen. Allerdings befindet sich der Auftragsbestand noch auf einem sehr hohen Niveau (Abbildung 20) und im Juni konnte bereits wieder ein kräftiger Anstieg bei den Auftragseingängen verzeichnet werden. Für das dritte Quartal deuten Frühindikatoren, vor allem die Bauproduktion im Juli sowie Umfragen bei den Unternehmen zur Bauaktivität, auf einen erneuten Rücksetzer bei den Bauinvestitionen hin. Im weiteren Verlauf werden die Bauinvestitionen angesichts der nach wie vor günstigen Rahmenbedingungen in der Tendenz aber wieder zunehmen. So werden die öffentlichen Bauinvestitionen zunächst weiter kräftig ausgeweitet werden, zumal die Kommunen, die für einen Großteil der öffentlichen Bauinvestitionen verantwortlich sind, durch Hilfspakete des Bundes vorerst finanziell unterstützt werden. Die konjunkturell verhaltenen Einnahmen der Kommunen werden voraussichtlich erst im Jahr 2022 zu einem deutlich geringeren Anstieg führen. Auch die Wohnungsbauinvestitionen werden angesichts der sehr günstigen Finanzierungsbedingungen und des Bedarfs an zusätzlichem Wohnraum wohl weiter zunehmen. Lediglich die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften durch den unsicheren wirtschaftlichen Ausblick wohl noch einige Zeit belastet bleiben. Angesichts der nach wie vor recht hohen Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft dürfte sich eine etwas geringere Nachfrage aber ohnehin zuvorderst in niedrigeren Anstiegen bei den Baupreisen bemerkbar machen. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für das laufende Jahr mit einem im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringeren Anstieg von 2,1 Prozent. In den kommenden beiden Jahren dürften die Bauinvestitionen mit jeweils rund 3 Prozent wieder rascher ausgeweitet werden.

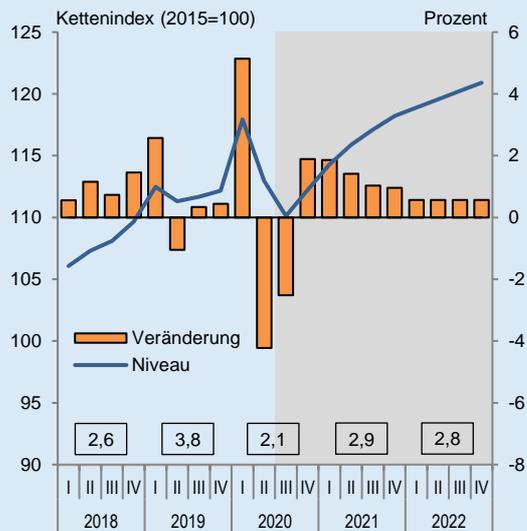
Tabelle 6:
Anlageinvestitionen 2019–2022

	2019	2020	2021	2022
Anlageinvestitionen	2,5	-4,4	4,9	3,5
Unternehmensinvestitionen	1,5	-8,6	6,0	3,7
Ausrüstungen	0,5	-15,9	10,3	5,1
Wirtschaftsbau	2,4	0,2	1,7	2,0
Sonstige Anlagen	2,7	-2,2	2,7	2,8
Wohnungsbau	4,0	2,0	2,6	3,4
Öffentlicher Bau	6,0	7,0	6,6	2,1
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	3,8	2,1	2,9	2,8

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 19:
Bauinvestitionen 2018–2022



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

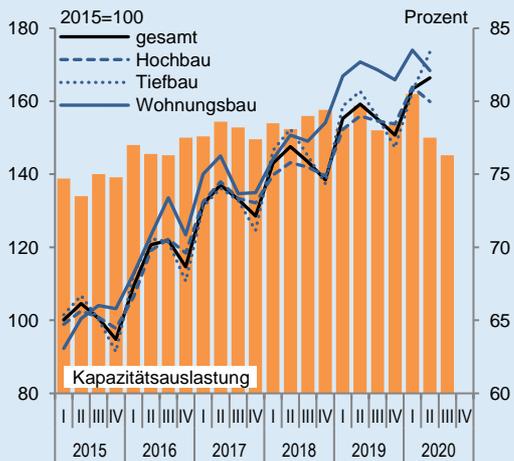
Die Verbraucherpreisinflation wird derzeit von Sondereffekten geprägt

Der Ölpreis bleibt auf Erholungskurs. Nach einem Tiefpunkt bei 20 Dollar je Fass Brent-Öl im April stieg der Ölpreis wieder an und lag im Sommer bei über 40 Dollar. Hierzu dürften die wieder Tritt fassende Weltwirtschaft sowie Angebotsverknappungen aufgrund von Absprachen innerhalb der OPEC+ und einer verringerten Bohraktivität in den Vereinigten Staaten beigetragen haben. Wir gehen davon aus, dass der Ölpreis mit dem allmählichen Abflauen der globalen Corona-Krise weiter steigen und im Jahr 2022 die Marke von 55 Dollar je Fass überschreiten wird. Damit wird er freilich immer noch unter seinem Durchschnitt aus dem Jahr 2019 von 60 Dollar liegen. Auch andere Rohstoffpreise zeigten sich zuletzt robust. Ausweislich der HWWI-Indizes waren sowohl Industrials auch Nahrungsmittelrohstoffe zuletzt sogar teurer als vor Jahresfrist. Allerdings war auch der pandemiebedingte Preisrückgang bei den Industrierohstoffen deutlich geringer als im Energiesegment, da hier neben Nachfragerückgängen auch das Angebot stärker zurückging. Die Nahrungsmittelpreise profitierten in der frühen Krisenphase zeitweilig sogar, da eine verringerte Produktion auf eine wegen des Bevorratungsmotivs gestiegene Nachfrage stieß.

Der Euro wertete gegenüber dem Dollar merklich auf. Der Wechselkurs stieg in den vergangenen drei Monaten von 1,12 auf 1,18 Dollar je Euro. Zur Schwäche des Dollar dürfte neben den im Zuge der Corona-Krise noch einmal angeschwollenen sehr hohen Haushaltsdefiziten des US-Fiskus beigetragen haben, dass aufgrund der Kommunikation der US-amerikanischen Notenbank davon ausgegangen werden kann, dass die Leitzinsen, die bereits im März an die Nullzinsgrenze herangeführt worden waren, wohl für längere Zeit sehr niedrig bleiben werden.

Sowohl die Energiepreise als auch die Mehrwertsteueranpassung sprechen dafür, dass die Teuerung bei den Verbraucherpreisen in diesem Jahr gering, dafür im kommenden umso höher sein wird. Im Juli und August ist der Anstieg der Verbraucherpreise insgesamt im Vorjahresvergleich zum Erliegen gekommen. Hierfür dürfte maßgeblich die tem-

Abbildung 20:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe 2015–2020



Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung (Abweichung vom Normalniveau): saisonbereinigt, rechte Skala; Auftragsbestände: preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, GENESIS-Datenbank; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des IfW Kiel.

poräre Absenkung der Mehrwertsteuer verantwortlich sein, deren Effekt in der zweiten Jahreshälfte wir in unserer Sommerprognose auf -1,3 Prozentpunkte taxierten, woraus sich ein Effekt von -0,7 Prozentpunkten für das Gesamtjahr ergibt (Boysen-Hogrefe et al. 2020b: 10f.). Dies entspricht einer Weitergabe von etwa drei Vierteln der Steuersenkung an die Verbraucher. Auch die Energiekomponente zeigte sich trotz des zuletzt wieder gestiegenen Ölpreises noch schwach. Die Kerninflation unter Herausrechnung der volatilen Energiepreise betrug zuletzt allerdings trotz der Mehrwertsteuersenkung noch 0,7 Prozent. Dabei könnten auch kostensteigernde Seuchenschutzmaßnahmen zum Preisauftrieb beigetragen haben. Zu Beginn des kommenden Jahres wird dann der umgekehrte Mehrwertsteuereffekt zu Buche schlagen. Außerdem dürfte dann das Klimapakete merklichen Aufwärtsdruck auf die Energiepreise ausüben; wir erwarten hier einen Effekt von etwa einem halben Prozentpunkt auf die Inflationsrate in 2021. Insgesamt rechnen wir damit, dass die Verbraucherpreise im laufenden Jahr um 0,6 Prozent zunehmen werden, bevor sich die Inflationsrate im kommenden Jahr merklich auf 2,6 Prozent erhöht. In 2022 dürfte sie dann auf reichlich anderthalb Prozent einschwenken.

Pro-Kopf-Verdienste sinken erstmalig

Die Tarifverdienste verlangsamen sich spürbar. Die diesjährige Tarifrunde ist praktisch abgeschlossen. Unter den großen Tarifbereichen steht nur noch der Abschluss im öffentlichen Dienst (Bund und Kommunen) aus, der jedoch aufgrund des späten Zeitpunkts kaum noch Einfluss auf das Jahresergebnis ausüben wird. Die Verhandlungen waren geprägt vom Ausbruch der Corona-Pandemie. Symptomatisch ist der Abschluss in der gewichtigen Metall- und Elektroindustrie vom März, in der der abgelaufene Tarifvertrag ohne Entgeltsteigerung bis Ende des Jahres verlängert wurde. Viele Tarifverträge aus der Zeit vor der Corona-Krise sind allerdings noch gültig, so dass die Tarifverdienste insgesamt (laut Tarifverdienststatistik der Deutschen Bundesbank) im laufenden Jahr voraussichtlich noch mit einer Rate

von 2,0 Prozent zulegen werden, nach 2,9 Prozent im vergangenen Jahr (Tabelle 7). Die tiefe Rezession dürfte die kommenden Tarifverhandlungen noch für eine gewisse Zeit dominieren; von Bedeutung sind hier neben den laufenden Verhandlungen im öffentlichen Dienst (Bund und Kommunen) die anstehenden Verhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie um den Jahreswechsel. Wir erwarten für das kommende Jahr daher einen weiteren Rückgang des Tarifverdienstanstiegs auf 1,6 Prozent. Erst für das Jahr 2022 rechnen wir mit einem etwas höheren Anstieg (1,9 Prozent).

Tabelle 7:
Löhne und Produktivität 2018–2022

	2018	2019	2020	2021	2022
<i>Stundenkonzept</i>					
Tariflöhne	2,8	3,0	2,0	1,6	1,9
Effektivlöhne	3,0	3,2	2,9	-0,6	2,3
Lohndrift	0,2	0,2	0,9	-2,2	0,4
Lohnkosten	2,8	3,3	3,3	-1,0	2,2
Arbeitsproduktivität	0,1	0,0	-0,6	0,2	1,7
Lohnstückkosten	2,7	3,3	4,0	-1,2	0,5
Lohnstückkosten (real)	1,0	1,1	1,8	-2,5	-0,6
<i>Personenkonzept</i>					
Tariflöhne	2,8	2,9	2,0	1,6	1,9
Effektivlöhne	3,2	2,9	-1,4	3,9	2,5
Lohndrift	0,3	0,0	-3,4	2,3	0,6
Lohnkosten	2,9	3,0	-0,8	3,3	2,5
Arbeitsproduktivität	-0,1	-0,3	-4,7	4,2	1,8
Lohnstückkosten	3,0	3,4	4,1	-0,9	0,6
Lohnstückkosten (real)	1,3	1,1	2,0	-2,3	-0,5

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

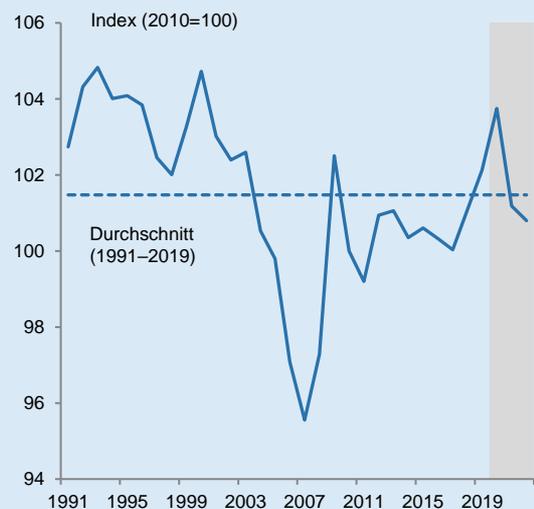
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des ifw Kiel.

Die Effektivverdienste werden im Durchschnitt des laufenden Jahres erstmals seit 50 Jahren sinken. Im zweiten Quartal sind die effektiv gezahlten Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer saisonbereinigt um 5,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal gesunken, und damit so stark wie noch nie seit Beginn der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) des Statistischen Bundesamts

im Jahr 1970. Hierin spiegelt sich die rekordmäßige Ausweitung der Kurzarbeit und der damit einhergehende Verdienstausschlag für die Arbeitnehmer wider.⁷ Mit dem Abbau der Kurzarbeit infolge der gesamtwirtschaftlichen Erholung werden auch die Effektivverdienste ab dem laufenden, dritten Quartal wieder steigen. Nichtsdestotrotz wird durch den tiefen Einbruch im zweiten Quartal ein Rückgang im Durchschnitt des Gesamtjahres gegenüber dem Vorjahr verbleiben; wir erwarten ein Minus von 1,4 Prozent. Erst im kommenden Jahr wird die Erholung der Effektivverdienste mit einem Plus von 3,9 Prozent auch im Jahresergebnis sichtbar werden. Für das Jahr 2022, wenn die Erholung der Verdienste schon weit fortgeschritten sein wird, rechnen wir mit einem geringeren Anstieg von 2,5 Prozent.

Die realen Lohnstückkosten nehmen im laufenden Jahr stark zu. Da die Arbeitsproduktivität je Arbeitnehmer durch die scharfe Rezession stärker sinkt als die Lohnkosten je Arbeitnehmer, wie in Rezessionen üblich, legen die Lohnstückkosten im laufenden Jahr kräftig zu, und auch deutlich schneller als die heimischen Preise (gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts). Nach bereits überdurchschnittlich hohen Anstiegen in den beiden vorangegangenen Jahren erreichen die realen Lohnstückkosten damit ein Niveau, das zuletzt Anfang der 2000er Jahre verzeichnet wurde (Abbildung 21). Im kommenden Jahr werden sie sich mit der Erholung der Arbeitsproduktivität allerdings wieder schnell zurückbilden und wohl nahe ihrem historischen Durchschnitt liegen. Von den Lohnkosten gehen dann, anders als in den vergangenen 15 Jahren, keine positiven Impulse auf die Arbeitsnachfrage der Unternehmen mehr aus.

Abbildung 21:
Reale Lohnstückkosten 1991 - 2022



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

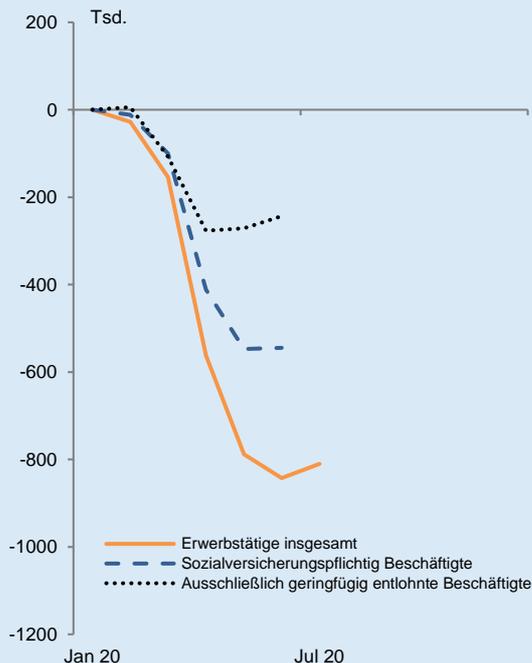
Tiefpunkt am Arbeitsmarkt erreicht

Die Erwerbstätigkeit verzeichnete im zweiten Quartal einen Rekordrückgang. Die Zahl der Erwerbstätigen ist vom ersten auf das zweite Quartal des laufenden Jahres saisonbereinigt um 609 000 Personen (1,4 Prozent) gesunken. Dies ist – wie bei den Effektivverdiensten – der höchste saisonbereinigte Quartalsrückgang seit Beginn der vierteljährlichen VGR im Jahr 1970. Im Juli (jüngster verfügbarer Wert) lag die Zahl der Erwerbstätigen um schätzungsweise 810 000 Personen (1,8 Prozent) unterhalb des Niveaus, das ohne Corona-Rezession zu erwarten gewesen wäre (Abbildung 22).⁸ Die relativ am stärksten betroffene Gruppe der Erwerbstätigen waren dabei die ausschließlich geringfügig

⁷ Das staatliche Kurzarbeitergeld, das den betroffenen Arbeitnehmern einen Teil des Verdienstausschlags ersetzt, wird in den VGR nicht zu den Bruttolöhnen und -gehältern gezählt.

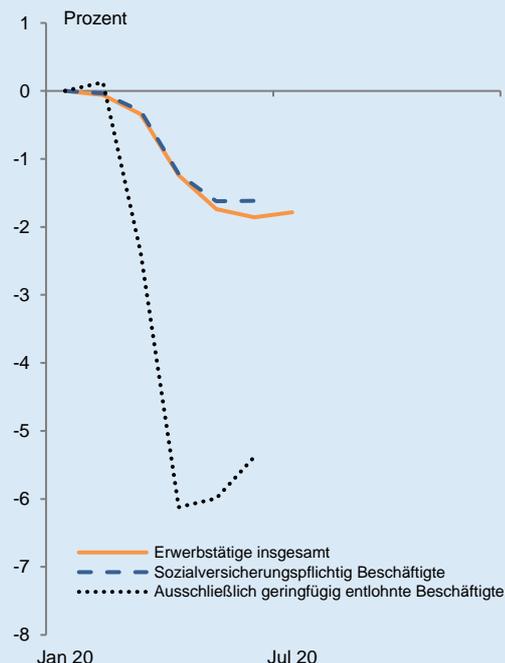
⁸ Dieses hypothetische Niveau ohne Corona-Rezession berechnen wir hier vereinfachend unter der Annahme, dass die Zahl der Erwerbstätigen seit Januar 2020 mit der durchschnittlichen Vormonatsveränderung aus Januar bis Dezember 2019 (+21 000) gestiegen wäre. Die durchschnittliche Vormonatsveränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten lag 2019 bei +38 000, die der Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten bei -9 000.

Abbildung 22:
Corona-Effekt auf Erwerbstätige 2020



Monatsdaten: saisonbereinigt; kumulierte Veränderung gegenüber Januar 2020, abzüglich durchschnittliche Vormonatsveränderung zwischen Januar und Dezember 2019.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel.



Monatsdaten: saisonbereinigt; kumulierte Veränderung gegenüber Januar 2020 in Prozent, abzüglich durchschnittliche Vormonatsveränderung zwischen Januar und Dezember 2019 in Prozent.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel.

entlohten Beschäftigten; diese haben mangels Sozialversicherungspflicht keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Im April lag ihre Zahl schätzungsweise um 280 000 Personen (6,1 Prozent) unterhalb des hypothetischen Niveaus ohne Corona-Rezession. Im Mai und Juni legte die Zahl aber bereits wieder etwas zu. Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gingen bislang knapp 550 000 Stellen (1,6 Prozent) verloren. Hier konnte bis Juni zwar noch keine nennenswerte Erholung verzeichnet werden, der Tiefpunkt ist jedoch auch hier wohl bereits erreicht. Nach Wirtschaftszweigen betrachtet gab es die mit Abstand größten Effekte im Gastgewerbe mit -9,8 Prozent und in der Arbeitnehmerüberlassung mit -6,8 Prozent.

Der Stellenabbau schlägt sich nur teilweise in der registrierten Arbeitslosigkeit nieder.

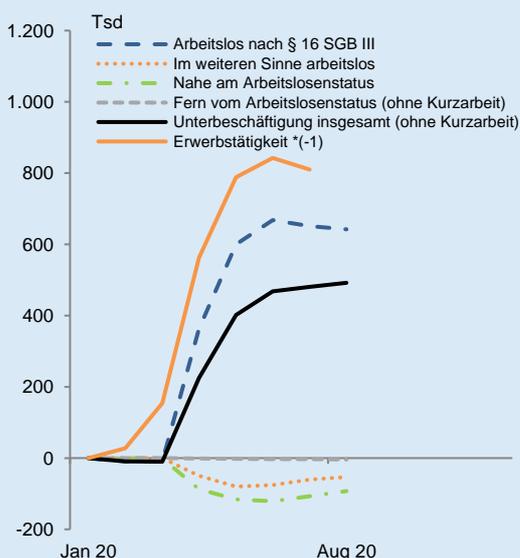
Im August waren saisonbereinigt 2,9 Mill. Personen als arbeitslos registriert (Quote: 6,4 Prozent). Dies sind schätzungsweise 640 000 re-

gistrierte Arbeitslose mehr als ohne Corona-Rezession (Abbildung 23). Allerdings ist die gesamte Unterbeschäftigung, die in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit neben den registrierten Arbeitslosen auch Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umfasst, Corona-bedingt nur um schätzungsweise 490 000 Personen gestiegen. Grund für die Diskrepanz ist, dass aufgrund der Kontaktbeschränkungen der Einsatz entlastender Arbeitsmarktpolitik deutlich zurückgefahren wurde, währenddessen die Teilnehmer nicht als arbeitslos registriert sind. In der Folge wurden viele Personen nicht mehr als „im weiteren Sinne arbeitslos“ oder als „nahe am Arbeitslosenstatus“ erfasst, sondern als arbeitslos registriert; innerhalb der Unterbeschäftigung kam es also lediglich zu einer Verschiebung. Daneben kam es aufgrund einer geringeren Kontaktdichte von Vermittlern und Arbeitslosen zu weniger Abmeldungen aus Arbeitslosigkeit wegen mangelnder

Verfügbarkeit oder fehlender Mitwirkung, wodurch sowohl die registrierte Arbeitslosigkeit als auch die gesamte Unterbeschäftigung höher ausgewiesen wird. Alles in allem war nach Schätzung der Bundesagentur für Arbeit rund die Hälfte der 640 000 neu hinzugekommenen Arbeitslosen bereits vor der Corona-Rezession de facto arbeitslos. Der Effekt der Corona-Rezession auf die registrierte Arbeitslosigkeit (+320 000 Personen) war somit bislang deutlich geringer als auf die Erwerbstätigkeit (-810 000 Personen). Ein Grund hierfür dürfte sein, dass mit den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten und den Selbständigen viele Personen betroffenen sind, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld aus dem Versicherungssystem und vielfach keinen Anspruch auf Grundsicherung mangels Bedürftigkeit haben. Zudem sind laut monatlicher Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamts zwischen Januar und Mai per Saldo rund 80 000 Personen weniger nach Deutschland gezogen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum; der Wanderungsüberschuss hat sich damit mehr als halbiert.

Die Kurzarbeit lag zuletzt zwar noch auf außergewöhnlich hohem Niveau, ist aber bereits deutlich zurückgefahren worden. Im April bezogen nach vorläufigen, hochgerechneten Angaben der Bundesagentur für Arbeit 6 Mill. Arbeitnehmer und damit knapp 18 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus konjunkturellen Gründen Kurzarbeitergeld. Weder absolut noch relativ wurden jemals höhere Werte verzeichnet. Danach sank die Zahl der Kurzarbeiter auf 5,4 Mill. Personen im Juni. Gleichzeitig hat sich der durchschnittliche Arbeitsausfall je Kurzarbeiter von 49 auf 39 Prozent verringert. In Vollzeitäquivalenten gerechnet ist die Kurzarbeit somit bereits um knapp 30 Prozent zurückgefahren worden. Schätzungen des ifo Instituts auf Basis von Unternehmensbefragungen zufolge ist die Zahl der Kurzarbeiter im Juli (-16,4 Prozent) und August (-17,9 Prozent) weiter spürbar gesunken. Geht man davon aus, dass der Arbeitsausfall nicht wieder gestiegen ist, wäre die Kurzarbeit bis August somit um mindestens die Hälfte gegenüber seinem Rekordwert im April abgebaut worden. Wir rechnen daher damit, dass die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer im laufenden, dritten Quartal mit 4,4 Prozent (saison- und kalenderbereinigt) wieder kräftig anziehen wird, nach dem Einbruch im ersten und zweiten Quartal von insgesamt 8,7 Prozent. Wir erwarten, dass die Zahl der (konjunkturellen) Kurzarbeiter von 3,1 Mill. im Jahresdurchschnitt 2020 auf 460 000 im Jahr 2021 sinken wird.

Abbildung 23:
Corona-Effekt auf Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung 2020



Monatsdaten: saisonbereinigt; kumulierte Veränderung gegenüber Januar 2020, abzüglich durchschnittliche Vormonatsveränderung zwischen Januar und Dezember 2019; Erwerbstätigkeit: mit -1 multipliziert. Unterbeschäftigung insgesamt (ohne Kurzarbeit): Summe aus arbeitslos nach § 16 SGB III, im weiteren Sinne arbeitslos, nahe am Arbeitslosenstatus und fern vom Arbeitslosenstatus (ohne Kurzarbeit).

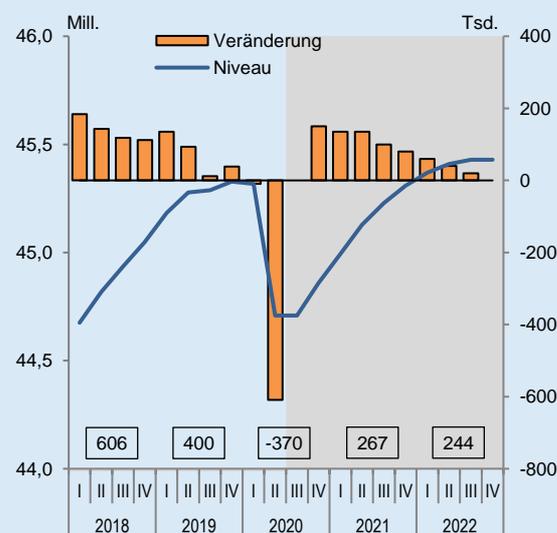
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte des Arbeitsmarktes und der Grundsicherung; Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Berechnungen des IfW Kiel.

Die Beschäftigung hat ihren Tiefpunkt wohl erreicht. Die Zahl der Erwerbstätigen sank entgegen unserer Sommerprognose zuletzt nicht weiter, wobei die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten sogar leicht zulegte. Die Erwerbstätigkeit dürfte daher in den kommenden Monaten und Quartalen im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Erholung wieder steigen; die Stagnation im laufenden, dritten Quartal ist lediglich dem großen statistischen Unterhang aus dem zweiten Quartal geschuldet (Abbildung 24). Gegen Ende des Prognosezeitraums dürfte der Anstieg der Erwerbstätigkeit indes zum Erliegen kommen, da das Erwerbspersonenpotenzial zunehmend langsamer wächst und mittelfristig auf seinen durch die Alterung angelegten Abwärtstrend einschwenken wird. Die Arbeitslosigkeit wird im Zuge der

Erholung wieder abnehmen; der Anstieg im dritten Quartal ist lediglich dem statistischen Überhang aus dem zweiten Quartal geschuldet (Abbildung 25). Wir gehen allerdings nicht davon aus, dass die Arbeitslosigkeit wieder vollständig ihr Vorkrisenniveau erreichen wird, da die niedrige Arbeitslosigkeit zu einem gewissen

Grad auf die in den vergangenen Jahren bestehende gesamtwirtschaftliche Überauslastung zurückzuführen gewesen sein dürfte. Alles in allem rechnen wir mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote von 5,9 Prozent (2020) auf 5,8 Prozent (2021) und 5,6 Prozent (2022), nach 5,0 Prozent im vergangenen Jahr (Tabelle 8).

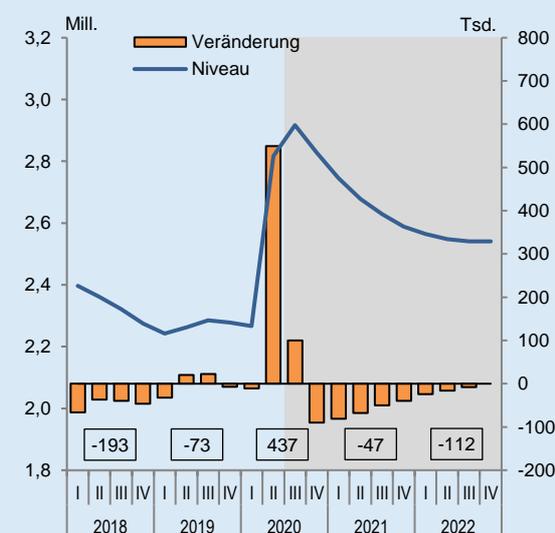
Abbildung 24:
Erwerbstätige 2018–2022



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 25:
Arbeitslose 2018–2022



Quartalsdaten: Saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 8:
Beschäftigung 2018–2022 (1 000 Personen)

	2018	2019	2020	2021	2022
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	62.229	62.596	59.515	62.291	62.723
Erwerbstätige (Inland)	44.868	45.268	44.899	45.165	45.409
Selbständige	4.224	4.152	4.020	3.944	3.921
Arbeitnehmer (Inland)	40.645	41.117	40.879	41.222	41.488
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32.992	33.537	33.606	34.024	34.293
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.668	4.575	4.274	4.193	4.190
Pendlersaldo	141	146	126	145	145
Erwerbstätige (Inländer)	44.727	45.123	44.773	45.020	45.264
Arbeitnehmer (Inländer)	40.503	40.971	40.753	41.076	41.342
Registrierte Arbeitslose	2.340	2.267	2.704	2.658	2.546
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,2	5,0	5,9	5,8	5,6
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,2	2,9	3,9	3,8	3,5

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1 2; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Öffentliche Haushalte in den kommenden Jahren im Defizit

Die Corona-Krise sorgt für eine dramatische Veränderung des Budgetsaldos. Von einem merklichen Überschuss im Jahr 2019 kippen die öffentlichen Haushalte in einen der größten gemessenen Fehlbeträge; nur das Defizit des Jahres 1995 lag wegen der Übernahme der Treuhandanstalt in den Staatssektor höher. Maßgeblich sind zahlreiche expansive finanzpolitische Maßnahmen und die Auswirkungen des Konjunkturabsturzes. Mit der konjunkturellen Erholung werden die Defizite schrumpfen, aber nicht vollständig zurückgeführt.

Einem starken Rückgang der Steuereinnahmen 2020 mit einer nahezu zweistelligen Rate folgt ein deutlicher Anstieg in den Folgejahren. Unternehmen und Selbständige haben zügig ihre Steuervorauszahlungen angepasst, was zu einem Einbruch bei den veranlagten Steuern führt. Wegen des von der Krise ebenfalls betroffenen Arbeitsmarkts und teilweise bedingt durch die Kurzarbeit nehmen auch die Lohnsteuereinnahmen deutlich ab. Die ansonsten auch in Rezessionen oft robuste Umsatzsteuer ist von den Lockdown-Maßnahmen in der ersten Jahreshälfte und der temporären Steuersatzsenkung in der zweiten Jahreshälfte stark gebeutelt. Im kommenden Jahr werden die Steuereinnahmen zwar durch die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags gedämpft und durch mehrere in der Krise beschlossene Rechtsänderungen gemindert, doch sorgt die konjunkturelle Erholung und die wieder höheren Mehrwertsteuersätze sowie die Einführung der CO₂-Abgabe für ein merkliches Plus. Die Steuereinnahmen dürften im Jahr 2022 weiter merklich zulegen.

Die Sozialversicherungsbeiträge sinken wegen der Kurzarbeit nicht. Nach einem deutlichen Plus im Jahr 2019 dürften die Sozialversicherungsbeiträge in etwa stagnieren. Während die Arbeitnehmerbeiträge merklich nachlassen, steigen die Arbeitgeberbeiträge aber sogar, da die Beitragszahlungen während der Kurzarbeit komplett von den Arbeitgebern abgeführt werden. Diese werden allerdings derzeit vollständig von der Bundesagentur für Arbeit erstattet, was als Ausgabe bei den Subventionen gebucht wird. Die konjunkturelle Erholung im Jahr 2021

geht mit einem Anstieg der Lohnsumme einher. Wegen des zeitgleichen Rückgangs der Kurzarbeit bleibt der Anstieg der Beiträge unterproportional. Im Jahr 2022 dürfte das Tempo zulegen, auch weil sich ein Anstieg der Beitragsätze abzeichnet.

Die sonstigen Einnahmen des Staates dürften im laufenden Jahr in etwa stagnieren. Maßgeblich ist ein deutlicher Rückgang der Verkäufe des Staates, wie den Einnahmen aus der Lkw-Maut oder kommunalen Gebühren, im zweiten Quartal, der den Zuwachs im Gesamtjahr deutlich dämpft. Im weiteren Verlauf dürfte die Verkäufe aufwärtsgerichtet sein, da es angesichts der verschlechterten Kassenlage vermehrt zu Gebührenerhöhungen kommen wird. Insgesamt sinken die Einnahmen im laufenden Jahr mit 4,2 Prozent deutlich. Sie dürften in den Folgejahren aber mit etwa 4,8 Prozent wieder zulegen. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt sinken die Einnahmen in den Jahren 2020 und 2021 deutlich und steigen im Jahr 2022 wohl auf 45,9 Prozent, was etwas unter dem Vorkrisenniveau liegt (Tabelle 9).

Die Ausgaben steigen sprunghaft an, was insbesondere auf Subventionen und monetäre Sozialleistungen zurückzuführen ist. Die Corona-Krise geht mit einem immensen Sprung bei den Zahlungen für Kurzarbeitergeld einher. Zugleich steigen die Subventionen deutlich, da die Übernahme der Beitragszahlungen als Subvention der Bundesagentur für Arbeit an den Unternehmenssektor gebucht wird. Außerdem gelten Sofort- und Überbrückungshilfen sowie diverse Corona-Hilfen der Länder als Subventionen. Die Überbrückungshilfen laufen zum Ende des Jahres aus und die Kurzarbeit – trotz der rechtlichen Ausweitung auf 24 Monate – nimmt im Verlauf des Jahres 2021 gemäß unserer Prognose deutlich ab. Die Subventionen werden daher wohl merklich sinken. Sie bleiben aber spürbar über Vorkrisenniveau und steigen im Jahr 2022 wohl auch wieder kräftig, da unter anderem die Strompreise subventioniert werden sollen und mit dem „Zukunftspaket“ diverse Ausgabenprogramme starten, die hier aufscheinen werden. Die monetären Sozialleistungen hingegen sinken trotz des Rückgangs der Kurzarbeit im Jahr 2021 nicht, da steigende Ausgaben der Rentenversicherung, unter anderem wegen der Einführung der Grundrente,

Tabelle 9:
Einnahmen und Ausgaben des Staates 2018–2022 (Mrd. Euro)

	2018	2019	2020	2021	2022
Einnahmen	1.553,8	1.610,6	1.542,4	1.616,1	1.692,0
➤ relativ zum BIP	46,3	46,7	46,3	45,4	45,9
Steuern	801,2	827,1	756,3	809,2	856,2
➤ relativ zum BIP	23,9	24,0	22,7	22,7	23,2
Sozialbeiträge	572,6	597,5	600,8	619,4	642,9
➤ relativ zum BIP	17,1	17,3	18,0	17,4	17,4
Sonstige Einnahmen	180,1	186,0	185,3	187,4	192,9
➤ relativ zum BIP	5,4	5,4	5,6	5,3	5,2
Ausgaben	1.492,2	1.558,1	1.710,7	1.726,8	1.770,4
➤ relativ zum BIP	44,5	45,2	51,3	48,5	48,0
Arbeitnehmerentgelt	259,6	271,5	283,0	290,4	296,1
Vorleistungen	173,4	181,9	208,9	205,9	208,2
Soziale Sachleistungen	285,7	300,4	305,9	323,4	334,5
Bruttoinvestitionen	78,7	86,2	91,7	98,8	103,5
Geleistete Vermögenseinkommen	31,1	27,5	23,4	20,6	17,8
Monetäre Sozialleistungen	520,3	545,4	591,7	596,2	608,5
Subventionen	29,5	30,8	76,6	50,6	56,0
Sonstige laufende Übertragungen	70,8	74,2	83,1	92,6	95,7
Vermögensübertragungen	44,1	41,0	47,2	49,0	50,8
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,2	-1,1	-1,1	-1,1
Finanzierungssaldo	61,6	52,5	-168,3	-110,7	-78,4
➤ relativ zum BIP	1,8	1,5	-5,1	-3,1	-2,1
Einnahmen der Gebietskörperschaften	1011,4	1044,5	973,8	1029,5	1082,9
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	1.010,3	1.043,4	972,6	1.028,4	1.081,7
Transfers der Sozialversicherung	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	965,8	1.000,7	1.108,7	1.111,9	1.147,3
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	847,5	878,0	966,1	978,3	1.009,3
Transfers an die Sozialversicherung	118,3	122,7	142,6	133,6	138,0
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	45,6	43,8	-134,9	-82,4	-64,4
Einnahmen der Sozialversicherung	661,9	690,0	712,4	721,3	748,4
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	543,6	567,2	569,8	587,7	610,4
Ausgaben der Sozialversicherung	645,9	681,3	745,8	749,6	762,3
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	644,7	680,2	744,6	748,5	761,2
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	16,0	8,7	-33,4	-28,3	-14,0

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

entgegenwirken. Wegen der absehbaren Nullrunde der Rentenanpassung zur Mitte des Jahres 2021 und der fortdauernden konjunkturellen Erholung nimmt der Anstieg der monetären Sozialleistungen im Jahr 2022 nur wenig Fahrt auf.

Bedingt durch die Corona-Pandemie schnellen die Vorleistungskäufe in die Höhe, während die sozialen Sachleistungen nur verhalten zulegen. Wegen der gesundheitspolitischen Maßnahmen in den Monaten März und April sind viele Krankenhausbehandlungen unterblieben. Zugleich wurden erhebliche Mittel dazu aufgewandt die Kapazitäten von Krankenhäusern aufrechtzuerhalten bzw. auszubauen. Diese sind als Vorleistungskäufe in die VGR einge-

gangen.⁹ Darüber hinaus erwirbt der Bund medizinische Ausrüstung, was ebenfalls die Vorleistungskäufe erhöht. Hier dürfte es im kommenden Jahr zu einem Rücksetzer kommen. Mittlerweile hat sich die Menge an medizinischen Behandlungen wieder normalisiert, so dass für das kommende Jahr im Jahresdurch-

⁹ Die Krankenhäuser zählen überwiegend nicht zum Staatssektor, weswegen hier Vorleistungskäufe, also der Erwerb von Waren und Dienstleistungen vom privaten Sektor, einschlägig sind. Diese Kapazitäten scheinen in den VGR als reale Gegenleistung verstanden zu werden. Alternativ hätte der Rückgang von Krankenhausbehandlungen bei gleichzeitig hohen Geldleistungen als Preisanstieg interpretiert werden können.

schnitt bei den sozialen Sachleistungen mit einem deutlichen Plus zu rechnen ist.

Die Bruttoinvestitionen des Staates legen vorerst weiter kräftig zu. Zwar nahm die Dynamik im ersten Halbjahr ab, doch ist angesichts diverser Ausgabenprogramme und immer noch hoher Auftragsbestände im öffentlichen Bau mit höheren Raten im weiteren Verlauf des Jahres und im kommenden Jahr zu rechnen. Allerdings dürften die Defizite in den Haushalten der Kommunen die Dynamik schließlich dämpfen, weswegen wir einen deutlich niedrigeren Anstieg im Jahr 2022 erwarten.

Die Zinsausgaben sinken weiter. Trotz des starken Anstiegs des Bruttoschuldenstands werden die Zinsausgaben des Staates (geleitete Vermögensausgaben) in allen Jahren weiter zurückgehen. Derzeit kann sich der Bund in allen von ihm begebenen Laufzeiten zu negativen Renditen verschulden. Ähnlich ist die Situation vieler Länder. Der starke Anstieg der Nettokreditaufnahme mindert somit sogar die Zinsausgaben. In der Finanzstatistik ist dieser Effekt zunächst noch stärker, da hier nicht die Renditen der begebenen Papiere gerechnet werden, sondern auch Agios und Disagios. Da es typischerweise keine negativen Kupons gibt, ist das Agio bei der Emission von Bundesanleihen entsprechend hoch. Laut Finanzstatistik lagen die Zinsausgaben bis einschließlich Juli von Bund und Ländern rund ein Drittel unter dem Vorjahreswert. In den VGR werden das Agio über die gesamte Laufzeit verteilt, weswegen der Rückgang der Zinsausgaben zunächst niedriger ist, aber dafür länger fortwährt.

Die Arbeitnehmerentgelte nehmen mit geringerer Dynamik zu. Nach starken Lohnabschlüssen und merklichem Personalausbau in den Vorjahren, wird die schwache Haushaltslage wohl Druck auf die kommenden Tarifverhandlungen ausüben. Auch dürfte der Personalaufbau, der in den Monaten März und April bereits bedingt durch gesundheitspolitische Einschränkungen bei Einstellungsverfahren gehemmt war, in der Tendenz zurückgehen.

Die gesamten Ausgaben des Staates legen im laufenden Jahr merklich zu. Sie steigen auf 1711 Mrd. Euro (51,3 Prozent relativ zum Bruttoinlandsprodukt). Höher lag der Wert relativ zum Bruttoinlandsprodukt laut VGR nur im

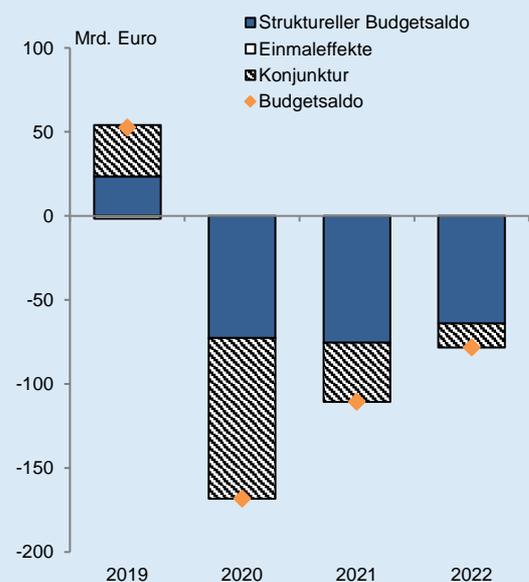
Jahr 1995, als die Treuhandanstalt statistisch in den Staatssektor überführt wurde. Im kommenden Jahr nehmen die Ausgaben kaum noch zu und dürften auch im Jahr 2022 nur mit geringem Tempo expandieren. Sie belaufen sich dann aber immer noch auf 48 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Die öffentlichen Haushalte bleiben im gesamten Prognosezeitraum im Defizit. Nach dem Rekorddefizit von 168 Mrd. Euro bzw. 5,1 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 – auch dieses war nur im Jahr 1995 höher – verbessert sich der Saldo im kommenden Jahr zwar merklich, doch bleibt der Fehlbetrag mit gut 3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt noch immer sehr hoch. Im Jahr 2022 sinkt das Defizit abermals.

Das strukturelle Defizit sinkt nach der Krise nur allmählich. Bei der Veränderung des Saldos im laufenden Jahr halten sich konjunkturelle und strukturelle Effekte entsprechend der Berechnungen der Produktionslücke und der einheitlichen Verwendung der Budgetsemielastizität in etwa die Waage. Die Veränderung des strukturellen Budgetsaldos entspricht in etwa dem in der Maßnahmentabelle abgeleiteten Impuls (Abbildung 26).¹⁰ Im kommenden Jahr wird dann der negative Einfluss der Konjunktur deutlich abnehmen, während sich der strukturelle Saldo kaum ändert. Letzteres spiegelt wider, dass diverse Konjunkturmaßnahmen im kommenden Jahr auslaufen, wie die Mehrwertsteuersenkung oder die Sofort- und Überbrückungshilfen, dass aber diverse Ausgaben aus den Konjunkturprogrammen und dem Zukunftspaket erst in den Folgejahren abfließen werden. Zudem sorgen zusätzliche Maßnahmen wie die Grundrente, die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags, das zweite Familienentlastungsgesetz und der Anstieg der Zahlungen an die EU für ein höheres strukturelles Defizit. Im Jahr 2022 dürfte sich der strukturelle Saldo leicht verbessern, auch weil es wohl zu ersten Konsolidierungsmaßnahmen kommen wird.

¹⁰ Eine Darstellung und Kritik der Methode zur Berechnung struktureller Budgetsalden findet sich in Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2017).

Abbildung 26:
Struktureller Budgetsaldo 2019-2022



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; Berechnungen und Prognosen des Ifw Kiel.

Der Bruttoschuldenstand dürfte von Kredit- und Beteiligungsprogrammen weniger getrieben werden als noch im Sommer unterstellt.

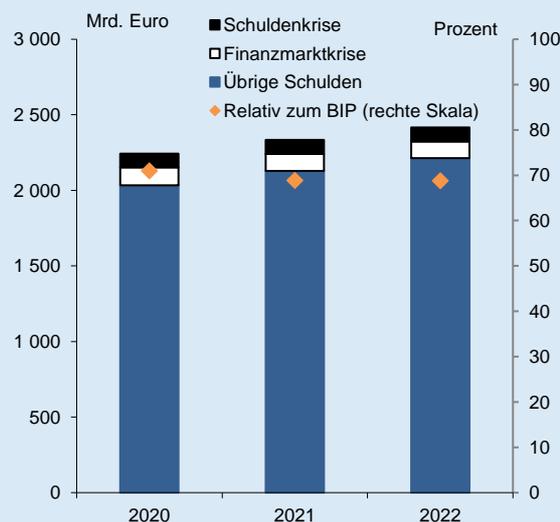
Durch Kreditprogramme der staatlichen Förderbanken und des Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds (WSF) kommt es zu einem deutlichen Anstieg des Bruttoschuldenstands. Allerdings zeichnet sich ab, dass bei Weitem nicht alle bereitgestellten Mittel abgerufen werden. Daher dürfte der Effekt auf den Bruttoschuldenstand merklich niedriger ausfallen als noch im Juni angenommen. Mit Stand vom 10.9.2020 ist ein Antragsvolumen für Corona-Hilfen von gut 54 Mrd. Euro bei der KfW eingegangen, wobei die Antragstätigkeit jüngst deutlich nachgelassen hat. Das Volumen an Krediten und Beteiligungen des WSF bewegt sich bisher im einstelligen Milliardenbereich. Kredite der Investitionsbanken der Länder dürfte sich in ähnlicher Größenordnung bewegen. So hat etwa die Förderbank NRW ihr Fördergeschäft im ersten Halbjahr 2020 um einen einstelligen Milliardenbetrag erhöht, und die vom bayerischen Wirtschaftsministerium genannten auf die Corona-Maßnahmen bezogenen Kreditvolumen der landeseigenen Förderbank belaufen sich Stand Anfang September auf rund 1 Mrd. Euro. Vor diesem Hintergrund veranschlagen wir den

Effekt von Krediten und Beteiligungen auf den Bruttoschuldenstand nun mit 120 Mrd. Euro. Bürgschaften spielen bei der Berechnung des Bruttoschuldenstandes keine Rolle.

Der Bruttoschuldenstand in Relation zur Wirtschaftsleistung bleibt unter dem Wert in der Finanzkrise.

Bedingt durch Haushaltsdefizite und die Finanzierung eines Anstiegs von öffentlichen Krediten und Beteiligungen dürfte der Bruttoschuldenstand um nahezu 300 Mrd. Euro zulegen, was gut 70 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt entspricht. Dabei ist anzumerken, dass ein Großteil der Defizite der Sozialversicherungen nicht zu einer zusätzlichen Schuldenaufnahme führt, sondern zu einer Reduktion des Finanzvermögens (Anstieg des Nettoschuldenstands). Außerdem ist zu berücksichtigen, dass der Finanzierungssaldo nach VGR nicht deckungsgleich ist mit der für den Haushaltsausgleich notwendigen Nettokreditaufnahme, da z.B. Steuerstundungen, die dieses Jahr die Finanzstatistik negativ beeinflussen, herausgerechnet werden. Absolut dürfte der Bruttoschuldenstand auch in den kommenden Jahren weiter zulegen. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt wird er wohl auf 68 Prozent zurückgehen (Abbildung 27).

Abbildung 27:
Bruttoschuldenstand 2020-2022



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankenrettung entstehen: FMS-Wertmanagement und EAA.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; BMF, Monatsbericht; Berechnungen und Prognosen des Ifw Kiel.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Der Pandemieverlauf ist weiterhin ungewiss, allerdings ist weltweit kaum mit einem zweiten Lockdown zu rechnen, der dem aus dem Frühjahr vergleichbar wäre. Aus heutiger Sicht ist für die kalte Jahreszeit mit einem deutlichen Wiederanziehen der Infektionszahlen zu rechnen. Allerdings haben sich nach mehrmonatiger Pandemieerfahrung die Voraussetzungen deutlich verbessert, um mit gezielteren Maßnahmen das Infektionsgeschehen einzudämmen. So gibt es bei Masken, Beatmungsgeräten und Testkapazitäten praktisch keine Engpässe mehr. Auch versteht man die Eigenschaften des Virus aus medizinischer Sicht heute besser als noch zu Beginn der Pandemie. All dies dürfte es ermöglichen, Gesundheitsschutz gezielter zu adressieren, so dass die ökonomische Aktivität insgesamt deutlich weniger stark eingeschränkt werden muss. Allerdings sind diesbezüglich weiterhin erhebliche Versäumnisse zu beklagen. So gibt es weiterhin keine repräsentativen Breitentests, mit denen der Pandemieverlauf zuverlässig beobachtet werden kann. Die dadurch bestehende Unsicherheit könnte daher im Zweifel doch wieder unnötig weitreichende Maßnahmen erforderlich machen. Zudem fehlt eine (mindestens) EU-weite Lösung für eine Tracking-App, so dass diese Schutzmaßnahme weiterhin an den nationalen Grenzen innerhalb des europäischen Binnenmarktes Halt macht. In dieser Prognose ist unterstellt, dass ab dem Frühjahr 2021 mehr und mehr Wege gefunden werden, die Gesundheitsrisiken einzudämmen (Impfstoffe, bessere Medikamente). Frühere und spätere Erfolge auf diesem Gebiet verbessern bzw. verschlechtern die Aussichten für die wirtschaftliche Erholung.

Die wirtschaftlichen Nachwehen der Corona-Krise mit Blick auf Unternehmensinsolvenzen und die Kreditqualität sind noch nicht absehbar. Bislang sind im Verlauf der Krise die Insolvenzzahlen rückläufig. Mit Blick auf die zunächst bis Ende September ausgesetzte Insolvenzanzeigespflicht deutet dies darauf hin, dass diese Ausnahmeregelung auch von solchen Unternehmen genutzt wurde, die auch ohne pandemischen Einfluss in Schieflage geraten wären. Möglicherweise haben sie auch von Stützungsmaßnahmen profitiert, die ihr

wirtschaftliches Überleben zunächst gesichert haben. Ab Oktober gilt die Insolvenzanzeigespflicht wieder für alle illiquiden Unternehmen, nur für die Insolvenz aus Überschuldung bleibt sie weiter ausgesetzt. Damit werden sich die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Solvenz der Unternehmen erst ab dem dritten Quartal deutlicher abzeichnen. Sollte es dann zu einer größeren Insolvenzwelle kommen, würde sich dies wohl auch in einem Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit bemerkbar machen und zu einem Rückgang der verdeckten Arbeitslosigkeit in Form von Kurzarbeit. Damit würde auch die Zahl der Erwerbstätigen vorübergehend schwächer steigen oder sogar sinken. Ein Anschwellen der Insolvenzfälle droht vor allem im Segment der kleineren Unternehmen, die ihre Eigenkapitalposition in den Jahren vor der Krise weniger verbessert hatten als mittlere und große Unternehmen. Zwar dürften die Unternehmensgewinne im Zuge der Corona-Krise weniger stark einbrechen als während der Großen Rezession – auch infolge stützender staatlicher Maßnahmen –, allerdings waren sie in Relation zur Wirtschaftsleistung bereits vor der Pandemie mit 20,8 Prozent im Durchschnitt des Jahres 2019 sehr niedrig. Im gesamten Prognosezeitraum dürfte diese Kennzahl mit Werten von kaum über 20 Prozent so niedrig bleiben wie noch nie zuvor im wiedervereinigten Deutschland. Damit bleibt die wirtschaftliche Lage der Unternehmen weiter schwierig, worunter auch die Kreditqualität leiden dürfte. Zwar bleibt die Geldpolitik über den gesamten Prognosezeitraum äußerst expansiv ausgerichtet, allerdings würde eine höhere Risikoeinschätzung dennoch die Finanzierungskonditionen verschlechtern.

Die zurückgestaute Kaufkraft im privaten Haushaltssektor könnte den privaten Verbrauch wie auch die Konsumentenpreise stärker steigen lassen. In dieser Prognose unterstellen wir, dass sich die Sparquote der privaten Haushalte allmählich wieder auf ihr Vorkrisenniveau zurückbildet, und zwar in dem Maße, wie das Pandemiegeschehen ein Anknüpfen an die zuvor zu beobachtenden Verbrauchsgewohnheiten zulässt. Damit würde ein Großteil der während der Pandemie zurückgestauten Kaufkraft, die allein im laufenden Jahr auf über 110 Mrd. Euro anschwellen dürfte, nicht für das Nachholen von Käufen verausgabt,

sondern das private Geldvermögen dauerhaft anheben. Sollten die privaten Haushalte verstärkt auf diese Kaufkraft zurückgreifen, würden hiervon zusätzliche Konjunkturimpulse ausgehen und der private Verbrauch könnte rascher zu seinem Vorkrisenniveau aufschließen. Je höher die konsumnahen Wirtschaftsbereiche ausgelastet sind, auf die diese zusätzliche Nachfrage träfe, desto stärker würde sich dies in einem Anstieg der Verbraucherpreise bemerkbar machen.

Internationale Konflikte bedrohen den Erholungsprozess. Für den Brexit-Prozess wird die Zeit immer knapper, um rechtzeitig vor dem Jahreswechsel zu einer handelspolitischen Vereinbarung zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU zu gelangen. Derzeit haben sich die Verhandlungen festgefahren. Insgesamt ist damit die Wahrscheinlichkeit eines harten Brexits wieder gestiegen. Auch ein zeitnahes Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten ist zwischenzeitlich deutlich unwahrscheinlicher geworden. Ferner schwelt der chinesisch-amerikanische Handelskonflikt weiter, der für Drittstaaten das Risiko birgt, vor die Wahl gestellt zu werden, sich zwischen beiden Handelspartnern entscheiden zu müssen. Schließlich belasten die Vorgänge um die Vergiftung des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny die bilateralen Beziehungen, so dass eine Verschärfung der EU-Sanktionen und entsprechende Reaktionen der russischen Seite die Folge sein könnten.

Die schädlichen Nebenwirkungen staatlicher Hilfen zum Abfedern der Corona-Krise steigen mit zunehmender Dauer. Es gehört zur Anatomie der Corona-Krise, dass sie die verschiedenen Branchen unterschiedlich trifft, ohne in den meisten Fällen deren Geschäftsmodelle grundsätzlich in Frage zu stellen. Dies spricht für den Einsatz von Überbrückungshilfen, um marktfähige Produktionsstrukturen vor einer übereilten Abwicklung zu schützen. Zudem dienen die Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung – seien sie behördlich angeordnet oder auf staatliche Empfehlung hin privat initiiert – einem übergeordneten Gemeinwohlziel, was für eine entsprechende Kompensation spricht (Kooths und Felbermayr 2020). Sowohl das Instrument des Kurzarbeitergeldes als auch Liquiditäts- und Eigenkapitalhilfen haben ausdrücklich zum Ziel,

die krisenbedingte Unterauslastung zu überbrücken und insofern strukturkonservierend zu wirken. Die reine Marktlösung würde sonst zu höherer offener Arbeitslosigkeit führen und auch die Zahl der Unternehmensliquidationen stärker steigen lassen. Beide Mechanismen – die Freisetzung von Arbeitskräften als auch der Marktaustritt von Unternehmen – sind aber auch Merkmale des fortwährenden Strukturwandels. Überbrückungsmaßnahmen laufen daher immer Gefahr, nicht nur die Krisenfolgen zu mildern, sondern auch den Strukturwandel zu hemmen – und dies umso mehr, je länger sie gewährt werden. Daher sollten staatliche Überbrückungshilfen nur in der akuten Krisenphase zum Einsatz kommen und so ausgestaltet sein, dass sie mit zunehmender Länge der Inanspruchnahme an Attraktivität verlieren. Dies ist beim Kurzarbeitergeld nicht der Fall, im Gegenteil steigt die Lohnersatzrate ab dem vierten Monat und noch einmal ab dem siebten Monat. Diese Regelung war von Anfang an problematisch, spätestens mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes um weitere 12 Monate hätte man sie auslaufen lassen sollen. Gleiches gilt für die Entlastung der Unternehmen von Sozialversicherungsbeiträgen im Fall von Kurzarbeit, auch wenn diese ab Mitte kommenden Jahres an Qualifizierungsmaßnahmen geknüpft ist. Die optimale Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld ist zwar nicht klar, jedoch nimmt die Plausibilität temporärer Unterauslastung mit jedem Monat ab. Dies spricht für eine degressive Ausgestaltung dieses Instruments.

Fiskalpolitisch stellt die Corona-Krise eine Ausnahmesituation dar. Die Aussetzung der Schuldenbremse im laufenden Jahr stellt genau jenen Ausnahmefall dar, für den die Aussetzungsklausel vorgesehen ist. Insgesamt wird damit ein erheblicher Teil der Einkommensverluste für die privaten Akteure durch staatliche Verschuldung abgefangen, und für die Bezieher von staatlichen Transfers (z. B. Rentner) ist die Krise mit Blick auf ihre Einkommen bislang nicht spürbar geworden. Ein solches Vorgehen kann kein Dauerzustand sein, denn letztlich hängt die Finanzierbarkeit der Staatsfinanzen von den seitens der privaten Akteure erwirtschafteten Einkommen ab. Angesichts der weiterhin hohen konjunkturellen Unsicherheit erscheint das Aussetzen der Schuldenbremse auch im kommen-

den Jahr noch vertretbar (Kasten 3), mit dem Jahr 2022 sollte sie aber wieder in Kraft gesetzt werden. Zwar steht die Tragfähigkeit der deutschen Staatsfinanzen auch dann nicht in Frage. Allerdings können makroökonomische Krisen auch in Zukunft immer wieder auftreten, und eine über alle Zweifel erhabene fiskalische Position erleichtert dann das stabilisierungspolitische Gegensteuern. Auch schreitet die gesellschaftliche Alterung im Verlauf der 2020er Jahre spürbar voran, wodurch die Wachstumskräfte schwächer werden. Schließlich können mittel- bis langfristig auch die Zinsen steigen, was die Handlungsspielräume in den öffentlichen Haushalten einengen würde.

Der staatliche Mitteleinsatz verspricht keine maximale Stabilitätswirkung. Zwar ist der private Konsum in der Corona-Krise so stark eingebrochen wie noch nie in der Nachkriegszeit, aber der Grund für diesen Rückgang sind nicht mangelnde Masseneinkommen. Demzufolge sind Maßnahmen wie die temporäre Senkung der Mehrwertsteuersätze oder familienpolitische Leistungen (Familienbonus) kaum geeignet, den betroffenen Unternehmen und ihren Beschäftigten über die Zeit der akuten Krise zu helfen, worauf es aus stabilisierungspolitischer Sicht aber ankommt. Im Gegenteil versetzt die zurückgestaute Kaufkraft die Haushalte in die Lage, genau jene Käufe wieder aufzunehmen, die im Zuge von Infektionsschutzmaßnahmen zurückgestellt wurden, sobald es die Pandemielage wieder zulässt. Damit werden – außer bei langlebigen Konsumgütern – zwar keine Konsumausgaben nachgeholt (dies ist in den meisten Fällen auch gar nicht möglich), aber es wird zum Vorkrisenniveau aufgeholt. Damit erübrigen sich für die konsumnahen Wirtschaftsbereiche staatliche Maßnahmen, die auf eine Stärkung der Massenkaufkraft abzielen. Wenn es um den Erhalt von als grundsätzlich marktgerecht geltenden Wirtschaftsstrukturen geht, wären gezielte Zuschüsse an die Unternehmen geeigneter. Ausweislich der bislang sehr geringen Inanspruchnahme der in diese Richtung zielenden Überbrückungshilfen scheint dieses Instrument jedoch zu bürokratisch ausgestaltet zu sein.

Im Bereich der Automobilwirtschaft droht eine Interventionsspirale. Zwar hat der Absatz von Automobilen in der Corona-Krise massiv

gelitten, wodurch ein wichtiger Bereich der deutschen Industrie erheblich getroffen wurde. Fahrzeuge stellen jedoch als langlebiges Wirtschaftsgut eine Verwendungskomponente dar, bei der temporäre Einbrüche später nicht nur auf-, sondern auch nachgeholt werden können. Die Corona-Krise liefert daher für sich genommen wenig Anlass, die betroffenen Unternehmen – über die für alle Branchen geltenden Instrumente wie das Kurzarbeitergeld hinaus – in spezifischer Weise staatlicherseits zu unterstützen. Unabhängig davon wären Kaufprämien mit dem Ziel, Altfahrzeuge vorzeitig zu verschrotten, sowohl ökonomisch wie auch ökologisch kontraproduktiv. Vielmehr überdeckt der krisenbedingte Einbruch strukturelle Probleme, die in ihrer Schärfe auch einer vermeidbaren sektorspezifischen Regulierung geschuldet sind. So sind die in der EU geltenden Flottengrenzwerte nicht vereinbar mit einer Politik der effizienten Emissionsvermeidung. Diese spräche dafür, fossile Brennstoffe in das EU-Emissionshandelssystem (EU ETS) zu integrieren, nicht aber dafür, einem bestimmten Wirtschaftsbereich wie dem motorisierten Verkehr eigene Emissionsziele vorzugeben. Angesichts deutlicher Unterschiede in den Grenzvermeidungskosten könnten so die Gesamtemissionsziele wesentlich kostengünstiger erreicht werden. Ein Teil der unnötig höheren Kosten einer sektorspezifischen Regulierung zeigt sich in Form eines übermäßig forschenden Strukturwandels im Fahrzeugbau. Um die dadurch entstehenden Kosten abzufangen, wurden sektorspezifische Subventionen beschlossen (z. B. Kaufprämien für Elektro- und Hybridfahrzeuge, Subventionen für Batteriezellenfabriken und die Erforschung von Wasserstofftechnologien). Neuerdings wird sogar über einen staatlichen Beteiligungsfonds zur Stützung von Zulieferunternehmen nachgedacht. All diese Einzelmaßnahmen wären hinfällig, würde man das Problem wirtschaftspolitisch an der Wurzel packen.

Das „Wiederaufbau“-Programm der EU hilft zur akuten Krisenabwehr kaum. Stabilitätspolitisch besteht das Hauptproblem in der Europäischen Union darin, dass nicht mehr alle Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion uneingeschränkt kapitalmarktfähig sind. Andernfalls wäre ein Handeln auf EU-Ebene in der Corona-Krise stabilitätspolitisch nicht erforder-

lich. Die im Rahmen des „Wiederaufbau“-Programms („Next Generation EU“) vereinbarten Zahlungen der EU-Ebene an die Mitgliedsländer dürfte nicht nur deutlich zu spät kommen, sondern stützt auch durch die Ausrichtung auf Politikziele, die unabhängig von der der Krisenabwehr sind (Klimaschutz, Digitalisierung), kaum diejenigen Wirtschaftsbereiche, die von der Krise besonders stark in Mitleidenschaft gezogen werden, wie etwa der Tourismus. Bislang wird die Herabstufung des Ratings der hochverschuldeten EWU-Mitgliedsländer durch die permissive Geldpolitik der EZB verhindert. Es ist aber nicht die Aufgabe der Geldpolitik, die Risikoprämien auf Staatsanleihen einzuhegen. Hier hätte die EU durch eine transparente Transferlösung tätig werden können, um die Geldpolitik von dieser von ihrem Mandat nicht

gedeckten Aufgabe zu entlasten. Das 750 Mrd. Euro Programm der EU leistet dies jedoch nur zu Bruchteilen, und zwar in dem Maße, wie die Auszahlung der Mittel von der späteren anteiligen Tilgung abweicht. In Höhe der Bruttoleistungen kommt es zu zusätzlichen Administrationskosten. So könnte ein Land wie Deutschland die ihm aus dem Fonds zustehenden Mittel erforderlichenfalls auch direkt am Kapitalmarkt aufnehmen und für geeignete Zwecke verwenden. Über den Umweg über die EU-Kommission müssen diese nun zuvor erst einen Antragsprozess durchlaufen. Insgesamt werden damit die Überschuldungsprobleme einzelner EU-Ländern kaum gemildert, sondern nur der Kompetenzbereich der EU-Instanzen ausgeweitet.

Kasten 3: Zur Einhaltung der Schuldenbremse im Jahr 2021

Die konjunkturelle Erholung verläuft nach einem rasanten Start vorerst schleppend. Der alte Wachstumspfad wird im Prognosehorizont nicht erreicht, das Vorkrisenniveau erst Ende des Jahres 2021. Das schlägt sich in den öffentlichen Haushalten nieder. Nach derzeitiger Vorausschau dürfte der Gesamtstaat, sofern nicht erhebliche Konsolidierungsmaßnahmen erfolgen, auch im Jahr 2022 ein deutliches Defizit aufweisen. Vor diesem Hintergrund wird die Frage diskutiert, wie der Bund mit den Regelungen der Schuldenbremse für die kommenden Haushaltsjahre umgehen soll.

Maßgeblich für die Haushaltsaufstellung sind die Ergebnisse der Interimsprognose der Bundesregierung und die der Steuerschätzung vom September dieses Jahres. Demnach liegen die Steuereinnahmen des Bundes im Jahr 2021 mit 295,2 Mrd. Euro um knapp 43,1 Mrd. Euro niedriger als noch im Herbst 2019 erwartet, als mit der „schwarzen Null“ bei einer moderaten Reduktion der Rücklagen geplant wurde. Hier muss erwähnt werden, dass in der Finanzplanung vom Herbst 2019 die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags zwar als globale Mindereinnahme, aber, da der Gesetzgebungsprozess noch nicht abgeschlossen war, nicht als Steuermindereinnahme gebucht wurde. Folglich beträgt der relevante Fehlbetrag bei dem Vergleich der Schätzwerte 34 Mrd. Euro.

Zudem dürften krisenbedingt diverse Ausgaben höher ausfallen als im Jahr 2019 geplant; außerdem wurden mit dem „Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket“ sowie dem „Zukunftspaket“ zusätzliche Ausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe für das Jahr 2020 beschlossen. Nach Medienberichten plant der Bund mit einem Defizit für das kommende Jahr von 100 Mrd. Euro. Ferner ist geplant bereits bei der Haushaltsaufstellung eine Notsituation festzustellen, so dass die eigentlichen Vorgaben der Schuldenbremse die Nettokreditaufnahme im Jahr 2021 nicht restringieren, sondern der überschießende Teil in den späteren Jahren getilgt werden muss.

Die Frage schließt sich an, welche Nettokreditaufnahme unter den Regeln der Schuldenbremse aus heutiger Sicht für das Jahr 2021 erlaubt wäre. Die strukturelle Nettokreditaufnahme beträgt 0,35 Prozent des BIP des dem Jahr der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres – also 3449,05 Mrd. Euro (2019). Dies bedeutet eine strukturell erlaubte Nettokreditaufnahme von rund 12 Mrd. Euro. Die Produktionslücke für das Jahr 2021 schätzt die Bundesregierung derzeit mit -1,9 Prozent ein, das entspricht einer Konjunkturkomponente von rund 13 Mrd. Euro.

Die erlaubte Nettokreditaufnahme beläuft sich somit auf etwa 25 Mrd. Euro. Allerdings können Fehlträge auch aus der Rücklage gedeckt werden. Diese umfasst zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung über 48 Mrd. Euro. Zudem ist es durchaus möglich, dass nach Abschluss des Haushalts 2020 die Rücklage nochmals höher ausfällt. So fließen die Überbrückungshilfen (geplant 25 Mrd. Euro) nur schleppend ab. Trotz der Verlängerung der Antragsfristen könnten sich die Ausgaben schließlich auf einen einstelligen Milliardenbetrag belaufen. Zudem ergab die Steuerschätzung Mehreinnahmen für das laufende Jahr von 10 Mrd. Euro. Sollte sich dies bewahrheiten, wäre es gut möglich, dass die Rücklage nochmal 25 Mrd. Euro höher ausfällt als derzeit. Die erlaubte Nettokreditaufnahme inklusive des Aufbrauchs aller Rücklagen könnte somit nahezu 100 Mrd. Euro betragen. Einschränkend muss erwähnt werden, dass der erwartete Finanzierungssaldo der Sondervermögen gegengerechnet werden muss. Da die Sondervermögen, insbesondere der EKF, mit dem laufenden Haushalt erhebliche Zuflüsse aus dem Bundeshaushalt erhalten haben und hier für das Jahr 2020 mit großen Überschüssen zu rechnen ist, ist es höchst wahrscheinlich, dass im kommenden Jahr der Finanzierungssaldo einen deutlichen Fehlbetrag aufweisen wird, der sich in niedriger zweistelliger Milliardenhöhen bewegen könnte.

In der Summe könnte es also möglich sein, einen Fehlbetrag im Kernhaushalt des Bundes von schätzungsweise 80 Mrd. Euro konform mit den Vorgaben der Schuldenbremse über die Nettokreditaufnahme zu finanzieren. Allerdings würde dies mit sich bringen, dass dann die Rücklagen verbraucht wären. Für den Haushalt 2022 stünden diese nicht mehr zur Verfügung. Zudem wäre dann nach jetzigem Stand die Konjunkturkomponente nochmals kleiner und eine drastische Konsolidierung müsste erfolgen, um die Schuldenbremse dann 2022 einzuhalten.

Vor diesem Hintergrund und weil die derzeitigen Planzahlen krisenbedingt weiterhin mit erheblicher Unsicherheit versehen sind, ist eine Rückkehr zur Schuldenbremse 2021 nicht anzuraten. Angesichts der immensen Rücklagen, die nach Ende dieses Haushaltsjahres entstehen könnten, dürfte eine Rückkehr zu den eigentlichen Vorgaben der Schuldenbremse aber 2022 möglich sein.

Literatur

- Boysen-Hogrefe, J. (2020). Zum Fiskalimpuls des Konjunkturpakets. *Wirtschaftsdienst* 100 (7), 599-600.
- Boysen-Hogrefe, J., S. Fiedler, D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths, S. Möhle und U. Stolzenburg (2019): *Anschwung flaut nur allmählich ab – Industrieschwäche verzögert die Erholung*. Kieler Konjunkturberichte 62, (2019|Q4). Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., S. Fiedler, K.-J. Gern, D. Groll, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, S. Möhle und U. Stolzenburg (2020a). *Weltwirtschaft und deutsche Konjunktur: Interimsprognose im Frühjahr 2020*. Kiel Policy Briefs, Spezial Corona-Update 3. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., S. Fiedler, D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths und S. Möhle (2020b): *Deutsche Wirtschaft vor mühsamer Erholung*. Kieler Konjunkturberichte 68, (2020|Q2). Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Creditreform (2020): *Too big to fail? Risikomanagement Newsletter*, 01.09.2020. Via Internet (16.09.2020): <https://www.creditreform.de/aktuelles-wissen/presse-meldungen-fachbeitraege/news-details/show/default-993f7a0df9>.
- FalkenSteg (2020): *5-nach-12. Finance-Insolvenz-Report Q2/2020*. Via Internet (16.09.2020): <https://falkensteg.com/5-nach-12-finance-insolvenz-report-grossinsolvenzen-nehmen-weiterhin-zu/>.
- Gern, K.-J., P. Hauber, S. Kooths und U. Stolzenburg (2020). *Weltwirtschaft im Herbst 2020: Erholung vom Corona-Schock bleibt vorerst unvollständig*. Kieler Konjunkturberichte 69 (2020|Q3). Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Görg, H. und S. Möhle (2020). *Globale Wertschöpfungsketten in Zeiten von (und nach) Covid-19*. ifo Schnelldienst, 5/2020, 73. Jahrgang: 3-7.
- IWF (Internationaler Währungsfonds) (2015). *Private Investment: What's the Holdup?* World Economic Outlook (WEO), April.
- Jannsen, N. (2015). *The Dynamics of Business Investment Following Banking Crises and Normal Recessions*. Kiel Working Paper 1996, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Johnson, R. C., Noguera, G., 2012. *Accounting for Intermediates: Production Sharing and Trade in Value Added*. *The Journal of International Economics*; 82 (2); 224-236.
- Koopman, R., Wang, Z., Wei, S.-J., 2014. *Tracing Value-Added and Double Counting in Gross Exports*. *American Economic Review*, 104 (2); 459-494.
- Kooths, S., und G. Felbermayr (2020). *Stabilitätspolitik in der Corona-Krise*. Kiel Policy Brief, Nr. 138, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Kozłowski, J., L. Veldkamp und V. Venkateswaran (2020). *Scarring Body and Mind: The Long-Term Belief-Scarring Effects of COVID-19*. NBER Working Paper 27439.
- Möhle, S. (2020). *Zu den Auswirkungen des Corona-Virus auf den deutschen Dienstleistungshandel*. IfW-Box 2020.4. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Prognosezentrum (2020). *Update Konjunkturbericht: Deutsches BIP dürfte 2020 zwischen 4,5 und 9 Prozent einbrechen*. Via Internet (08.09.2020): <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/medieninformationen/2020/update-konjunkturbericht-deutsches-bip-duerfte-2020-zwischen-45-und-9-prozent-einbrechen/>.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2017). *Aufschwung festigt sich trotz weltwirtschaftlicher Risiken*. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2017.

Tabellenanhang

Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2019–2022

	2019	2019	2020	2021	2022
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		0,6	-5,5	4,8	2,4
Private Konsumausgaben		1,6	-7,1	5,5	3,3
Konsumausgaben des Staates		2,7	3,7	0,9	0,8
Anlageinvestitionen		2,5	-4,4	4,9	3,5
Ausrüstungsinvestitionen		0,5	-15,9	10,3	5,1
Bauinvestitionen		3,8	2,1	2,9	2,8
Sonstige Anlagen		2,7	-2,2	2,7	2,8
Vorratsveränderung		-0,7	0,3	0,4	0,0
Inländische Verwendung		1,2	-3,8	4,7	2,7
Ausfuhr		1,0	-11,5	7,7	5,2
Einfuhr		2,6	-8,4	7,7	6,2
Außenbeitrag		-0,6	-1,9	0,4	-0,2
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3.449,1	2,8	-3,5	6,3	3,5
Private Konsumausgaben	1.806,9	2,9	-6,3	7,9	4,6
Konsumausgaben des Staates	704,5	5,1	6,4	2,6	2,1
Anlageinvestitionen	748,0	5,5	-2,8	6,3	5,0
Ausrüstungsinvestitionen	240,1	1,9	-15,2	10,4	5,8
Bauinvestitionen	373,7	8,4	4,6	5,1	5,0
Sonstige Anlagen	134,2	4,2	-1,1	3,4	3,6
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-10,3	-5,1	7,4	6,3
Inländische Verwendung	3.249,1	3,1	-2,6	6,7	4,1
Ausfuhr	1.617,4	1,7	-11,8	8,7	6,3
Einfuhr	1.417,4	2,4	-10,8	10,0	8,0
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		199,9	163,1	161,1	148,7
Bruttonationaleinkommen	3.542,8	2,8	-3,7	6,1	3,6
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		2,2	2,1	1,4	1,1
Private Konsumausgaben		1,4	0,8	2,3	1,3
Konsumausgaben des Staates		2,3	2,6	1,6	1,3
Ausrüstungsinvestitionen		1,4	0,7	0,1	0,7
Bauinvestitionen		4,4	2,5	2,2	2,1
Sonstige Anlagen		1,4	1,1	0,6	0,8
Ausfuhr		0,8	-0,4	0,9	1,1
Einfuhr		-0,1	-2,7	2,1	1,6
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		1,4	0,6	2,6	1,5
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2.564,1	2,2	-3,1	4,8	3,6
Arbeitnehmerentgelt	1.845,9	4,2	-1,4	4,1	3,2
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		72,0	73,2	72,8	72,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	718,2	-2,7	-7,4	6,7	4,6
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1.969,8	3,0	0,0	3,0	2,5
Sparquote (Prozent)		10,9	16,6	12,5	10,7
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.521,6	4,1	-2,0	4,8	3,1
Effektivlohn, Stundenbasis		3,2	2,9	-0,6	2,3
Lohnstückkosten, Stundenbasis		3,3	4,0	-1,2	0,5
Produktivität, Stundenbasis		0,0	-0,6	0,2	1,7
Arbeitslose (1 000)		2.267	2.704	2.658	2.546
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,0	5,9	5,8	5,6
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		45.268	44.899	45.165	45.409
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		52,5	-168,3	-110,7	-78,4
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		1,5	-5,1	-3,1	-2,1
Öffentliche Schulden (Prozent)		59,7	71,2	69,6	69,1

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2022

	2020	2021	2022	2020		2021	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erw erbstätige	- 0,8	0,6	0,5	- 0,5	- 1,2	0,1	1,1
Arbeitsvolumen	- 4,9	4,7	0,7	- 5,8	- 4,1	4,6	4,7
Arbeitszeit je Erwb erbstätigen	- 4,1	4,0	0,2	- 5,4	- 3,0	4,5	3,6
Produktivität ¹	- 0,6	0,2	1,7	- 0,8	- 0,4	0,1	0,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	- 5,5	4,8	2,4	- 6,5	- 4,5	4,7	4,9

2. Verwendung des Inlandsproduktes in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 441,8	2 594,6	2 694,2	1 193,9	1 247,9	1 255,5	1 339,0
Private Haushalte ²	1 692,3	1 825,9	1 909,1	831,9	860,3	879,2	946,7
Staat	749,5	768,7	785,1	362,0	387,5	376,4	392,3
Anlageinvestitionen	727,2	772,7	811,0	352,0	375,2	366,5	406,2
Ausrüstungen	203,5	224,6	237,6	95,1	108,4	104,7	120,0
Bauten	391,0	410,9	431,3	193,2	197,7	196,8	214,1
Sonstige Anlageinvestitionen	132,7	137,2	142,1	63,6	69,1	65,1	72,1
Vorratsveränderung ³	- 5,1	7,4	6,3	- 9,0	3,9	8,5	- 1,1
Inländische Verw endung	3 163,9	3 374,7	3 511,6	1 536,9	1 627,0	1 630,5	1 744,2
Außenbeitrag	163,1	161,1	148,7	85,3	77,8	92,0	69,1
Exporte	1 427,1	1 551,2	1 649,4	703,9	723,3	755,7	795,5
Importe	1 264,1	1 390,1	1 500,7	618,6	645,5	663,7	726,4
Bruttoinlandsprodukt	3 327,0	3 535,8	3 660,3	1 622,2	1 704,8	1 722,5	1 813,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	- 2,8	6,3	3,8	- 2,5	- 3,0	5,2	7,3
Private Haushalte ²	- 6,3	7,9	4,6	- 6,0	- 6,7	5,7	10,0
Staat	6,4	2,6	2,1	6,3	6,4	4,0	1,2
Anlageinvestitionen	- 2,8	6,3	5,0	- 2,3	- 3,2	4,1	8,3
Ausrüstungen	- 15,2	10,4	5,8	- 17,9	- 12,8	10,0	10,7
Bauten	4,6	5,1	5,0	6,8	2,6	1,8	8,3
Sonstige Anlageinvestitionen	- 1,1	3,4	3,6	0,1	- 2,2	2,3	4,3
Inländische Verw endung	- 2,6	6,7	4,1	- 3,3	- 2,0	6,1	7,2
Exporte	- 11,8	8,7	6,3	- 12,6	- 10,9	7,4	10,0
Importe	- 10,8	10,0	8,0	- 11,9	- 9,8	7,3	12,5
Bruttoinlandsprodukt	- 3,5	6,3	3,5	- 4,2	- 2,9	6,2	6,4

3. Verwendung des Inlandsproduktes, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 277,1	2 370,3	2 430,3	1 117,3	1 159,8	1 155,6	1 214,7
Private Haushalte ²	1 596,9	1 684,6	1 739,6	783,7	813,3	814,2	870,4
Staat	679,0	685,4	690,8	333,1	345,9	341,0	344,4
Anlageinvestitionen	653,9	685,9	709,8	316,3	337,6	326,0	359,9
Ausrüstungen	196,2	216,3	227,2	91,3	104,9	100,7	115,6
Bauten	331,5	340,9	350,6	164,0	167,5	163,9	177,1
Sonstige Anlageinvestitionen	123,5	126,9	130,4	59,3	64,2	60,3	66,5
Inländische Verw endung	2 933,2	3 070,4	3 153,6	1 432,1	1 501,1	1 493,1	1 577,3
Exporte	1 393,4	1 500,4	1 577,7	686,8	706,7	734,0	766,4
Importe	1 275,6	1 373,3	1 458,9	623,0	652,7	660,4	712,9
Bruttoinlandsprodukt	3 054,1	3 201,7	3 278,5	1 497,1	1 556,9	1 567,8	1 633,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	- 4,1	4,1	2,5	- 4,4	- 3,8	3,4	4,7
Private Haushalte ²	- 7,1	5,5	3,3	- 7,4	- 6,8	3,9	7,0
Staat	3,7	0,9	0,8	3,2	4,1	2,4	- 0,4
Anlageinvestitionen	- 4,4	4,9	3,5	- 4,5	- 4,4	3,1	6,6
Ausrüstungen	- 15,9	10,3	5,1	- 19,1	- 12,9	10,3	10,3
Bauten	2,1	2,9	2,8	3,6	0,7	- 0,1	5,7
Sonstige Anlageinvestitionen	- 2,2	2,7	2,8	- 1,2	- 3,0	1,8	3,6
Inländische Verw endung	- 3,8	4,7	2,7	- 4,7	- 2,9	4,3	5,1
Exporte	- 11,5	7,7	5,2	- 12,6	- 10,3	6,9	8,5
Importe	- 8,4	7,7	6,2	- 9,4	- 7,3	6,0	9,2
Bruttoinlandsprodukt	- 5,5	4,8	2,4	- 6,5	- 4,5	4,7	4,9

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2022

	2020	2021	2022	2020		2021	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,8	2,3	1,3	1,5	0,1	1,7	2,8
Konsumausgaben des Staates	2,6	1,6	1,3	3,0	2,3	1,5	1,7
Anlageinvestitionen	1,7	1,3	1,4	2,3	1,2	1,0	1,5
Ausrüstungen	0,7	0,1	0,7	1,4	0,1	- 0,2	0,4
Bauten	2,5	2,2	2,1	3,0	1,9	1,9	2,4
Exporte	- 0,4	0,9	1,1	0,0	- 0,7	0,5	1,4
Importe	- 2,7	2,1	1,6	- 2,7	- 2,7	1,2	3,0
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,4	1,1	2,5	1,7	1,4	1,4

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 361,7	2 437,6	2 510,4	1 184,2	1 177,4	1 207,4	1 230,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	328,8	333,2	343,9	160,9	167,9	160,9	172,3
Bruttolöhne und -gehälter	1 491,3	1 562,2	1 611,3	719,3	772,0	747,5	814,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	541,5	542,2	555,2	304,0	237,5	299,0	243,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	390,2	500,7	533,8	151,0	239,2	213,7	286,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 751,8	2 938,3	3 044,2	1 335,2	1 416,6	1 421,1	1 517,1
Abschreibungen	660,8	683,2	708,5	329,0	331,8	339,5	343,7
Bruttonationaleinkommen	3 412,6	3 621,5	3 752,7	1 664,3	1 748,3	1 760,7	1 860,8
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 485,2	2 605,0	2 697,8	1 201,7	1 283,4	1 256,2	1 348,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	665,0	709,6	742,6	321,5	343,5	347,7	361,8
Arbeitnehmerentgelt	1 820,1	1 895,4	1 955,2	880,3	939,9	908,4	987,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	- 2,6	3,2	3,0	- 1,2	- 3,9	2,0	4,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,4	1,3	3,2	2,4	0,4	0,0	2,7
Bruttolöhne und -gehälter	- 2,0	4,8	3,1	- 1,0	- 2,9	3,9	5,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	- 1,4	3,9	2,5	- 0,9	- 1,9	3,6	4,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 6,4	0,1	2,4	- 3,3	- 10,0	- 1,6	2,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	- 18,5	28,3	6,6	- 29,3	- 9,8	41,5	20,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	- 5,2	6,8	3,6	- 5,4	- 5,0	6,4	7,1
Abschreibungen	3,3	3,4	3,7	3,6	3,0	3,2	3,6
Bruttonationaleinkommen	- 3,7	6,1	3,6	- 3,8	- 3,6	5,8	6,4
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	- 3,1	4,8	3,6	- 3,3	- 2,8	4,5	5,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 7,4	6,7	4,6	- 10,5	- 4,3	8,2	5,3
Arbeitnehmerentgelt	- 1,4	4,1	3,2	- 0,4	- 2,3	3,2	5,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 514,6	1 575,3	1 616,3	729,3	785,2	762,8	812,4
Nettolöhne und -gehälter	1 001,8	1 062,8	1 094,7	479,6	522,2	505,7	557,1
Monetäre Sozialleistungen	652,7	657,7	670,5	319,2	333,6	329,5	328,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	140,0	145,3	148,9	69,5	70,5	72,4	72,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	541,5	542,2	555,2	304,0	237,5	299,0	243,2
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 85,5	- 88,2	- 91,2	- 43,6	- 41,8	- 44,9	- 43,3
Verfügbares Einkommen	1 970,6	2 029,3	2 080,4	989,7	980,9	1 017,0	1 012,3
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,4	57,6	58,2	27,9	29,5	28,0	29,6
Konsumausgaben	1 692,3	1 825,9	1 909,1	831,9	860,3	879,2	946,7
Sparen	335,7	261,1	229,5	185,7	150,1	165,8	95,2
Sparquote (%) ⁶	16,6	12,5	10,7	18,2	14,9	15,9	9,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	1,6	4,0	2,6	1,7	1,4	4,6	3,5
Nettolöhne und -gehälter	- 1,8	6,1	3,0	- 0,6	- 2,9	5,4	6,7
Monetäre Sozialleistungen	7,7	0,8	1,9	6,0	9,3	3,2	- 1,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,4	3,8	2,5	4,0	2,9	4,3	3,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 6,4	0,1	2,4	- 3,3	- 10,0	- 1,6	2,4
Verfügbares Einkommen	0,0	3,0	2,5	0,9	- 0,8	2,8	3,2
Konsumausgaben	- 6,3	7,9	4,6	- 6,0	- 6,7	5,7	10,0
Sparen	52,4	- 22,2	- 12,1	49,7	55,9	- 10,7	- 36,5

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2022

	2020	2021	2022	2020		2021	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷							
a) Mrd.EUR							
Einnahmen							
Steuern	756,3	809,2	856,2	382,2	374,2	404,7	404,5
Sozialbeiträge	600,8	619,4	642,9	295,2	305,6	301,2	318,2
Vermögenseinkommen	20,2	16,2	15,6	12,4	7,8	8,5	7,7
Sonstige Transfers	24,6	25,0	25,4	11,8	12,9	11,9	13,1
Vermögenstransfers	14,9	15,2	15,5	7,0	7,9	7,2	8,0
Verkäufe	125,4	130,8	136,2	58,1	67,3	61,2	69,6
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 542,4	1 616,1	1 692,0	766,7	775,7	794,9	821,2
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	515,1	529,6	543,0	246,1	269,1	257,8	271,9
Arbeitnehmerentgelt	283,0	290,4	296,1	135,8	147,2	140,1	150,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	23,4	20,6	17,8	11,7	11,7	10,3	10,3
Subventionen	76,6	50,6	56,0	39,9	36,6	25,6	25,0
Monetäre Sozialleistungen	591,7	596,2	608,5	288,9	302,8	299,0	297,1
Sonstige laufende Transfers	83,1	92,6	95,7	40,5	42,6	45,4	47,2
Vermögenstransfers	47,2	49,0	50,8	16,5	30,7	17,9	31,1
Bruttoinvestitionen	91,7	98,8	103,5	39,4	52,3	42,1	56,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,1	- 1,1	- 1,1	- 0,4	- 0,6	- 0,4	- 0,6
Insgesamt	1 710,7	1 726,8	1 770,4	818,3	892,4	837,6	889,1
Finanzierungssaldo	- 168,3	- 110,7	- 78,4	- 51,6	- 116,7	- 42,8	- 67,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	- 8,6	7,0	5,8	- 8,1	- 9,0	5,9	8,1
Sozialbeiträge	0,5	3,1	3,8	1,8	- 0,6	2,0	4,1
Vermögenseinkommen	- 7,9	- 19,9	- 4,0	- 5,8	- 11,1	- 31,2	- 1,8
Sonstige Transfers	- 2,1	1,6	1,6	3,8	- 7,0	1,6	1,6
Vermögenstransfers	8,1	2,2	2,2	16,1	1,9	2,4	1,9
Verkäufe	0,4	4,3	4,1	- 0,9	1,6	5,2	3,5
Sonstige Subventionen	- 4,1	0,0	0,0	- 11,1	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	- 4,2	4,8	4,7	- 3,6	- 4,9	3,7	5,9
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	6,7	2,8	2,5	6,5	6,9	4,8	1,0
Arbeitnehmerentgelt	4,2	2,6	1,9	4,1	4,3	3,1	2,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 14,6	- 11,9	- 13,6	- 18,3	- 10,7	- 12,0	- 11,9
Subventionen	148,5	- 33,9	10,7	177,5	123,1	- 35,8	- 31,9
Monetäre Sozialleistungen	8,5	0,8	2,1	6,7	10,2	3,5	- 1,9
Sonstige laufende Transfers	12,1	11,4	3,4	10,5	13,6	11,9	10,9
Vermögenstransfers	15,0	4,0	3,6	17,8	13,6	8,6	1,5
Bruttoinvestitionen	6,4	7,7	4,9	4,6	7,8	6,7	8,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 8,5	0,0	0,0	- 18,5	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	9,8	0,9	2,5	9,3	10,2	2,4	- 0,4

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erw erbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erw erbszw eck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; Berechnungen und Prognosen des Ifw Kiel.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
	Gegenstand der Nachweisung	2020				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 012,7	2 035,4	360,1	617,2	-
2 -	Abschreibungen	660,8	383,1	82,4	195,3	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 352,0	1 652,4	277,7	421,9	- 163,1
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 818,9	1 302,6	283,0	233,4	13,5
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	26,7	16,5	0,3	9,8	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	72,3	44,6	0,2	27,5	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	578,6	377,8	- 5,4	206,2	- 176,6
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 820,1	-	-	1 820,1	12,3
9 -	Geleistete Subventionen	76,6	-	76,6	-	5,3
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	343,2	-	343,2	-	7,3
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	595,5	554,4	23,4	17,7	178,1
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	681,6	308,4	20,2	353,0	92,0
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 751,6	131,9	258,0	2 361,7	- 248,5
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	404,2	67,6	-	336,6	9,3
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	413,1	-	413,1	-	0,5
16 -	Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	735,2	-	-	735,2	4,2
17 +	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	736,4	134,8	600,8	0,9	3,0
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	660,4	67,8	591,7	0,9	0,7
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	652,7	-	-	652,7	8,3
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	361,8	188,7	83,1	90,1	59,0
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	313,1	170,4	24,6	118,1	107,7
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 705,4	113,0	621,7	1 970,6	- 202,3
23 -	Konsumausgaben	2 441,8	-	749,5	1 692,3	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,4	-	57,4	-
25 =	Sparen	263,6	55,7	- 127,8	335,7	- 202,3
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	79,3	17,9	47,2	14,2	4,0
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	67,4	29,8	14,9	22,7	15,9
28 -	Bruttoinvestitionen	722,1	399,8	91,7	230,6	-
29 +	Abschreibungen	660,8	383,1	82,4	195,3	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,9	- 1,4	- 1,1	0,6	1,9
31 =	Finanzierungssaldo	192,3	52,2	- 168,3	308,4	- 192,3
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 705,4	113,0	621,7	1 970,6	- 202,3
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	465,5	-	465,5	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	465,5	-	-	465,5	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 705,4	113,0	156,2	2 436,2	- 202,3
38 -	Konsum 2)	2 441,8	-	284,0	2 157,8	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,4	-	57,4	-
40 =	Sparen	263,6	55,7	- 127,8	335,7	- 202,3

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*; Prognose des IfW Kiel.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2021					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 192,2	2 159,4	370,2	662,6	–	
2 – Abschreibungen	683,2	395,0	85,1	203,1	–	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 509,0	1 764,4	285,1	459,5	– 161,1	
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 894,2	1 360,6	290,4	243,2	14,1	
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	27,8	16,9	0,3	10,5	–	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	35,9	31,9	0,2	3,8	–	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	622,8	418,9	– 5,5	209,5	– 175,2	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 895,4	–	–	1 895,4	12,9	
9 – Geleistete Subventionen	50,6	–	50,6	–	5,3	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	383,9	–	383,9	–	7,6	
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	620,3	584,1	20,6	15,6	186,0	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	707,0	342,5	16,2	348,3	99,3	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 938,3	177,3	323,4	2 437,6	– 246,8	
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	416,1	79,0	–	337,2	9,6	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	425,3	–	425,3	–	0,5	
16 – Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	756,6	–	–	756,6	4,3	
17 + Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	757,9	137,6	619,4	0,9	3,0	
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	666,2	69,2	596,2	0,9	0,7	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	657,7	–	–	657,7	9,2	
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	376,5	191,0	92,6	93,0	60,4	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	326,6	180,9	25,0	120,7	110,4	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 890,3	156,6	704,4	2 029,3	– 198,8	
23 – Konsumausgaben	2 594,6	–	768,7	1 825,9	–	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 57,6	–	57,6	–	
25 = Sparen	295,7	98,9	– 64,3	261,1	– 198,8	
26 – Geleistete Vermögenstransfers	82,3	18,4	49,0	14,9	4,1	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	70,2	32,0	15,2	23,0	16,3	
28 – Bruttoinvestitionen	780,2	439,2	98,8	242,2	–	
29 + Abschreibungen	683,2	395,0	85,1	203,1	–	
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,9	– 1,4	– 1,1	0,6	1,9	
31 = Finanzierungssaldo	188,5	69,8	– 110,7	229,5	– 188,5	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 890,3	156,6	704,4	2 029,3	– 198,8	
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	492,1	–	492,1	–	–	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	492,1	–	–	492,1	–	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 890,3	156,6	212,2	2 521,4	– 198,8	
38 – Konsum 3)	2 594,6	–	276,6	2 318,0	–	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 57,6	–	57,6	–	
40 = Sparen	295,7	98,9	– 64,3	261,1	– 198,8	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW Kiel.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
	Gegenstand der Nachweisung	2022				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 305,8	2 240,8	378,6	686,3	–
2 –	Abschreibungen	708,5	408,3	88,0	212,3	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 597,3	1 832,5	290,7	474,0	– 148,7
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 954,0	1 407,1	296,1	250,8	14,7
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	29,2	17,5	0,3	11,4	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	34,8	32,5	0,2	2,1	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	648,9	440,4	– 5,5	214,0	– 163,5
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 955,2	–	–	1 955,2	13,5
9 –	Geleistete Subventionen	56,0	–	56,0	–	5,3
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	402,5	–	402,5	–	7,8
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	645,1	613,3	17,8	14,0	204,6
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	738,8	368,0	15,6	355,3	110,9
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 044,2	195,2	338,6	2 510,4	– 241,1
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	444,3	95,7	–	348,6	10,0
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	453,8	–	453,8	–	0,5
16 –	Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	781,1	–	–	781,1	4,4
17 +	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	782,5	138,8	642,9	0,9	2,9
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	679,2	69,8	608,5	0,9	0,7
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	670,5	–	–	670,5	9,3
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	384,5	192,9	95,7	95,9	61,9
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	333,4	182,8	25,4	125,1	113,1
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 995,3	158,4	756,5	2 080,4	– 192,2
23 –	Konsumausgaben	2 694,2	–	785,1	1 909,1	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 58,2	–	58,2	–
25 =	Sparen	301,1	100,2	– 28,6	229,5	– 192,2
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	85,3	18,9	50,8	15,6	4,4
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	72,5	33,5	15,5	23,4	17,1
28 –	Bruttoinvestitionen	817,4	458,8	103,5	255,1	–
29 +	Abschreibungen	708,5	408,3	88,0	212,3	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,9	– 1,4	– 1,1	0,6	2,1
31 =	Finanzierungssaldo	181,4	65,9	– 78,4	193,9	– 181,6
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 995,3	158,4	756,5	2 080,4	– 192,2
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	509,0	–	509,0	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	509,0	–	–	509,0	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 995,3	158,4	247,5	2 589,4	– 192,2
38 –	Konsum 2)	2 694,2	–	276,1	2 418,1	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 58,2	–	58,2	–
40 =	Sparen	301,1	100,2	– 28,6	229,5	– 192,2

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW Kiel.